



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

22. September 2020

Kriegsende und Nachkriegszeit – Konturen einer neuen Ära Politik und Gesellschaft in Liechtenstein nach 1945

Wilfried Marxer | Fabian Frommelt



Proporz ab 1938/39

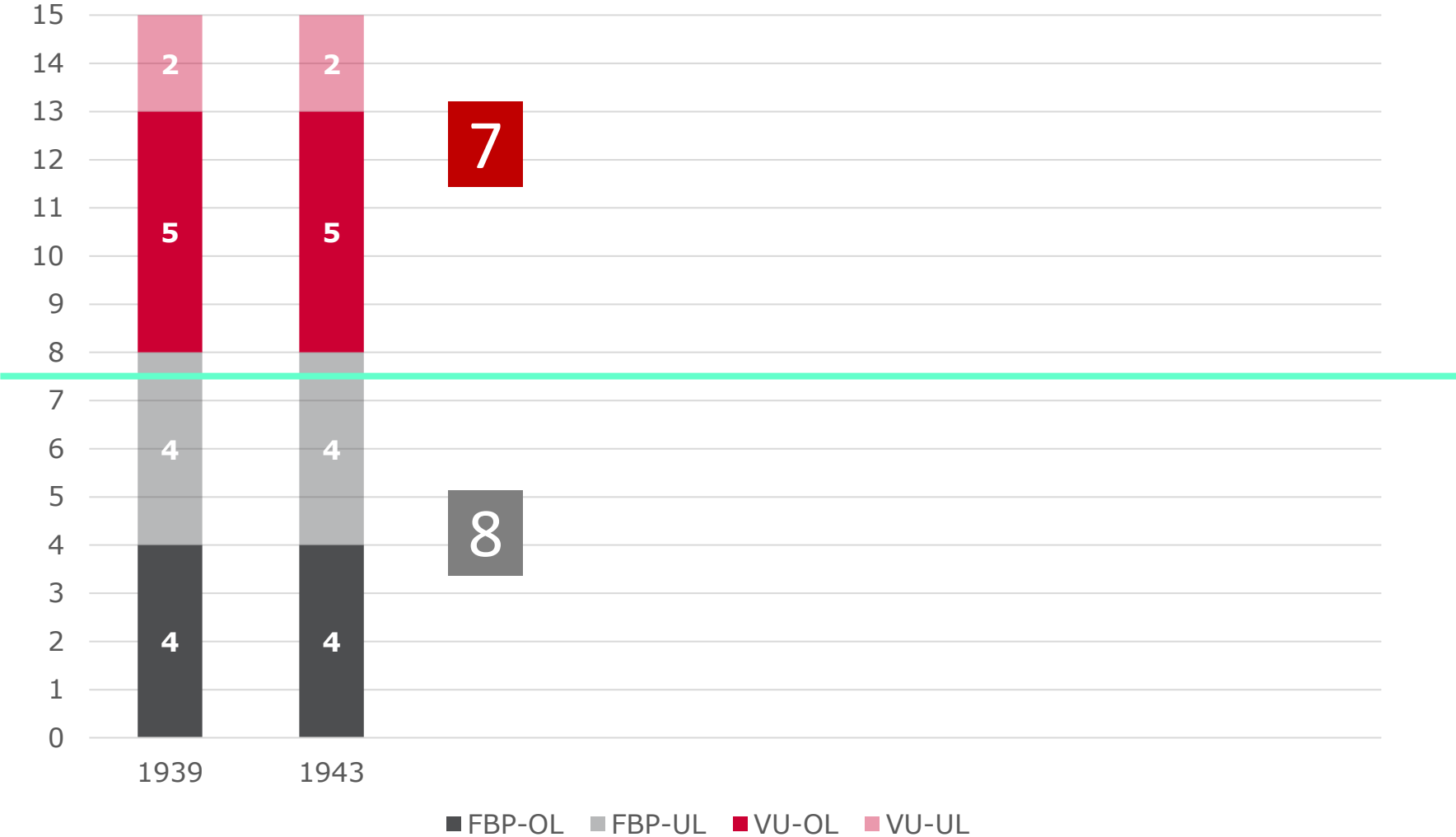


Wahlrecht

- Auseinandersetzungen 1930er Jahre
 - Sparkassaskandal
 - Wahlrechtsfragen
 - Landtagsmandate und Regierungsbildung
 - Äussere und innere Bedrohung
 - Liechtensteiner Heimatdienst
 - Volksdeutsche Bewegung
 - Fusion Heimatdienst und Volkspartei zur Vaterländischen Unionttt
- **Proporzwahlrecht 1939**
 - **Koalitionsregierung**
 - **Sperrklausel 18 Prozent**
 - **Stille Wahlen 1939**
 - **Verlängerung der Mandatsperiode 1943**



Mandate 1939 und 1943 – OL und UL



Volksabstimmung Mandatszahlerhöhung vom 18. März 1945



Vorlage Mandatszahlerhöhung

Bisher 15 Mandate: 9 Oberland – 6 Unterland

Vorlage 21 Mandate: 13 Oberland – 8 Unterland

Argument: Bessere Vertretung der **Stände**

- Landtagsbeschluss
- Landtagsbegehren für Volksabstimmung
- Volksabstimmung am 18. März 1945
- Landtagswahlen am 29. April 1945



Ergebnis Volksabstimmung

Der ausgefallenen Form hat selbst der Befürworter die Prognose nicht gestellt.

	Ja	Nein
Baduz	69	234
Triesen	65	169
Balzers	43	321
Triesenberg	54	217
Schaan	40	318
Blanken	7	16
Eschen	77	154
Mauren	41	201
Gamprin	25	76
Ruggell	41	132
Schellenberg	36	61
Total	498	1899

Volksabstimmungen 1945 bis Ende 1950er Jahre

Jahr	Auslöser	Thema	Ja-Anteil
1945	Landtag	Mandatszahl	20.8 %
1947	Initiative	Steuergesetz	58.7 %
	Landtag	Saminawerk	91.0 %
1949	Referendum	Gewerbeordnung	21.6 %
1950	Referendum	Waffengesetz	27.7 %
1952	Landtag	AHV	53.5 %
1954	Initiative	Fischereikarten	61.1 %
	Landtag - Gegenvorschlag		9.4 %



Wahlen vom 29. April 1945



Stände, Volksinitiative, Proporzwahlrecht

In diesem Zusammenhang weisen wir auch auf die Nachkriegszeit hin, welche zweifellos auch für uns schwere Zeiten bringen und in der die Mitarbeit der Stände unumgänglich notwendig sein wird. Kein Ständekampf, sondern ein Zusammengehen und die Mobilisierung unserer besten Kräfte kann unserem Lande dienen. Dies alles ist aber unserer Auffassung nach nur dann gewährleistet, wenn der Politik, die durch das Initiativbegehren angestrebt wird, Einhalt geboten und das mit dem Proporzgesetz Erreichte beibehalten wird.

- Aufhebung Proporzgesetz
- Wiedereinführung Gemeindegemeindekontingent



Landtagswahlen 29. April 1945

Drum bietet die Liste der Bürgerpartei dem liechtensteinischen Wähler auch unter den neu aufscheinenden Namen nur solche **Männer, die damals im Kampf der Ideen für Freiheit, Souveränität und Neutralität unseres Landes unerschrocken und offen aufgetreten sind.**

Wir erwarten aber in der Zukunft nicht nur Festigung unserer Position nach außen, sondern auch Fortschritt im Innern. Und da ist es Sinn für die große Aufgabe, die zu lösen in der Zeit der Bewährung nach dem Kriege uns in Liechtenstein im Innern nicht erspart bleiben wird. **Diesen Sinn verlangen wir von einem künftigen Volksvertreter** und wir glauben, daß der Wähler auch nach dieser Seite gut beraten ist, wenn wir ihm **die Männer der Liste der Bürgerpartei** empfehlen.

Schließlich sind Bauern, Arbeiter und Gewerbetreibende und Männer der freien Berufe die Leute, die das gesamte Volk verkörpern, und der Ernst und die Tüchtigkeit der vorgeschlagenen Männer dürfte auch für die Wahrung der Interessen unserer Stände für die Zukunft eine Garantie bedeuten.

damals im Kampf der Ideen für Freiheit, Souveränität und Neutralität unseres Landes unerschrocken und offen aufgetreten sind.



Erfolgreiche Politik seit 1928

Bau Binnenkanal

Ausbau Strassennetz

Fremdenverkehr – Zugang
Alpengebiet

Verbauung der Rufen

Arbeitsbeschaffung

Ausbau soziale Gesetzgebung

Staatserhaltende Partei

Warum wähle ich Bürgerpartei?

Weil ich weiß, dass die Bürgerpartei im Jahre 1928 die Geschäfte des Staates unter den schwierigsten Voraussetzungen übernommen hat. Die Wiederaufbauarbeiten am Rhein waren fortzuführen; doch die Finanzen des Landes waren durch die Vorkommnisse bei der Sparkassa erschüttert. Dringliche Arbeiten und Sanierung der Finanzen waren die aufdringlichen Probleme, ohne Geld waren beide nicht zu lösen;

dass die Bürgerpartei geschickt und mit dem Vertrauen des Auslandes an die Lösung der Aufgaben herantreten ist und trotz einer aufgelaufenen Staatsschuld von rund 5½ Millionen Franken im Jahre 1930 sich den Vorarbeiten zum **Bau des Binnenkanals** mit der Einsicht widmete, dass der um ihre Scholle ringenden Bauernsamer der Grund für die Existenz unter allen Umständen erhalten werden müsse;

dass die Bürgerpartei nach der Abstimmung über den Binnenkanalbau im Dezember 1930, die mit aller Sorgfalt vorbereitet worden war, auch im kommenden Jahre an die Ausführung des Projektes schritt. Etappenweise sollte sich der Bau vollziehen. Vorerst stand die Finanzierung des ersten Bauabschnittes auf dem Papier, und wohl niemand hätte sich beim ersten Spatenstich durch Regierungschef Dr. Hoop erträumen lassen, dass das Durchlauchtigste Fürstenpaar bereits am 3. April 1943 bei Triesen den letzten Spatenstich vollführen könnte. Mit einer Ausgabensumme von rund 5 Millionen Franken waren der Binnenkanal und die Vorfluten Spiersbach, Esche und Scheidgraben fertiggestellt.

dass die Bürgerpartei parallel mit dem Entwässerungsprojekt durch Regierung und Landtag auch den **Ausbau des liechtensteinischen Strassennetzes** und die Asphaltierung der Hauptstrassenbetrieb, um das Land dem modernen Verkehr zu erschliessen;

dass die Bürgerpartei und die von ihr bestellte Regierung in der Erkenntnis der Wichtigkeit des Fremdenverkehrs die **Zugangsstrassen zu unserem schönen Alpengebiet** unter einem grossem Kostenaufwand erweitern oder neuanlegen liess;

dass die Bürgerpartei in der folgerichtigen Erkenntnis, dass die Schonung der Scholle im Tale nach der Durchführung der Entwässerungsarbeiten erstes Gebot sei, im Jahre 1936 auch die **systematische Verbauung der Rufen** eingeleitet und die Ausführung eines Millionenprojektes an die Hand genommen hat;

dass die Bürgerpartei stets für **Arbeitsbeschaffung** besorgt war, um die freigebliebenen Arbeitskräfte in der Heimat zu binden und ihnen Auskommen und Verdienst zu sichern;

dass die Bürgerpartei durch Landtag und Regierung stets für den **Ausbau der sozialen Gesetzgebung** eingestanden ist. Die einstimmige Gutheissung des Arbeiterschutzgesetzes im Landtag vom vergangenen Winter darf als Krönung des Sozialwerkes in Liechtenstein angesehen werden.

dass die Bürgerpartei immer und besonders in der schweren Zeit der Jahre 1938/39 u. 1940 bewiesen hat, dass sie als **staatserhaltende Partei** zu jedem Opfer bereit ist und dass sie auch in schwerster Zeit der Devise: Gott Fürst und Vaterland! nachzuleben versteht, dass sie aber auch gewillt ist, **Souveränität, Integrität und Neutralität** als obersten liechtensteinischen Staatssatz hochzuhalten,

und dass wir in **Wahrung dieser Grundsätzlichkeit** nach dem schwersten aller Waffengänge und nach der schwersten aller politischen Erschütterungen heute noch als freie Bürger einem freien Staate angehören, Liechtensteiner sein können.

Landtagswahlen 29. April 1945

Heute gibt es wiederum ein Gebot der Stunde und das ist das, daß nicht ein einziger Nationalsozialist oder „Volksdeutscher“ oder auch nur einer, der mit diesen Bewegungen sympathisiert od. irgend einen Gewinn daraus gezogen hat, gewählt wird.

Das Gebot der Stunde

Jeder Liechtensteiner, der sein Land wirklich aufrichtig liebt, hat die letzten Jahre ausnahmslos viel leiden müssen, er hat viel mit ansehen, viel dulden müssen und hat zu allem geschwiegen, weil er wußte, daß Schweigen das Gebot der Stunde war. Der größte Teil des liechtensteinischen Volkes hat den fremden Ideologien gegenüber standgehalten, insbesondere auch die liechtensteinische Jugend. Nun ist es an der Zeit, vor den Wahlen ein offenes Wort zu reden.

Heute gibt es wiederum ein Gebot der Stunde und das ist das, daß nicht ein einziger Nationalsozialist oder „Volksdeutscher“ oder auch nur einer, der mit diesen Bewegungen sympathisiert od. irgend einen Gewinn daraus gezogen hat, gewählt wird.

Auf der Liste der Bürgerpartei steht kein einziger Mann, dem auch nur der geringste Vorwurf bezüglich seiner vaterländischen Gesinnung gemacht werden kann. Das trifft leider bei der Union nicht zu!

Man muß überhaupt staunen, daß sich einzelne Herren heute noch getrauen, als Kandidaten für den liechtensteinischen Landtag aufzutreten. Man braucht heute nicht nach Rache sinnen oder nach Vergeltung.

Schwere Zeiten kommen, und Liechtenstein kann diese nur überstehen,

wenn der Landtag aus charakterfesten Männern zusammengesetzt ist, die nicht mit dem Nationalsozialismus sympathisiert, geliebäugelt haben,

oder unter dem Drucke der Außenpolitik sich zu unfairen Handlungen gegen das Vaterland verstiegen, sondern nur solche, die uneigennützig zu jeder Zeit für ihr Vaterland eingetreten sind. Wir Liechtensteiner müßten uns schämen, wenn auch nur ein einziger Mann in den Landtag gewählt würde, der diesen Anforderungen, die das Volk in seiner großen Mehrheit an ihn stellt, nicht entsprechen würde.

Das Volk hat die letzten Jahre nicht vergessen, — sondern die Stimme wird immer lauter und lauter — die Stimme, die die einzelnen Führer fremder Ideologien wieder in Erinnerung bringt, die sagt, wie die Herren sich im Jahre 1938 und 1939 benommen haben. Heute sind sie alle ausnahmslos 150prozentige Patrioten, diese Opportunisten, genau so, wie sie es im Jahre 1938 und 39 auf der andern Seite waren. Kein einziger von diesen darf in den liechtensteinischen Landtag gewählt werden.

Die Wähler haben nur die Gewähr dafür, daß richtig Leute, Männer, die sich in schwerer Zeit bewährt haben, in den Landtag kommen, wenn Sie die Liste der Bürgerpartei stimmen.

Landtagswahlen 29. April 1945

Wiederaufbau durch Volkspartei
in 1920er Jahren

Verfassung von 1921 mit
Volksrechten

Zollvertrag mit der Schweiz

Aufbau wirtschaftlicher
Gesetzgebung in 1920er Jahren

Lawenawerk gegen Widerstand
gebaut

Hilfsaktionen bei
Rheinüberschwemmung

Loyale Zusammenarbeit mit FPB
seit 1938

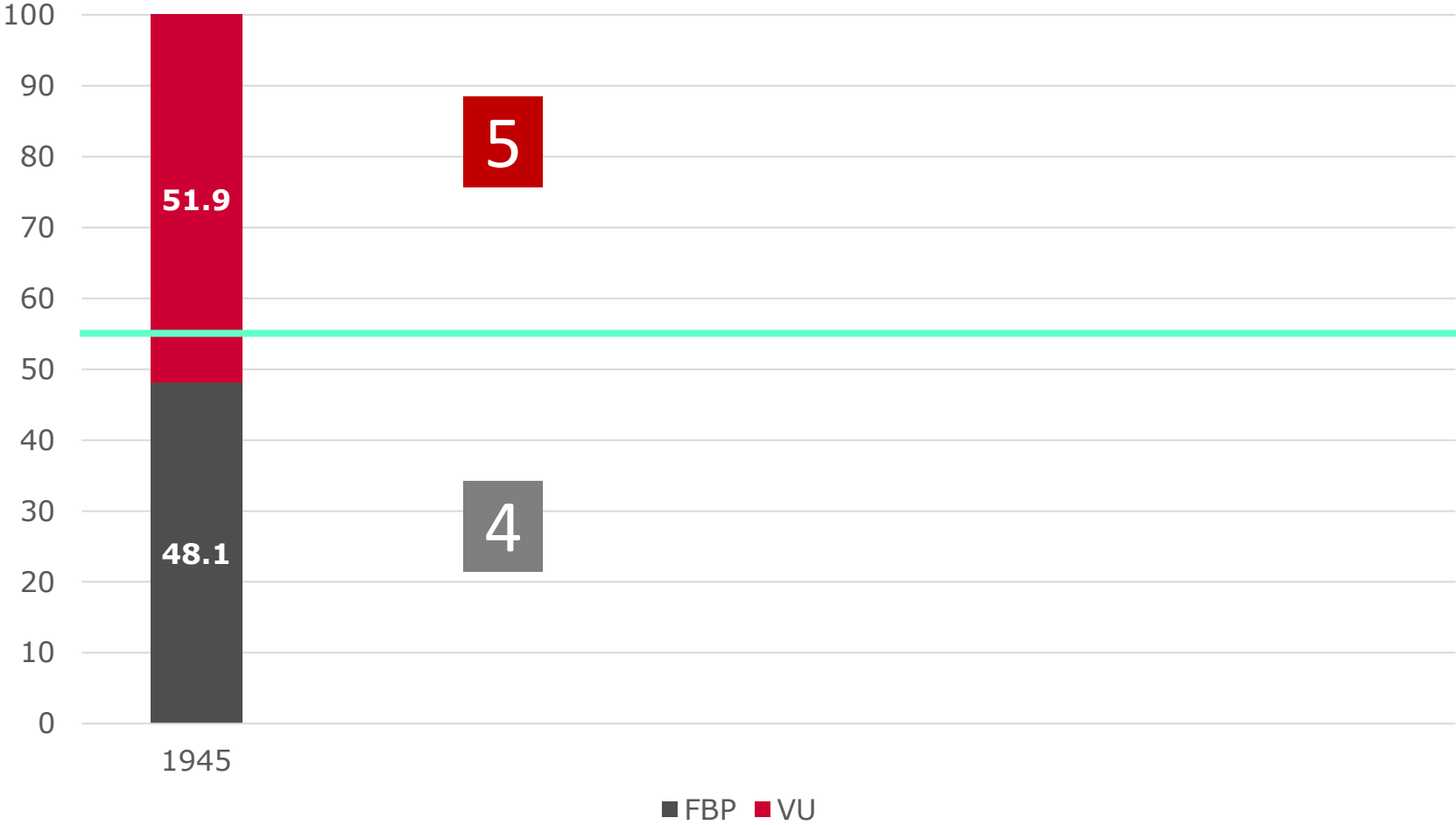
Quelle: Vaterland, 28.4.1945

Ich wähle die Liste der Vaterländischen Union

1. Weil jedem Grenchener bekannt ist, daß die alte **Volkspartei**, welche in der **Vaterländischen Union** weiter lebt, nach dem letzten Weltkrieg und nach der Inflation, die 20 Millionen Goldfranken Volks- und Staatsvermögen vernichtet hatte, die Geschäfte des Staates bei vollständig leeren Kassen in die Hand genommen und den Wiederaufbau einer neuen Wirtschaft mit Erfolg begonnen hat;
2. weil sie dem Lande zu einer neuen **Verfassung** verholfen hat, in welcher insbesondere weitgehende **Volksrechte** verankert sind;
3. weil ihre führenden Männer, Dr. Wilhelm Beck und der damalige Regierungschef, den **Zollvertrag mit der Schweiz** zum Abschlusse brachten, welcher die Grundlage unserer wirtschaftlichen Entwicklung und eine Stütze unserer staatlichen Selbständigkeit geworden ist;
4. weil sie die wirtschaftliche Gesetzgebung ausbaute, welche die **Quelle jener Einnahmen** wurde, die den Bau des Weinkanals, die Rhein- und Nilferverbauungen großen Stiles, den Ausbau des Straßennetzes etc. erst ermöglichten;
5. weil damals das **Lawenawerk** gegen sehr großen Widerstand gebaut wurde, welches heute aus unserem wirtschaftlichen Leben gar nicht mehr hinwegzudenken ist und welches sich zu einem der einträglichsten Staatsbetriebe entwickelt hat;
6. weil sie zur Zeit der **Rheinüberschwemmung** eine umfassende und erfolgreiche **Hilfsaktion** in die Wege leitete, die den großen Betrag von **1,2 Millionen Franken** einbrachte, davon aus der Schweiz, insbesondere durch die persönlichen Bemühungen des seinerzeitigen Regierungschefs, insgesamt 694'000 Franken (Neue Zürcher Zeitung allein 80'000 Franken);
7. weil die **Union seit 1938 unter Verzicht auf Sonderinteressen und Popularität** sich zu einträchtiger Zusammenarbeit im Interesse der Allgemeinheit bereit erklärte und seit dieser Zeit in allen Stücken loyal mit der Bürgerpartei zusammen gearbeitet hat.

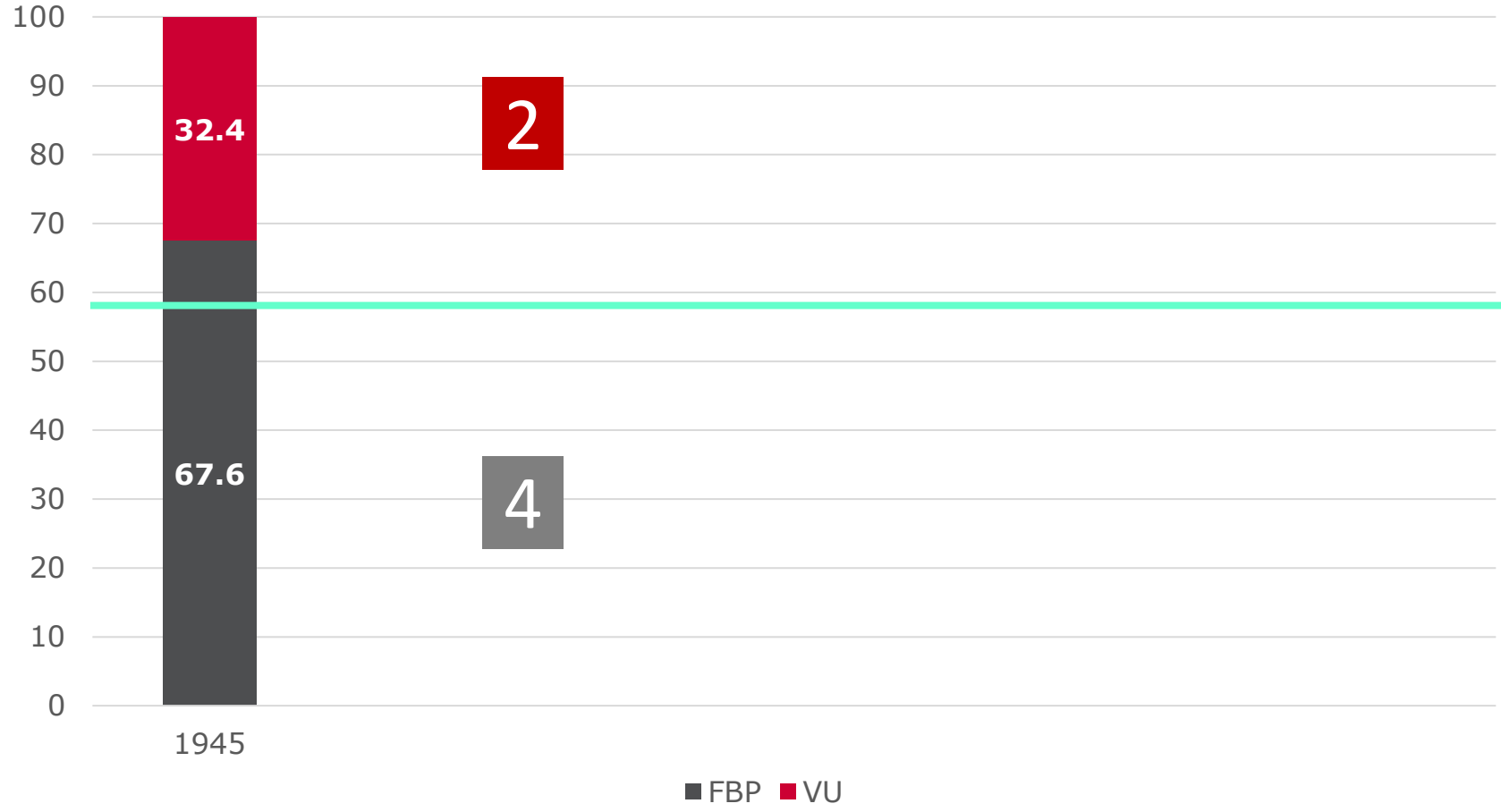
Landtagswahlen 1945 – Stimmenanteil OBERLAND

Stimmenanteile der Parteien und aktuelle Mandate

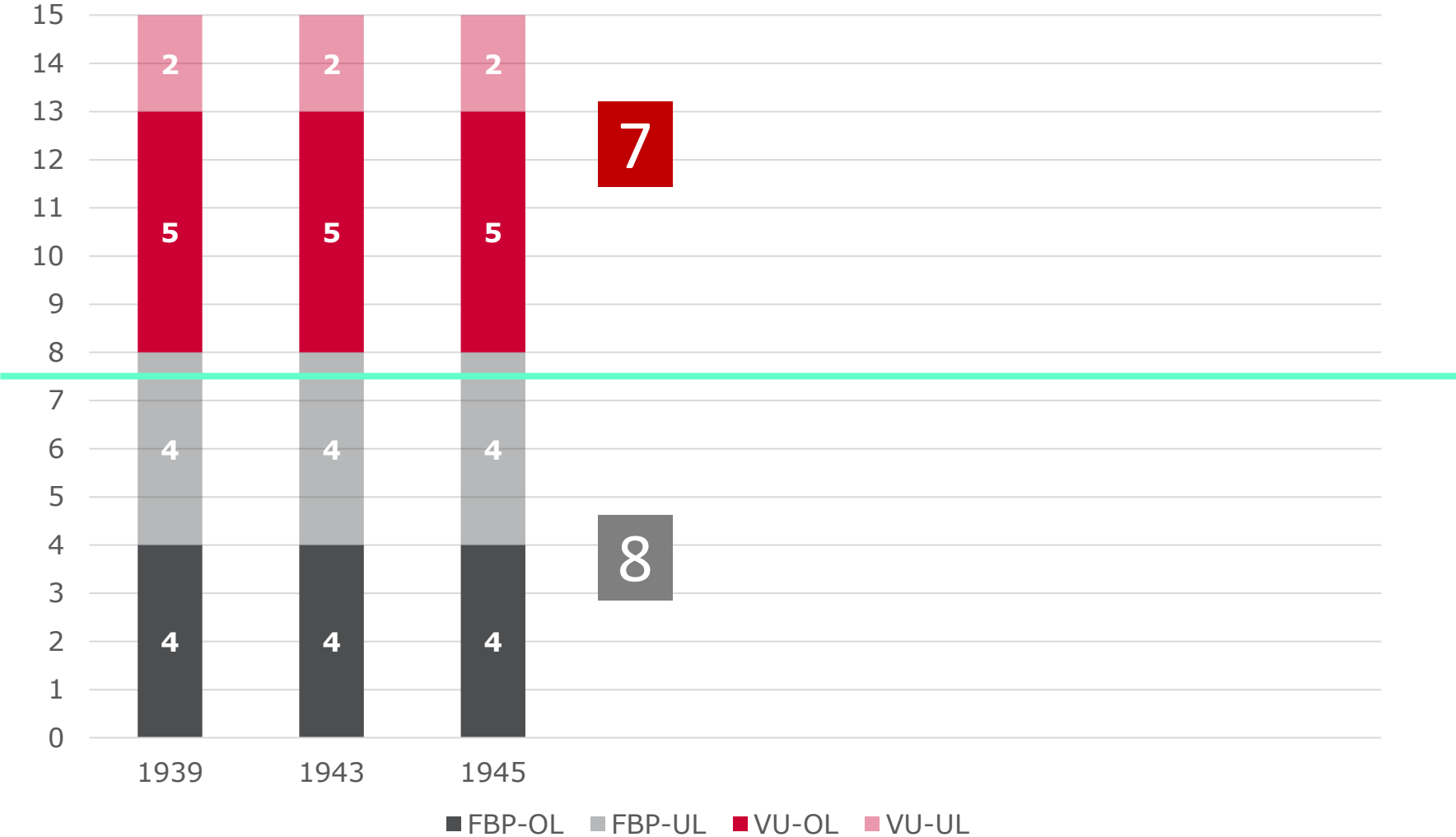


Landtagswahlen 1945 – Stimmenanteil UNTERLAND

Stimmenanteile der Parteien und aktuelle Mandate



Mandate 1939 bis 1945 – OL und UL



Landtagswahlen 29. April 1945 – Gewählte OBERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

1. Oberland

a) Abgeordnete

- David Strub, Vorsteher, Vaduz
- Bernhard Risch, Bauer, Vaduz
- Dr. Richard Meier, Zahnarzt, Schaan
- Ernst Risch, Kaufmann, Schaan
- Fibel Brunhart, Arbeiter und Vorsteher, Balzers
- Abwahl Louis Brunhart, Baumeister, Balzers
- Josef Negele, Bauer, Triesen Nr. 90
- Abwahl Franz Eberle, Arbeiter, Triesen
- Johann Beck, Bauer und Vorsteher, Triesenberg

b) Ersatzabgeordnete

- Ulois Wenaweser, Arbeiter, Schaan 360
Adolf Frommelt, Bäckermeister und Alt-Vorsteher,
Triesen
Ferdinand Rindle, Arbeiter, Triesen
Ferdinand Beck, Bauer, Planken

2. Wahlliste der „Vaterländischen Union“:

1. Oberland

a) Abgeordnete

- Dr. Alois Ritter, Rechtsanwalt, Vaduz
- Josef Sele, Arbeiterpräsident, Vaduz
- Franz Hilbe, Präsident der Gewerbegeossenschaft,
Schaan
- Ulois Wille, Alt-Vorsteher, Balzers
- Florian Rindle, Gemeindefassier, Triesen
- Heinrich Brunhart, Bauer, Balzers Nr. 145
- Ulois Schädler, Alt-Regierungsrat, Triesenberg
- Johann Wachter, Geschäftsführer, Schaan
- Alexander Sele, Arbeiter, Triesenberg Nr. 244

b) Ersatzabgeordnete

- Leo Marogg, Bauunternehmer, Triesen
Gottlieb Silti, jun., Wagner, Schaan

Quelle: Vaterland, 21.4.1945; Stille Wahl 1939: Volksblatt, 8.4.1939 (Kundmachung)

Gewählte der Wahllisten gemäss amtlichem Resultat



Landtagswahlen 29. April 1945 – Gewählte UNTERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

2. Unterland

a) Abgeordnete

- Eugen Schädler, Alt-Abgeordneter und Tonwarenfabrikant, Mendeln
- Rudolf Marger, Zimmermeister, Mauren
- Abwahl Oswald Bühler, Alt-Abgeordneter und Rechtsagent, Mauren
- Joh. Georg, Hasler, Bauer und Alt-Abgeordneter, Gamprin
- Franz Hoop, Bauer und Alt-Abgeordneter, Ruggell
- Philipp Elkuch, Bauer und Alt-Abgeordneter, Schellenberg

b) Ersatzabgeordnete

- Josef Batliner, Bauer und Gipfermeister, Eschen
- Andreas Hoop, Bauer, Ruggell

2. Wahlliste der „Vaterländischen Union“:

2. Unterland

a) Abgeordnete

- Josef Marger, Alt-Vorsteher, Gamprin
- Arnold Hoop, Eschen Nr. 14
- Abwahl Chrysostomus Dohri, Alt-Abgeordneter, Ruggell
- Alois Hasler, Bauer, Schellenberg Nr. 50
- Anton Schädyle, Bauer, Eschen Nr. 101
- Ludwig Maroß, Bauunternehmer, Mauren

b) Ersatzabgeordnete



- Alois Hoop, Müller, Eschen
- Johann Matt, Bauer, Mauren Nr. 71

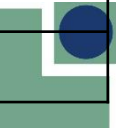
Quelle: Vaterland, 21.4.1945; Stille Wahl 1939: Volksblatt, 8.4.1939 (Kundmachung)

Gewählte der Wahllisten gemäss amtlichem Resultat



Regierung 1945–1949

Jahr	LT-Wahl	LT-Sitzung	Regierungschef	Regierungschef-Stellvertreter	Regierungsrat	Jahr
1945	29.4.	3.9.	Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz	Franz Hoop, Ruggell Alois Wille, Balzers	1945
1946						1946
1947		1947				
1948		1948				
1949		1949				
1950		1950				
1951						1951
1952		1952				
1953		1953				
1954		1954				
1955		1955				
1956		1956				
1957						
1958						



Wahlen vom 6. Februar 1949



Landtagswahlen 6. Februar 1949

Arbeiter u. Angestellte

Die Liste der Bürgerpartei bietet Gewähr, daß auch in Zukunft Eure Interessen wahr werden.

Auf dem Sozialprogramm der Bürgerpartei stehen die A S V und als besonderer Punkt

Jedem sparsamen Arbeiter und Angestellten muß der Bau eines eigenen Heims ermöglicht werden!

**Proporz-Wahl ist
Partei-Wahl**

Darum keine Streichungen
auf der Liste

Die Union hat das Urteil über die Tätigkeit Florian Kindle's selbst gefällt, indem sie nach Bekanntwerden des Resultates der Expertise der Verwaltungsbeschwerde-Instanz Florian Kindle von der bereits bei der fürstlichen Regierung eingereichten Wahlliste gestrichen hat.

Wer mit Verantwortung
wählt, wählt

Bürgerpartei



Wählen ist BürgerpflichtDarum fehle am Sonntag kein
Bürger an der Urne

Wähler gib acht!

**Jedes Zeichen auf dem Stimmzettel macht denselben ungültig.
Sehe Dir daher den Stimmzettel gut an, noch bevor Du ihn in
den Couvert steckst.**

**Streichungen unterlassen!
Wer einen Namen der Wahlliste streicht,
schwächt die eigene Partei.
Wer streicht, und dafür Kandidaten der
anderen Partei einsetzt, stärkt damit den
Gegner!**



Landtagswahlen 6. Februar 1949 – Sparkassendisput

Lichtensteiner Volksblatt

Freitag, Sonntag, den 5. Februar 1949. Extra-Blatt 1949 88. Jahrgang Nr. 15

Die heute früh von zugestellte **amtliche** Klarstellung des Sachverhaltes gegen das von der Redaktion des „Lichtensteiner Vaterland“ herausgegebene Flugblatt mit der Aufschrift: Skandal um die Lichtensteinsche Sparkasse, hat uns veranlaßt heute noch eine Sondernummer herauszugeben, um die Stürmbürger in die Lage zu versetzen, die Tatsachen kennen zu lernen und zu sehen, mit welchen verwerflichen Mitteln die Union arbeitet und wie fädel sie mit den Interessen des Heimatlandes umgeht. Der Leser wird gebeten, das Nachstehende zur Kenntnis zu nehmen und seine Folgerungen daraus zu ziehen.

Im übrigen wird jeder Leser den Wert dieses Pamphletes richtig einschätzen, dass im letzten Augenblick ein Wahlmanöver **entzogen** werden soll, in der Meinung, man habe keine Zeit mehr den Sachverhalt richtig zu stellen.

Erklärung.

Im Vor-Druckblatt vom 1. Februar 1949, die Sparkasse des Landes 1948, wurde eine falsche Darstellung gegeben, die eine Summe von Frs. 400.000.— gewährte.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 1. Februar 1949 eine Erklärung abgegeben, nachdem er von diesen Umständen Kenntnis erhielt, die Öffentlichkeit über den Sachverhalt aufzuklären und damit zu erklären, daß die Sparkasse in diesem Jahre vollkommen korrekt und in Einklang mit den Vorschriften der Verfassung gearbeitet hat. Die amtliche Erklärung ist folgende:

Der Verwaltungsrat hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde. Die Sparkasse des Landes hat dieses Darlehen im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde. Die Sparkasse des Landes hat dieses Darlehen im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Der Verwaltungsrat hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde. Die Sparkasse des Landes hat dieses Darlehen im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Die Sparkasse des Landes hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Der Verwaltungsrat hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Der Verwaltungsrat hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Der Verwaltungsrat hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Rundmachung.

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 3. Februar 1949 mit der Sparkasse des Landes im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Koch-Kommunikation von der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

- 1. Die Sparkasse hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Die Sparkasse des Landes hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Erklärung.

Der Verwaltungsrat hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Der Verwaltungsrat hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Der Verwaltungsrat hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Der Verwaltungsrat hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Die verschiedenen öffentlichen Meinungen machen eigentlich eine weitere Klärung notwendig. Wir sind daher in der Lage zu dieser Zeitung, um die „Baterländische Union“ von dem angeblichen Skandal zu klären.

wirklich interessante Neuigkeiten

Im Zuge, die Herr Union-Wähler-Richtung von diesem Skandal zu klären, ist Herr Union-Wahlmann bei Herrn Sparkassenleiter Müller von uns erfahren worden.

Geht es nicht, habe die Sparkasse ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Herr Sparkassenleiter Müller erwiderte darauf, er sei vollkommen richtig davon, die Sparkasse habe gar kein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Das ist nicht nur ein interessantes, sondern auch ein wichtiges Ereignis, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Die Sparkasse des Landes hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Die Sparkasse des Landes hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

- 1. Die Sparkasse hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Die Sparkasse des Landes hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Fest steht

Daß die „Baterländische Union“ in diesem Zusammenhang ein Skandal um die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

Die Sparkasse des Landes hat ein Darlehen aus einer anderen Sparkasse für die Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt, das bei der Sparkasse des Landes im Jahre 1948 im Betrag von Frs. 400.000.— bewilligt wurde.

„Baterländische Union“, die Lichtensteinsche Wähler für Deine Nachschafften beim Gang zur Urne die A

Sie wählt geschlossen die Liste der

Fortschrittlichen Bürgerpartei!

Wir hätten nie darüber gesprochen, aber nachdem die „Baterländische Union“ völlig grundlos und wider besseres Wissen eine Affaire aufzulegen möchte, müssen wir doch nochmals folgende Tatsachen in Erinnerung rufen:

- 1. Kirchthaler-Walser — Lotterie-Skandal mit Frs. 500,000.— Abschreibungen für den Staat.
- 2. Eschenwerke-Skandal mit Abschreibung von einer halben Million für Fürst und Gemeinde.
- 3. Sparkassenskandal mit Schaden für das Land in der Höhe von 2 Millionen.
- 4. Entfernung der Engländer-Lotterie aus dem Lande mit einer jährlichen Einbuße von einer halben Million.
- 5. und dann vor allem jenes Liebäugeln mit dem Nazitum, das unser Land soweit gebracht hätte, daß die Lichtensteiner auf den Schlachtfeldern hätten verbluten müssen und unsere Heimat für alle Zeit uns verdorben und dem Untergang zugeführt hätte.



Garantie für Volksrechte, Rechtsgleichheit,
Gerechtigkeit

Männer mit Intelligenz,
Verantwortungsbewusstsein, Gerechtigkeit und
Volksnähe

Hauptlast für positive Arbeit im vergangenen
Landtag lag bei der Union

Gewähr dass Finanzquellen nicht verschüttet oder
zu Parteizwecken missbraucht werden

Partei des Arbeiters, der kleinen Bauern, der
kleinen Gewerbetreibenden

Als Trägerin des Zollanschlussgedankens
Vertrauen im Ausland

Warum stimme ich geschlossen für die Vaterländische Union?

1. Weil das liechtensteinische Volk weiß, daß sie die Garantie bietet für die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte, der Volksrechte, der Rechtsgleichheit jedes einzelnen Bürgers und der Gerechtigkeit für alle.

2. Weil sie die Partei ist, die dem Volke Männer und Persönlichkeiten mit Intelligenz und Verantwortungsbewußtsein, verbunden mit Sinn für Gerechtigkeit und Volksnähe und nicht bloße Platzhalter vorstellt.

3. Weil jeder Liechtensteiner weiß, daß die Hauptlast jeder verantwortungsbewußten und positiven Arbeit im vergangenen Landtag auf den Vertretern der Vaterländischen Union lag, wie bei Vergleich der heutigen Liste auch im zukünftigen Landtage es sein wird.

4. Weil die Vaterländische Union durch ihre Vertreter die Gewähr bietet, daß die von ihren Vorgängern eröffneten Finanzquellen, mit deren Hilfe Kanal und Straßen gebaut, die Wirtschaft aus der Not des Zusammenbruchs zur Blüte gebracht und große soziale Leistungen des Landes ermöglicht wurden, nicht verschüttet oder zu Parteizwecken mißbraucht werden.

5. Weil sie die Partei des Arbeiters, des kleinen Bauern, des kleinen Gewerbetreibenden, kurz, des kleinen Mannes ist.

6. Weil sie als Trägerin des Zollanschlussgedankens Schweiz-Liechtenstein auch das Vertrauen der politischen und wirtschaftlichen Kreise des Auslandes besitzt.



Die Dreckschlender

(Korr.)

Wir sind uns gewohnt, vor Wahlen und politischen Entscheidungen allerhand aufgetischt zu erhalten. Es ist nun einmal so, daß man glaubt, im richtigen Moment mit einer alleinigen

Stimmenfang auswir dem politischen Übel. Es ist ein ureigenstes Recht, die Hauptsache schon zu bestehen, zu verjeden Kritik grensie ins Leere haut. des Unstandes wahpolitischen Dingen.

Kassenmanko in Triesen

Anlässlich der Revision der Gemeinderrechnung von Triesen für das Jahr 1944 wurde festgestellt, daß drei Subventionen im Betrage von Fr. 3000 und 3600 nicht im Eingang verbucht waren. Weiter wurde festgestellt, daß der Erlös aus Bodenverkäufen im Jahre 1940 erst vier Jahre später Eingang gestellt wurde. Schließlich wurden zu geringfügige Doppelbuchungen im Ausgang festgestellt. Dies waren die Gründe, die zur Entlassung des Gemeindefassiers führten.

Gegen den Beschluß des Gemeindefassiers, der

leben sollte diese Kritik nicht korrigiert werden müssen, sie sollte nicht so sein.

lege und Bücher beim Experten liegen, so zu

Die Vaterländische Union ist in den Wahlkampf eingetreten in der Absicht, denselben fair und anständig zu führen, ohne persönliche Angriffe auf den politischen Gegner und ohne Gehässigkeit. Dabei hatte sie vorausgesetzt, daß auch die Bürgerpartei in ihrem Blatte die gleiche Haltung einnehmen werde. Eigentlich auf Grund früherer Erfahrungen erwarten müssen. **Sommerhin hat das „Rechtensteiner Volksblatt“ mit seiner bisherigen Wahlpropaganda am Ziel vorbeigefahren.**

Ueble Wahlpropaganda

nebenbei erwähnt, griffe auf einen Artikel

Dann hat das eine alte, reiche, das Jahre 1910, damals mit diesen Ofen

Landtagswahlen 6. Februar 1949 – Kandidaten OBERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

1. Oberland

a) Abgeordnete:

David Strub, alt Landtagspräsident, Vaduz
Gustav Ospelt, Schlossermeister, Vaduz
Tobias Jehle, Gemeindevorsteher, Schaan
Emil Falk, Bauer, Schaan 207
Fidel Brunhart, Gemeindevorsteher, Balzers
Hans Büchel, Arbeiter, Balzers 108
Josef Negele, Bauer, Triesen 90
Johann Beck, Vorsteher u. Bauer, Triesenberg
Engelbert Schädler, Bäckermeister,
Triesenberg 267

b) Ersatzabgeordnete:

Ferdinand Beck, Planken 36
Alois Wenaweser, Arbeiter, Schaan 360
Xaver Schädler, Bauer, Triesenberg 58

Neu
Neu
Neu

Neu

Neu

Neu

2. Wahlliste der Vaterländischen Union 1. Oberland

a) Abgeordnete:

Dr. Alois Ritter, alt Landtags-Vizepräsident,
Vaduz
Neu Dr. Alois Vogt, alt Reg.-Chef-Stellvertreter,
Vaduz
Heinrich Brunhart, alt Landtagsabgeordneter,
Balzers 145
Johann Wachter, Geschäftsführer des Bauern-
vereins, Schaan 89
Neu Theobald Risch, Arbeiterpräsident,
Triesen 239
Neu Wendelin Beck, Gemeindekassier,
Triesenberg 3
Franz Hilbe, Präsident der Gewerbe-
Genossenschaft, Schaan
Neu Franz Vogt, Zimmermeister, Balzers 234
Josef Sele, Arbeitersekretär, Vaduz 152
b) Ersatzabgeordnete:
Alexander Sele, Reg.-Rat-Stellvertreter,
Triesenberg 244
Neu Johann Baptist Beck, Bauer, Triesenberg 34



Landtagswahlen 6. Februar 1949 – Kandidaten UNTERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

2. Unterland

a) Abgeordnete:

Eugen Schädler, alt Landtagsabgeordneter
Nendeln
Oswald Bühler, Gemeindevorsteher, Mauren
Rudolf Marxer, Zimmermeister, Mauren 100
Johann Georg Hasler, alt Abgeordneter,
Gamprin 26
Hugo Kind, Vorarbeiter, Ruggell 82
Eduard Oehri, Bauer, Schellenberg

b) Ersatzabgeordnete:
Josef Batliner, Eschen 200
Andreas Hoop, Ruggell 84

Neu

Neu

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

2. Unterland

a) Abgeordnete:

Johann Georg Hasler, alt Reg.-Rat, Eschen 54
Marxer Josef, alt Landtagsabgeordneter
Gamprin 48
Ludwig Marock, Bauunternehmer, Mauren 133
Alois Hasler, alt Landtagsabgeordneter,
Schellenberg 50
Chrisostomus Oehri, Bauer, Ruggell
Arnold Hoop, Vizepräsident des Arbeiter-
verbandes, Eschen 14

b) Ersatzabgeordnete:

Urban Rederer, Gemeindevorsteher,
Schellenberg
Rudolf Meier, Schneidermeister,
Mauren-Schaanwald

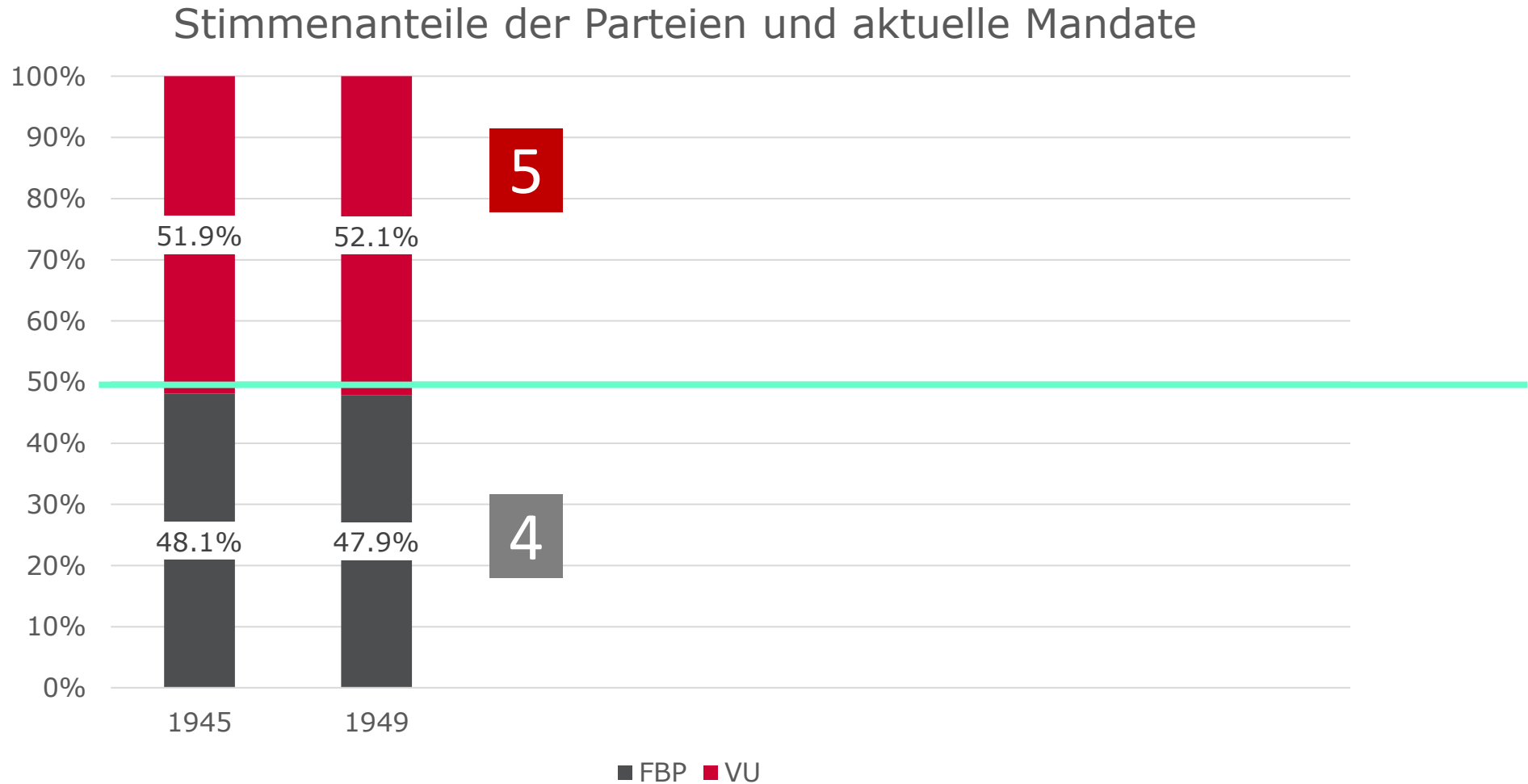
Neu

Neu

Neu



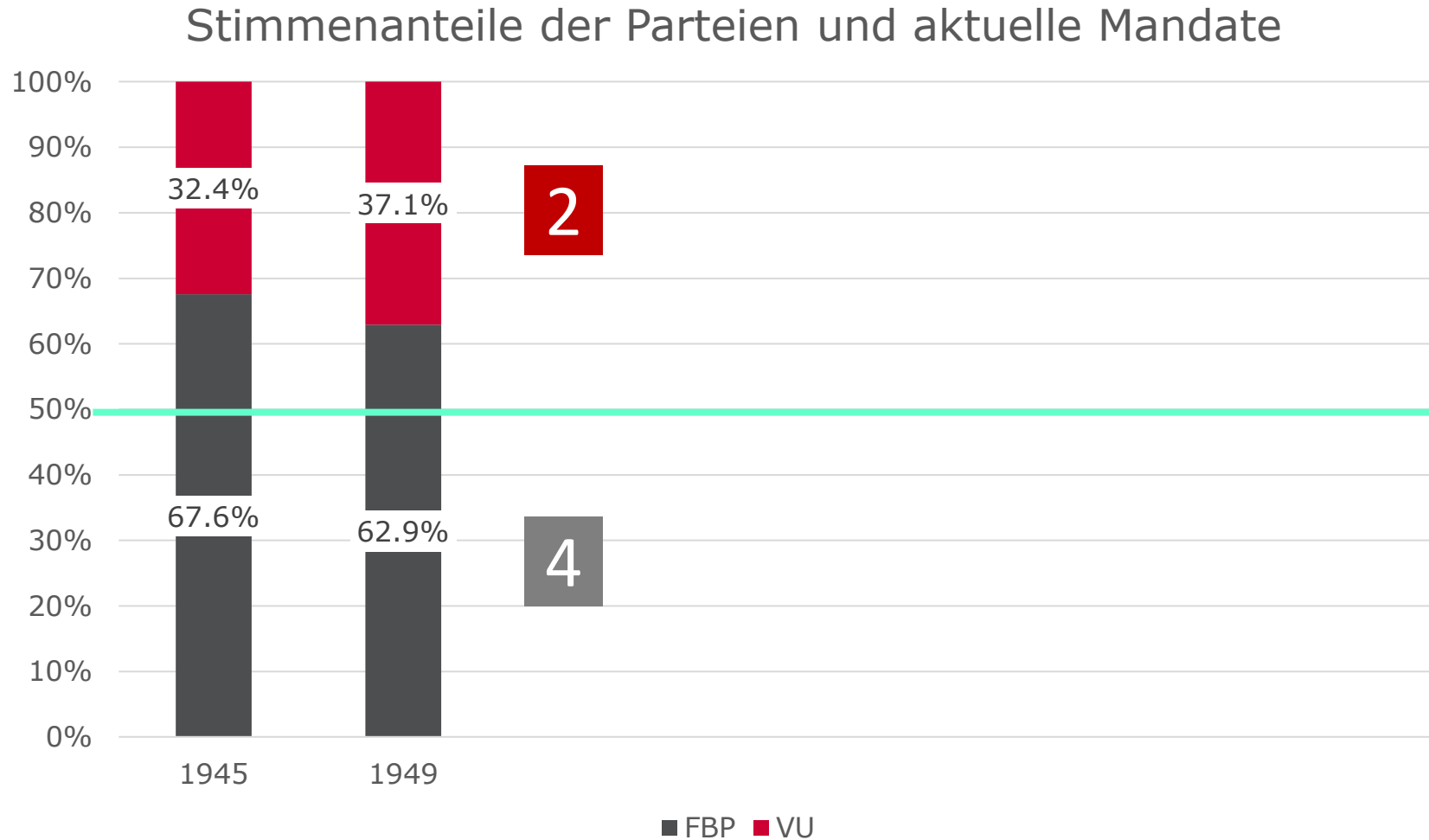
Landtag Wahlresultat OBERLAND 1945–1949



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



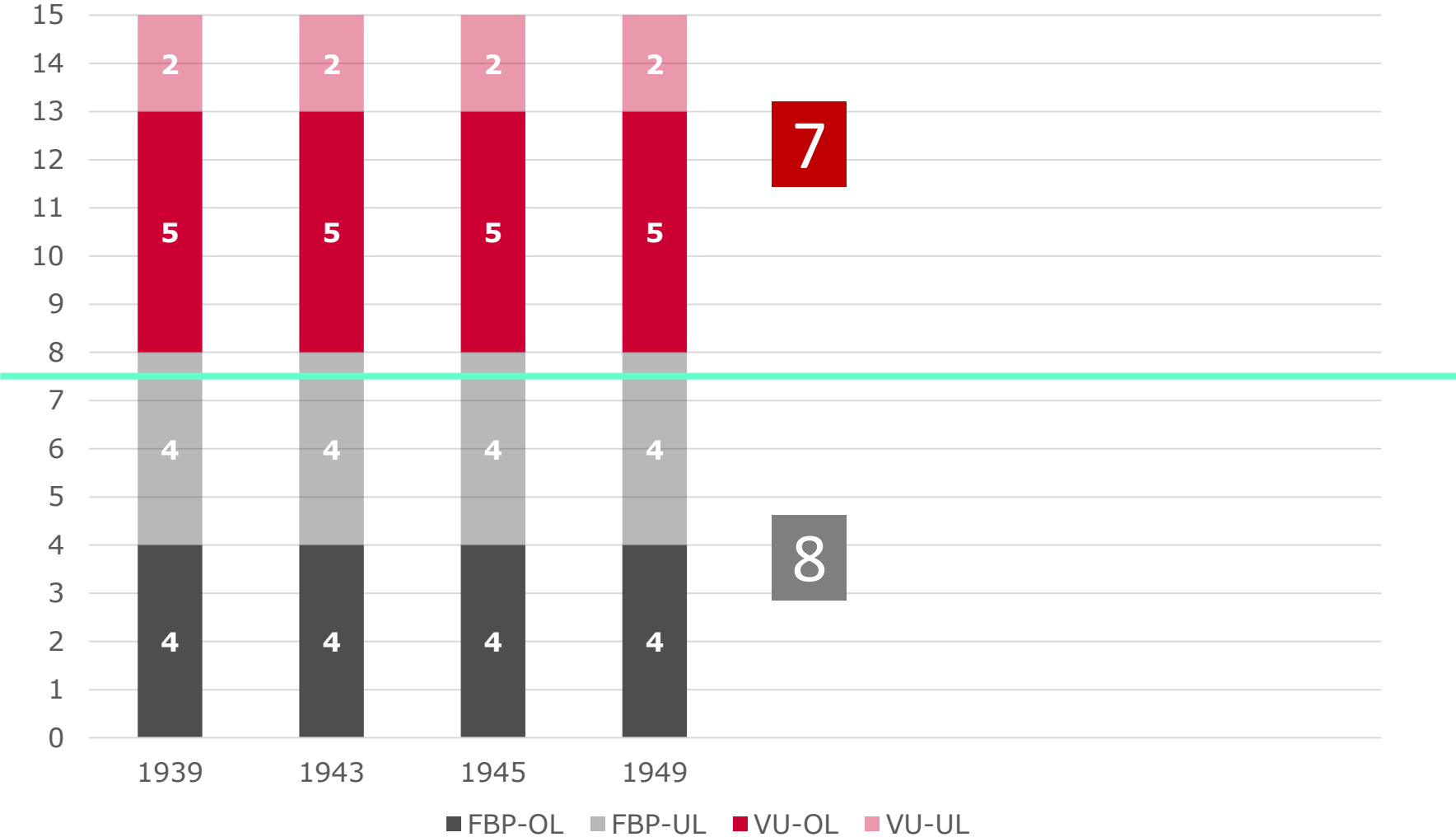
Landtag Wahlresultat UNTERLAND 1945–1949



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



Mandate 1939 bis 1949 – OL und UL



Landtagswahlen 6. Februar 1949 – Gewählte OBERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

1. Oberland

a) Abgeordnete:

- David Strub, alt Landtagspräsident, Vaduz
- Gustav Ospelt, Schlossermeister, Vaduz
- Tobias Jehle, Gemeindevorsteher, Schaan
- Emil Falk, Bauer, Schaan 207
- Fidel Brunhart, Gemeindevorsteher, Balzers
- Hans Büchel, Arbeiter, Balzers 108
- Josef Negele, Bauer, Triesen 90
- Johann Beck, Vorsteher u. Bauer, Triesenberg
- Engelbert Schädler, Bäckermeister, Triesenberg 267

b) Ersatzabgeordnete:

- Ferdinand Beck, Planken 36
- Alois Wenaweser, Arbeiter, Schaan 360
- Xaver Schädler, Bauer, Triesenberg 58

Abwahl
Abwahl

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

1. Oberland

a) Abgeordnete:

- Dr. Alois Ritter, alt Landtags-Vizepräsident, Vaduz
- Dr. Alois Vogt, alt Reg.-Chef-Stellvertreter, Vaduz
- Heinrich Brunhart, alt Landtagsabgeordneter, Balzers 145
- Johann Wachter, Geschäftsführer des Bauernvereins, Schaan 89
- Theobald Risch, Arbeiterpräsident, Triesen 239
- Wendelin Beck, Gemeindekassier, Triesenberg 3
- Franz Hilbe, Präsident der Gewerbe-Genossenschaft, Schaan
- Franz Vogt, Zimmermeister, Balzers 234
- Josef Sele, Arbeitersekretär, Vaduz 152

Abwahl

b) Ersatzabgeordnete:

- Alexander Sele, Reg.-Rat-Stellvertreter, Triesenberg 244
- Johann Baptist Beck, Bauer, Triesenberg 34



Landtagswahlen 6. Februar 1949 – Gewählte UNTERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

2. Unterland

a) Abgeordnete:

- Eugen Schädler, alt Landtagsabgeordneter
Nendeln
- Oswald Bühler, Gemeindevorsteher, Mauren
- Rudolf Marxer, Zimmermeister, Mauren 100
- Johann Georg Hasler, alt Abgeordneter,
Gamprin 26
- Hugo Kind, Vorarbeiter, Ruggell 82
- Eduard Oehri, Bauer, Schellenberg

b) Ersatzabgeordnete:

- Josef Batliner, Eschen 200
- Andreas Hoop, Ruggell 84

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

2. Unterland

a) Abgeordnete:

- Johann Georg Hasler, alt Reg.-Rat, Eschen 54
- Marxer Josef, alt Landtagsabgeordneter
Gamprin 48
- Ludwig Marock, Bauunternehmer, Mauren 133
- Alois Hasler, alt Landtagsabgeordneter,
Schellenberg 50
- Chrisostomus Oehri, Bauer, Ruggell
- Arnold Hoop, Vizepräsident des Arbeiter-
verbandes, Eschen 14

b) Ersatzabgeordnete:

- Urban Rederer, Gemeindevorsteher,
Schellenberg
- Rudolf Meier, Schneidermeister,
Mauren-Schaanwald

Abwahl

Abwahl



Landtagswahlen 6. Februar 1949 – Gewählte OBERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

1. Oberland

a) Abgeordnete:

- David Strub, alt Landtagspräsident, Vaduz
- Gustav Ospelt, Schlossermeister, Vaduz
- Tobias Jehle, Gemeindevorsteher, Schaan
- Emil Falk, Bauer, Schaan 207
- Fidel Brunhart, Gemeindevorsteher, Balzers
- Hans Büchel, Arbeiter, Balzers 108
- Josef Negele, Bauer, Triesen 90
- Johann Beck, Vorsteher u. Bauer, Triesenberg
- Engelbert Schädler, Bäckermeister, Triesenberg 267

b) Ersatzabgeordnete:

- Ferdinand Beck, Planken 36
- Alois Wenaweser, Arbeiter, Schaan 360
- Xaver Schädler, Bauer, Triesenberg 58

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

1. Oberland

a) Abgeordnete:

- Dr. Alois Ritter, alt Landtags-Vizepräsident, Vaduz
- Dr. Alois Vogt, alt Reg.-Chef-Stellvertreter, Vaduz
- Heinrich Brunhart, alt Landtagsabgeordneter, Balzers 145
- Johann Wachter, Geschäftsführer des Bauernvereins, Schaan 89
- Theobald Risch, Arbeiterpräsident, Triesen 239
- Wendelin Beck, Gemeindekassier, Triesenberg 3
- Franz Hilbe, Präsident der Gewerbe-Genossenschaft, Schaan
- Franz Vogt, Zimmermeister, Balzers 234
- Josef Sele, Arbeitersekretär, Vaduz 152

b) Ersatzabgeordnete:

- Alexander Sele, Reg.-Rat-Stellvertreter, Triesenberg 244
- Johann Baptist Beck, Bauer, Triesenberg 34



Landtagswahlen 6. Februar 1949 – Gewählte UNTERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

2. Unterland

a) Abgeordnete:

- Eugen Schädler, alt Landtagsabgeordneter
Nendeln
- Oswald Bühler, Gemeindevorsteher, Mauren
- Rudolf Marxer, Zimmermeister, Mauren 100
- Johann Georg Hasler, alt Abgeordneter,
Gamprin 26
- Hugo Kind, Vorarbeiter, Ruggell 82
- Eduard Oehri, Bauer, Schellenberg

b) Ersatzabgeordnete:

- Josef Batliner, Eschen 200
- Andreas Hoop, Ruggell 84

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

2. Unterland

a) Abgeordnete:

- Johann Georg Hasler, alt Reg.-Rat, Eschen 54
- Marxer Josef, alt Landtagsabgeordneter
Gamprin 48
- Ludwig Marock, Bauunternehmer, Mauren 133
- Alois Hasler, alt Landtagsabgeordneter,
Schellenberg 50
- Chrisostomus Oehri, Bauer, Ruggell
- Arnold Hoop, Vizepräsident des Arbeiter-
verbandes, Eschen 14

b) Ersatzabgeordnete:

- Urban Rederer, Gemeindevorsteher,
Schellenberg
- Rudolf Meier, Schneidermeister,
Mauren-Schaanwald



Regierungen 1945–1953

Jahr	LT-Wahl	LT-Sitzung	Regierungschef	Regierungschef-Stellvertreter	Regierungsrat	Jahr
1945	29.4.	3.9.	Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz	Franz Hoop, Ruggell Alois Wille, Balzers	1945
1946						1946
1947						1947
1948						1948
1949	6.2.	8.4.			Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz
1950			1950			
1951			1951			
1952			1952			
1953			1953			
1954			1954			
1955			1955			
1956			1956			



Volksabstimmung AHV vom 14. Februar 1952



AHV-Abstimmung, 14.2.1952

Die **Gewerbe**genossenschaft für das Fürstentum Liechtenstein hat am Ende der vergangenen Woche eine Broschüre von Haus zu Haus zustellen lassen mit der Ueberschrift: „Wir lehnen das AHV - Gesetz in der vorliegenden Form ab.“



AHV-Abstimmung, 14.2.1952

Wir stimmen für das AHV-Gesetz in der vom Landtage beschlossenen Form

Zur AHV-Abstimmung vom kommenden Sonntag hat der Landesverband der Landesangestellten, Lehrer u. Postangestellten einmütig folgende Resolution beschlossen:

Resolution:

Der Verband der Landesangestellten, Lehrer und Postangestellten Liechtensteins setzt sich geschlossen Schulter an Schulter mit dem Verband der Privatangestellten, der liechtensteinischen Arbeiterschaft und allen übrigen sozial Denkenden für die Einführung der AHV ein.

Landesverband der
Landesangestellten, Lehrer u. Postangestellten.

Ein einig Volk, eine wahre
Brüdergemeinde im Glück,
im Alter, in Not und Elend.
Darum zur AHV

JA

Aktionskomitee.

Den wahren Zusammenhalt für ein Volk
gibt nur die gemeinsame Bekämpfung
der Sorge für das Alter, für die Witwen
und Waisen.

Darum morgen

JA

Aktionskomitee

den." Darin geben wir der Genossenschaftsvor-
stehung recht und wenn wir diesen Grundsatz
beachten, dann müssen wir für die AHV ein-
treten, dann müssen wir uns zum Obligatorium
bekennen und dann sind wir auch eine Gemein-
schaft von sich gegenseitig helfenden Berufs-
ständen, so wie es die Gewerbe-genossenschaft
mit den Plakaten der drei Ringe „Wir sind eine
Gemeinschaft“ tut. Eine Gemeinschaft aber be-
steht nur dann, wenn wir zusammenhalten und
wir keinen Ring aus dieser Kette brechen.

Darum am Sonntag für die AHV

 **Ja!**

Ueberparteiliches Aktionskomitee
für die AHV

AHV-Abstimmung, 14.2.1952

Wir stimmen für das AHV-Gesetz in der vom Landtag beschlossenen Form

Aufruf an alle Parteifreunde der „Vaterländischen Union“

In Erwägung, daß die obligatorische Volksversicherung im Gegensatz zur Klassen- oder freien Versicherung, die soziale Rentengestaltung für Alter und Hinterbliebene, der unbedingte Rechtsanspruch für eine Rente, verbunden mit einer glücklichen Mischung des reinen Umlageverfahrens mit dem Kapitaldeckungsverfahren, für uns alle, Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende und freie Berufe, eine befriedigende und dauernde Lösung bringen kann und zum sozialen Frieden ein Beitrag ist, empfehlen wir allen unseren Parteifreunden die Annahme des vom Landtage dem Volke unterbreiteten Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenen-Versicherung am morgigen Sonntag, den 14. Dezember 1952.

Stimmt morgen: Ja!

Ferdinand Nigg, f. l. Regierungschef-Stellvertreter, Vaduz
Regierungsrat Marzell Heidegger, Triesen (Gewerbetreibender)
Dr. Alois Ritter, Vizepräsident des Landtages, Vaduz
Landtagsabgeordneter Dr. Alois Vogt, Fraktionsführer der Vaterländischen Union, Vaduz
Landtagsabgeordneter Joh. Gg. Hasler, Gemeindevorsteher, Eschen
Landtagsabgeordneter Johann Wachter, Schaan (Landwirt)
Theobald Risch, Präsident des Liechtensteinischen Arbeiterverbandes, Triesen
Josef Sele, Sekretär des Liechtensteinischen Arbeiterverbandes, Vaduz
Dr. Ivo Beck, Geschäftsführender Präsident der Vaterländischen Union, Vaduz.

Quelle: Vaterland, 13.12.1952

Gegen den Klassenkampf, gegen den Ostwind, gegen den Krämer- und Sektierergeist!

Für eine wahre Volksgemeinschaft!

Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Darum zur AHV ein
freudiges

JA

Aktionskomitee

Die Vorsorge für die Alten, für die Witwen und Waisen,

die Rettung vor Armenhaus und vor Bettelgesuchen bringt die AHV

Darum: **JA**

Aktionskomitee

Ein einzig Volk, eine wahre Brüdergemeinde im Glück, im Alter, in Not und Elend

Darum zur AHV

JA

Aktionskomitee

**Arbeiter,
Bauer,
Gewerbler!**

Können Sie es verantworten, Euren Witwen und Waisen den wirtschaftlichen Schutz zu verweigern? NEIN!

Darum
zur AHV

JA

Aktionskomitee

**Stimmt morgen für das
Solidaritätswerk der
Alters- und
Hinterlassenenversicherung**

**Morgen für den Schutz des
Alters, der Witwen
und Waisen:**

Ja!

AHV-Abstimmung, 14.2.1952

Oberland

61.7 % Ja 38.3 % Nein

Unterland

37.5 % Ja 62.5 % Nein

Land

53.5 % Ja 46.5 % Nein

Quelle: Volksblatt, 14.12.1952

Ergebnis der Volksabstimmung

vom 14. Dezember 1952

betreffend den Erlass eines Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Landtagsbeschluss vom 13. Nov. 1952).

Gemeinden	Zahl der Stimm- berechtigten	Zahl der abgegebenen Stimmen	davon gültig	davon ungültig	leer	Ja	Nein
Vaduz	526	455	429	—	26	275	154
Triesen	366	332	314	1	17	216	98
Balzers	454	421	408	—	13	216	192
Triesenberg	387	348	345	—	3	266	79
Schaan	490	453	434	—	19	217	217
Planken	25	22	21	—	1	13	8
Oberland Total	2248	2031	1951	1	79	1203	748
Eschen	348	316	304	2	10	140	164
Mauren	338	309	299	1	9	95	204
Gamprin	122	109	108	—	1	26	82
Ruggell	214	191	187	1	3	75	112
Schellenberg	109	95	91	1	3	35	56
Unterland Total	1131	1020	989	5	26	371	618
Landesergebnis Total	3379	3051	2940	6	105	1574	1366

AHV-Abstimmung, 14.2.1952

Gemeinde	Gültige Stimmen	Ja in Proz.	Nein in Proz.
Vaduz	429	64,1	35,8
Triesen	314	68,7	31,2
Balzers	408	52,9	47,0
Triesenberg	345	77,1	22,9
Schaan	434	50,0	50,0
Planken	21	61,8	38,0
Eschen	304	46,0	53,9
Mauren	299	31,7	68,3
Gamprin	108	24,0	75,9
Ruggell	187	40,1	59,8
Schellenberg	91	38,4	61,5

hen? Die Regierung wird jetzt mit aller Beschleunigung dem Landtag den Antrag auf einen Beschluß stellen, den Beginn der AHV zu bestimmen und den Verwaltungsrat und den Aufsichtsrat zu bestellen. Die Regierung wird ebenfalls raschestens die Beamenschaft bestellen müssen, die für die große Arbeit noch vorbereitet werden soll. Dann wird die Regierung Verhandlungen mit Bern führen, um ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit der Schweiz herzustellen. Gegenseitigkeitsverhandlungen sind ebenfalls mit Oesterreich, Deutschland, Frankreich usw. zu führen, um unsere dort lebenden Landsleute ebenfalls in den Genuß von Alters-, Witwen- und Waisenrenten zu setzen.

Wahlen vom 15. Februar 1953



Landtagswahlen 15. Februar 1953

„Die Bürgerpartei wird durch ihre Mandatsträger auch in Zukunft weiterfahren, mit absoluter Ehrlichkeit, mit Verantwortungsbewußtsein und Energie alle sich stellenden Probleme zu lösen, dem Lande und dem Volke getreulich zu dienen, wie sie dies schon ein Vierteljahrhundert getan hat.“

„Sie (die Bürgerpartei) tritt unentwegt für die Förderung des Bauernstandes und des Handels und des Gewerbes ein, wahrt die Interessen der Arbeiterschaft und schenkt der Ausbildung der Jugend und der Ertüchtigung des beruflichen Nachwuchses ihre volle Aufmerksamkeit“.

Quelle: Volksblatt, 7.2.1953

Aus einem Programm

Im Vorfeld der Wahlen fällt in der Regel manch ein Versprechen, dessen Erfüllung der Wähler dann aber vergeblich erwartet. Zwar hat die früher übliche Ueberschwänglichkeit im Wahlversprechen, wie sie bei der Opposition gerne üblich war, in der Einsicht des Bürgers für die Möglichkeiten in der Erfüllung des Verfassungsgrundsatzes über den Wohlfahrtsstaat ein Regulativ erhalten, aber es gibt immer noch Leichtgläubige, die sich vertrauensselig zu weit gespannten Hoffnungen hingeben. Die Erfahrung in unserem Staatsleben, betreffen sie nun kulturelle, wirtschaftliche, soziale oder finanzielle Belange, weisen den Bürger doch in die Richtung, die den Ernst in der Staatsführung unter Beweis gestellt hat. Sei dies denn in der Wahrung der Integrität des Staates nach außen und in der Festigung des Vertrauens des Auslandes zu demselben oder in der Stärkung nach innen offenbar geworden, beides verdient unsere Beachtung.

In der Resolution der Bürgerpartei vom 1. Februar lasen wir den Satz:

„Die Bürgerpartei wird durch ihre Mandatsträger auch in Zukunft weiterfahren, mit absoluter Ehrlichkeit, mit Verantwortungsbewußtsein und Energie alle sich stellenden Probleme zu lösen, dem Lande und dem Volke getreulich zu dienen, wie sie dies schon ein Vierteljahrhundert getan hat.“

Wir dürfen einem solchen, im Vorfeld der Wahlen zum Landtag geborenen Satz sicher auch kritisch gegenüberreten, wenn nicht doch die Tatsachen für die Achtbarkeit eines solchen Ausspruchs Zeugnis ablegen. Wie Regierungschef Frick an der Jubiläumsversammlung der Bürgerpartei ausführte, wurden in den letzten 15 Jahren im Staatshaushalt 80 Millionen Franken ausgegeben, wovon der Großteil im öffentlichen Bauen oder durch andere Kanäle der Volkswirtschaft zufließt. In erster Linie mußte am Rhein und den Rufen ein wachsameres Auge geschenkt werden. Die Bauten am Rhein wurden 5 1/2 Millionen, der Kanalbau rund 5 Millionen, die Rufen seit 1937 nahezu 2 Millionen und der Straßenbau 12 Millionen. Groß und ebenfalls die Beträge, die an das Bauen in den Gemeinden gegeben werden konnten. Wenn unsere Gemeinden vor 25 Jahren kannte und ihr Gesicht von heute betrachtet, sieht, welchen

Fortschritt die Gestaltung des Dorfbildes zu verzeichnen hat. Neuerdings hat die Regierung dem Bauen in den Gemeinden ein Augenmerk geschenkt. Der Ausbau und die Regulierung von Gemeinestraßen und die Anlage von Kanalisationen sollen mit einer 40%igen Subvention bedacht werden.

Aber nicht nur im öffentlichen Bauen und der dabei zweckmäßig verwendeten Mittel zeigt sich die Verantwortung, sie offenbart sich ebenso in anderen Zweigen unserer Staatswirtschaft. Die großen Mittel, die der Volkswirtschaft auf andern Wegen zugeleitet wurden, sind auch nicht weniger beachtenswert.

Dram gewinnt ein anderer Satz der erwähnten Resolution nicht minder an Bedeutung:

Die Landtagskandidaten der Bürgerpartei

In der heutigen Nummer sind die Wahllisten für die kommenden Landtagswahlen veröffentlicht worden. Die fortschrittliche Bürgerpartei hat nachstehende Landtagskandidaten in der Jubiläums-Delegiertenversammlung in Schaan vom 1. Februar 1953 von über 150 Delegierten wählen resp. bestätigen lassen:

Oberland:

David Strub, a. Landtagspräsident und Gemeindevorsteher, Vaduz

Ernst Risch, Kaufmann, Schaan, Nr. 96

Fidel Brunhart, a. Abgeordneter und Gemeindevorsteher, Balzers

Engelbert Schädler, Bäckermeister, Triesenberg

Franz Josef Schurle, Schmiedemeister, Triesenberg Nr. 138

Dr. Martin Risch, Landesphysikus, Vaduz

David Büchel, Arbeiter und Vermittler, Balzers Nr. 61

Raimund Tschol, sen., Bauer, Triesenberg Nr. 193

Albert Schädler, Arbeiter, Triesenberg Nr. 138

Unterland:

Eugen Schädler, Fabrikant, Nendeln

Oswald Bühler, a. Abgeordneter und Gemeindevorsteher, Mauren

Ernst Büchel, a. Vorsteher und Bauer, Ruggell Nr. 83

Franz Kind, sen., Bauer, Bendern, Nr. 2

Rudolf Marxer, a. Abgeordneter und Zimmermeister, Mauren, Nr. 100

Karl Goop, Landesprodukthändler, Schellenberg.

Die Liste der fortschrittlichen Bürgerpartei enthält nicht nur Namen, die dem bisherigen Landtag besonderes Gepräge gaben, sondern sie führt auch Namen von Männern auf, die bereits in ihren Gemeinden und in den verschiedensten Körperschaften durch ihre erfolgreiche Tätigkeit für die Berufung in die Legislative des Landes die besten Qualitäten mitbringen.

Auf der Liste der fortschrittlichen Bürgerpartei ist keine Berufsgruppe bevorteilt worden; Bauern, Gewerbler, Intellektuelle und Arbeiter finden, wie die vorstehende Wahlliste beweist, bestmögliche Berücksichtigung für die Wahrung ihrer Interessen. Das ist im Sinne einer gedeihlichen Zusammenarbeit sehr zu begrüßen.

Auf der Liste der Bürgerpartei wird man mit Recht folgende Namen vermissen:

Die bisherigen Abgeordneten: Gemeindevorsteher Tobias Jehle, Schaan und Eduard Oehri, Bauer, Schellenberg, ebenso die Ersatzabgeordneten des letzten Landtags: Josef Negele, Bauer, Triesenberg, und Johann Georg Hasler, Bauer, Gamprin.

Diese Männer haben ihre Dienste durch Jahre zum Wohle des Ganzen erfüllt. Dafür verdienen sie den Dank der ganzen Partei und die Anerkennung der ganzen Bevölkerung. Eine Partei sieht verdiente Männer nur ungern scheiden. Sie werden aber künftig nicht untätig sein. Meistens ist es ja so, daß die Abgeordneten neben ihrem Mandat im Landtag noch in Gemeinde und Korporationen ein vollgültiges Maß von Arbeit leisten. Daß sie dort weiterhin ihre bewährte Kraft und ihre Erfahrung dem Wohle der Öffentlichkeit leihen, das ist der Wunsch Aller.

„Sie (die Bürgerpartei) tritt unentwegt für die Förderung des Bauernstandes und des Handels und des Gewerbes ein, wahrt die Interessen der Arbeiterschaft und schenkt der Ausbildung der Jugend und der Ertüchtigung des beruflichen Nachwuchses ihre volle Aufmerksamkeit“.

Hier dürfen wir nun doch wieder eine kurze Besinnung einschalten. Im Bewußtsein, daß der Bauernstand auch in der neuen Zeit noch immer der Nährstand bleibt, ist ihm aus öffentlichen Mitteln manche größere Zuwendung gemacht worden. Ganz abgesehen vom Bau des Binnenkanals und den großen Auslagen für Bodenverbesserungen, floßen der Landwirtschaft in den vergangenen 25 Jahren über 5 Millionen Franken zu. Weniger in die Augen springend sind die Mittel, die an die anderen Stände auf mehr indirektem Wege floßen.

In den Vordergrund gerückt zu werden verdienen die Aufwendungen für unsere Jugend, seien sie im Ausbau der Volksschulbildung oder in der Weiterbildung der Jugend getätigt worden. Die Sorge für die Jugend scheint uns immerhin ein Wertmesser in der Verantwortlichkeit der Behörden für die Vergangenheit und für die Zukunft zu sein.

Im Wohlfahrtsstaat darf aber auch die Soziale Fürsorge keineswegs fehlen. Wir wissen um die beträchtlichen Mittel, die Jahr für Jahr unter diesem Titel ihre Verwendung finden. Die Endpost bewegte sich in den vergangenen Jahren im Durchschnitt regelmäßig um 400 000 Franken herum, ohne den für die Kinderzulagen ausgesetzten Betrag von 90 000 Franken. Die Fonds des Landes sind heute auf über 3 Millionen angewachsen, ihr Vermögen hat sich seit dem Jahre 1928 durch die Zuschüsse der öffentlichen Hand verzehnfacht.

Dieser kleine Rückblick bestätigt gewissermaßen doch den Ernst, der in den vergangenen 25 Jahren in der Staatsführung hervorgetreten ist und gibt einen Ausblick auf das Programm in der Zukunft. Schließlich ist aber die Finanzgebarung des Landes als solche von eminenter Wichtigkeit. Sie begründet in einem großen Teil auch das Vertrauen, das dem Lande entgegengebracht wird. Darin kann nun die Bürgerpartei in den letzten 25 Jahren einen ganz besonderen Erfolg buchen, dieses Vertrauen wird auch Garant für die Zukunft sein.

Landtagswahlen 15. Februar 1953

Wählen ist Bürgerpflicht

**Darum fehle am Sonntag
kein Bürger an der Urne!**

Stimm Bürgerpartei — lege Ihre Liste ein,
dann bleibt es ein glückliches Liechtenstein.

Der Bürger sieht's auch hier:

Die UNION polemisiert im Interesse Ihrer Partei
Die fortschrittliche Bürgerpartei rechnet im
Interesse des Landes!

Wähler gib acht!

Jedes Zeichen auf dem Stimmzettel macht denselben ungültig.
Sehe Dir daher den Stimmzettel gut an, noch bevor Du ihn ins
Couvert steckst.

Zur Beachtung an alle Wähler!

Ungültige Stimmzettel sind:

1. Stimmzettel, denen nicht mit Sicherheit der Name irgendeines der vorgeschlagenen Kandidaten zu entnehmen ist.
2. Stimmzettel, die Bemerkungen beleidigenden oder verletzenden Inhaltes enthalten.
3. Handgeschriebene oder gedruckte Stimmzettel nicht amtlicher Natur.
4. Stimmzettel, die keine oder andere Parteibezeichnungen tragen, als wie sie in den amtlich veröffentlichten Wahllisten enthalten sind. Aenderungen in der Parteibezeichnung sind nicht beachtlich.

Stimmzettel, die Zeichen zum offenkundigen Zweck einer ungerechtfertigten Kontrolle durch eine Wählergruppe oder einzelne enthalten.

Als Kandidatenstimmen sind ungültig:

1. die auf eine solche Person fallen, die in keiner der eingereichten Wahllisten als Kandidat vorgeschlagen ist;
2. die einen Kandidaten ungenau bezeichnen.

Der aufmerksame Wähler wird am Sonntag seinen Stimmzettel nicht durch obenerwähnte Umstände ungültig erklären lassen. Er wird genau beachten, dass nicht durch unklare Streichungen und mangelhafte Benennungen die Stimme verloren geht. Am deutlichsten wird die Meinung unserer Wähler zum Ausdruck kommen, wenn sie die

**unveränderte Liste der Bürgerpartei
in die Urne legen.**

Landtagswahlen 15. Februar 1953



Rhein- und Rüfeverbauung

Strassennetz

Automatisierung des Telefons

Förderung der Wirtschaftszweige

Ausbau der sozialen Fürsorge

Verringerung der Staatsschuld

Vertrauen im Ausland

weil ich weiss, dass die Union infolge der Vorkommnisse im Jahre 1939, das Vertrauen des Auslandes nicht besitzt;

Quelle: Volksblatt, 14.2.1953

Warum stimme ich am Sonntag Bürgerpartei

Sie ist die Partei, die in 25jähriger Aufbaubarbeit dem Lande und Volke treu gedient hat.

Was in der Zeit der Zerstörung eines grossen Teiles unserer Talsohle durch den Rhein und der Verheerung der Landesfinanzen im Jahre 1928 von der Regierung De Hoop mit verantwortungsvollem Ernst und unter Einsatz aller Kraft begannen und an Aufbauarbeit geleistet und von der Regierung Frick seit 1945 im Bewusstsein voller Verantwortung gegenüber Volk und Land weitergeführt wurde, soll eine planmässige Fortsetzung erfahren.

Durch die weitreichende Verbesserung des Rheins und der Rüfen wurde die Talsohle geschützt, die Ebene durch den Bau des Binnenkanals u. durch die Anlage des Entwässerungswerkes der Versumpfung entzogen und dem ertragreichen Fruchtbau zugeführt.

Das Strassenetz wurde den heutigen Ansprüchen entsprechend ausgebaut und soll weiter ausgebaut werden. Durch den Bau des Kollmats und der Alpenstrasse wurde der Fernverkehr gefördert, die Bewirtschaftung der Alpen erleichtert und die Voraussetzung für den Bau des Saminawerks geschaffen.

Die Automatisierung des Telefons wurde durchgeführt.

Hand in Hand mit diesem Ausbau des Landes ging die gesetzgeberische Tätigkeit im Landtag unter der präsidialen Leitung von Hll. Pfarrer A. Frommelt und David Strub. Der Landtag verabschiedete in den letzten 25 Jahren Gesetze zum Ausbau unseres Schulwesens, zur Förderung aller Wirtschaftszweige, zum Ausbau der Sozialen Fürsorge, kurz, die Gesetzgebung stellte sich ganz in den Dienst des Wohlfahrtsstaates.

Bei all dieser Aufbauarbeit im Sinne der Volkswohlfahrt nach dem Grundsatz unserer Verfassung wurde die im Jahr 1928 angetretene Staatsschuld von rund 5½ Millionen Franken um mehr als 4 Millionen verringert und noch grössere Reserven für eine Zeit des absinkenden Arbeitsmarktes geschaffen. Eines der bestesten Ziele in der Staatsführung ist für die Bürgerpartei u.a. auch, der im Lande überschüssigen Arbeitskraft Verdienst zu schaffen.

weil ich weiss, dass die Union infolge der Vorkommnisse im Jahre 1939, das Vertrauen des Auslandes nicht besitzt;

weil ich weiss, dass die Union infolge der Vorkommnisse im Jahre 1939, das Vertrauen des Auslandes nicht besitzt;

weil ich weiss, dass die Union infolge der Vorkommnisse im Jahre 1939, das Vertrauen des Auslandes nicht besitzt;

weil ich weiss, dass die Union infolge der Vorkommnisse im Jahre 1939, das Vertrauen des Auslandes nicht besitzt;

weil ich weiss, dass die Union infolge der Vorkommnisse im Jahre 1939, das Vertrauen des Auslandes nicht besitzt;

weil ich weiss, dass die Union infolge der Vorkommnisse im Jahre 1939, das Vertrauen des Auslandes nicht besitzt;

ausserpolitische Arbeit des Regierungschefs ermöglicht dem Aufbau eines 6 Millionenbudgets;

weil ich weiss, dass die Union infolge der Vorkommnisse im Jahre 1939, das Vertrauen des Auslandes nicht besitzt;

weil die Bürgerpartei keine Versprechungen macht, die nicht eingehalten werden. Sie läuft keine Bahn auf den Scheitern, aber kehrt in Fortsetzung des Aufbauprogramms, das vor, was dem

Volke und seiner Wirtschaft und Wohlfahrt dient.

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

ausserpolitische Arbeit des Regierungschefs ermöglicht dem Aufbau eines 6 Millionenbudgets;

weil ich weiss, dass die Union infolge der Vorkommnisse im Jahre 1939, das Vertrauen des Auslandes nicht besitzt;

weil die Bürgerpartei keine Versprechungen macht, die nicht eingehalten werden. Sie läuft keine Bahn auf den Scheitern, aber kehrt in Fortsetzung des Aufbauprogramms, das vor, was dem

Volke und seiner Wirtschaft und Wohlfahrt dient.

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

weil die Bürgerpartei nur eine Politik kennt, das ist die liechtensteinische, und ohne Einschränkung der Devise lebt: Für Fürst, Volk und Vaterland!

weil die Bürgerpartei das Ansehen des Landes und seine Souveränität international festgelegt hat und weiter zu festigen bestrebt sein wird;

Eine wirklich (schwache) Erweiterung

heute das „Liechtensteiner Vaterland“ auf die Feststellung, dass die Volkspartei-Regierung auch nach dem bedrücklichen Hochwasser von 1922 es unterlassen habe, dem Rhein die notwendige Aufmerksamkeitsleistung zu schenken. Das Vaterland hat bekanntlich vor einiger Zeit selber berichtet, dass unsere schweizerischen Nachbarn, ungeschwächt durch das Unheil von 1922, gleich 1923 daran gingen, die Rheinwähe zu erhöhen.

Auf die Frage im Liechtensteiner Volksblatt, warum nicht auch unsere Regierung damals im Rhein sofort das Nötige veranlasst habe, heisst es im Vaterland, sie hätte kein Geld gehabt. Zugegeben, die Gehälter des Landes waren damals knapp. Trotzdem hätte es eine verantwortungsbewusste Regierung niemals auf sich nehmen dürfen, unser Land so der Lebensverarmungsgefahr auszusetzen.

1927 musste der Rhein auf unserer Seite einbrechen, weil unsere Wähe auf lange Strecken einen halben Meter niedriger waren als die schweizerischen Wähe. Auch bei schlechterster Finanzlage hätte die Regierung für Behebung dieser katastrophalen Gefahr wenigstens im gleichen Ausmass wie der Kanton St. Gallen es tat, einstehen müssen. Vergessen wir nicht, schon 1922 lieferten in Schaan die Sturmglocken, die Entschuldigend wir hätten kein Geld, nimmt sich auch merklich aus, wenn man bedenkt, was für Geschäfte in jenen Jahren durch jenes Regime mit Landbesitzern im In- und Auslande getätigt wurden: Geschäfte, die dann im Jahre 1928 das wahre Gesicht zeigten und den Staat Millionen kosteten.

Kein Geld gehabt zu haben für die grösste Schutzlasten ist wohl die billigste Ausrede für jene Regierung.

Und diese Leute wollen heute wieder aus Staatsruder!

Süchtentum Liechtenstein

Wir suchen dringend noch 3 Ferienplätze für Flüchtlingskinder aus dem nächsten Wintertransport, der bereits am 20. d. M. hier ankommt. Es handelt sich um 9 Leibesjünglinge und um einen weiteren Knaben im 10. Lebensjahr. Wir sind um die Mittelung von Ferienplätzen für die 3 Kinder von Herren dankbar. Liechtenstein, Botes Kreuz

Stimm Bürgerpartei — lege Ihre Liste ein, dann bleibt es ein glückliches Liechtenstein.

Vater, Pächtergemeinschaft (Ingenieur) Eine beglückwünschte Mitteilung haben die Jungfrauenkongregation und die Junglingsvereine mit ihrer gemeinsamen Fachgenossenschaft vom vergangenen Sonntag empfangen. Nicht nur die Eltern der Mitglieder, sondern eine große Zahl von Freunden und Gönnern waren erschienen, so daß das Lokal vollbesetzt war, obwohl verschiedene andere Veranstaltungen abgehalten wurden. Mit Hofkaplan Bamer, der Präses des Junglingsvereins, begrüßte die Anwesenden in launiger Weise und erläuterte das Programm. Schon das Auftreten des Korrektors und die schmeichelhaften Weisen der Musik schafften gleich eine fröhliche Stimmung. Sowohl die Mädchen als die Buben zeigten dann mit ihren Lustig-

Der Bürger sieht's auch hier: Die UNION polemisiert im Interesse Ihrer Partei! Die fortschrittliche Bürgerpartei rechnet im Interesse des Landes!

Landtagswahlen 15. Februar 1953

Verfassungsmässige Rechte und Pressefreiheit

Nachfolgerin in der Volkspartei -> Zollvertrag

Freie Wirtschaft

Demokratisches Gemeindegesetz

Fortschrittliche Sozialpolitik

Keine Steuererhöhung wegen AHV

Forderung nach Invalidenversicherung

Familienschutz und Kinderzulagen

Abschreibungspolitik bei Staatsfinanzen ändern

Sorge für gewerblichen Nachwuchs und Stipendien

Partei der kleinen Leute

Stabilität und gute Beziehungen zur Schweiz

Quelle: Vaterland, 14.2.1953

Warum stimme ich geschlossen für die Vaterländische Union?

1. Weil ich weiß, daß sie die Garantie bietet für die Wahrung der **verfassungsmäßigen Rechte**, die Rechtsgleichheit eines jeden einzelnen Bürgers, insbesondere der **Pressefreiheit**.
2. Weil sie die **Nachfolgerin der Volkspartei** ist, welche den **Zollvertrag** mit der Schweiz zum Abschluß brachte, welcher die **Grundlage unserer wirtschaftlichen Entwicklung** ist und ohne den unser Land nie einen solchen Aufschwung erlebt hätte.
3. Weil sie auf dem Boden der **freien Wirtschaft** steht und dem Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ huldigt und die Breitmachung jeglicher Bürokratie bekämpft.
4. Weil sie die Schaffung eines **demokratischen Gemeinde-Gesetzes** fordert, in dem an der Selbständigkeit der Gemeinden und der genauen Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Bürgerversammlung, verstärktem Gemeinderat und Gemeinde rat in jeder Hinsicht festgehalten wird.
5. Weil sie eine fortschrittliche **Sozialpolitik** betreibt und dies durch das Einstehen für die Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung bewiesen hat.
6. Weil sie die Gewähr dafür bietet, daß die **Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung ohne 40%ige Landes- bzw. 13,5%ige Landes- und Gemeinde-Steuererhöhung** finanziert wird und wegen der AHV auch keine neuen Steuern geschaffen werden müssen.
7. Weil sie eine **Invalidenversicherung** für jene fordert, die schuldlos arbeitsunfähig werden und sie, auf Grund der Erfahrungen mit der AHV in der Schweiz, überzeugt ist, daß die Invalidenversicherung mit der Zeit in die AHV eingebaut werden kann, und zwar ohne Steuer- und Prämienerrhöhung.
8. Weil sie für den **Familienschutz** ist und das Existenzminimum für die Zuerkennung der **Kinderzulagen** erhöhen will, so, daß jeder Lohnempfänger mit mehreren Kindern zum Zuge kommen wird, auch dann, wenn er sich durch besonderen Fleiß anstrengt, sein Einkommen **zu erhöhen**.
9. Weil sie eine nach kaufmännischen Grundsätzen geführte **Abschreibungspolitik** in den Landesfinanzen wünscht und damit verhindert, daß unnötige Steuern eingeführt werden müssen.
10. Weil sie die besondere Sorge für den gewerblichen **Nachwuchs** fordert um die vorhandenen Führerstellen in unserer Industrie einnehmen zu können. Es muß den jungen, fähigen Leuten aus kinderreichen bedürftigen Familien durch eine verbesserte **Stipendienpolitik** eine berufliche Ausbildung ermöglicht werden.
11. Weil sie die Partei des Arbeiters, des kleinen Bauers, des Gewerbetreibenden ist und dem Volke Männer und Persönlichkeiten mit Intelligenz und Verantwortungsbewußtsein, verbunden mit **Sinn für Sozialpolitik** und **die Jugend** und nicht Platzhalter vorstellt.
12. Weil sie die **Stabilität der guten freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz** garantiert.

Landtagswahlen 15. Februar 1953

BAUER!

Wer hat Dir in den schweren Kriegsjahren geholfen?
 Wer hat Dir die Subventionen für landwirtschaftliche Maschinen verschafft?
 Wer hat die Tuberkulose-Ausmerzaktion für Dich erträglich durchgeführt?
 Wer hat Dir bei der Neuregelung der Milchverwertung unter die Arme gegriffen?
 Und wer schafft Dir die Bodenzusammenlegung?
 Und wer befreit Dich von einer neuen Steuer für die A.H.V.?

Die Union!

Darum ihre Liste in die Urne

ARBEITER!

Wer arbeitet seit bald 40 Jahren an Deiner Besserstellung, an der sozialen Fürsorge für Dich, Dein Weib und Deine Kinder? Wer hat Dir die obligatorische Unfallversicherung, das Arbeiterschutzgesetz und vor allem die A.H.V. gebracht?

Die Union (Volkspartei) war es und ist es, die Dir hilft!

Darum legt der Arbeiter die

Liste der Union in die Urne!

BÜRGER!

Wer hat die Durchführung der A.H.V. ohne jede Steuer-Erhöhung vorgeschlagen und wer wird diese Idee durchführen?
 Die Vaterländische Union!

Und wer hat der Union diesen Vorschlag geraubt, trotzdem in allen Aufklärungs-Versammlungen der Regierungschef eine Erhöhung der Staatssteuer von 40% und der gesamten Steuern von 13% propagiert hat?
 Die Bürgerpartei!

Darum am Sonntag die Liste der Union!

Dem ernstdenkenden Arbeiter wird daher die Wahl nicht schwer fallen, wem er seine Stimme gibt: Er gibt sie der

Vaterländischen Union

Darum die Listen der -Vaterländischen Union- in die Urnen!



Landtagswahlen 15. Februar 1953 – Kandidaten OBERLAND

1. Wahlliste der Fortschrittlichen Bürgerpartei

a) Oberland

David Strub, Alt-Landtagspräsident, Vaduz

Neu Ernst Risch, Kaufmann, Schaan Nr. 96

Fidel Brunhart, Gemeindevorsteher, Balzers

Engelbert Schädler, Bäckermeister, Triesenberg

Neu Franz Josef Schurte, Schmiedemeister, Triesenberg
Nr. 138

Neu Dr. Martin Risch, Landesphysikus, Vaduz

Neu David Büchel, Vermittler, Balzers Nr. 61

Neu Raimund Tschol sen., Landwirt, Triesen Nr. 1

Neu Albert Schädler, Triesenberg Nr. 138.

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

Dr. Alois Ritter, Alt-Landtagsvizepräsident,
Vaduz

Theobald Risch, Arbeiterpräsident, Triesenberg

Johann Wachter, Alt-Landtagsabgeordneter,
Schaan 8

Andreas Vogt, Installateur, Balzers 281

Neu Alois Ospelt, jun., Arbeiter, Vaduz 412

Dr. Alois Vogt, Rechtsanwalt, Vaduz 26

Wendelin Beck, Alt-Landtagsabgeordneter,
Triesenberg 13

Neu Josef Büchel, Lehrer, Triesen 243

Neu Dr. Ivo Beck, Rechtsanwalt, Vaduz

3. Wahlliste der Unselbständig Erwerbenden und Kleinbauern

Neu

Oberland

Egon Beck, Vizevorsteher, Triesenberg Nr. 126

Albert Frick, Vorarbeiter, Balzers Nr. 265

Gebhard Kindle, Triesen Nr. 1, Fabrikarbeiter

Oskar Gaßner, Vaduz Nr. 429, Vorarbeiter

1949 VU Alexander Sele, Regierungsrat-Stellvertreter,
Triesenberg Nr. 244

Wilhelm Frick, Förster, Balzers Nr. 276

Josef Hasler, Schreiner, Vaduz Nr. 262

Ferdinand Banzer, Maurer, Triesen Nr. 186

1949 VU Josef Sele, Arbeitersekretär, Vaduz Nr. 152

Sperrklausel: 18 Prozent!



Landtagswahlen 15. Februar 1953 – Kandidaten UNTERLAND

1. Wahlliste der Fortschrittlichen Bürgerpartei

b) Unterland

Eugen Schädler, Industrieller, Nendeln

Oswald Bühler, Gemeindevorsteher, Mauren

Neu Ernst Büchel, Landwirt, Ruggell 83

Neu Franz Kind sen., Landwirt, Bendern Nr. 2

Rudolf Marxer, Zimmermeister, Mauren Nr. 100

Neu Karl Goop, Landesproduktenhändler, Schellenberg.

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

Unterland:

Johann Georg Hasler, Gemeindevorsteher
und Bäckermeister, Eschen

Neu Paul Büchel, Bauer, Ruggell 18

Neu Josef Kind, Bauer, Gamprin 63

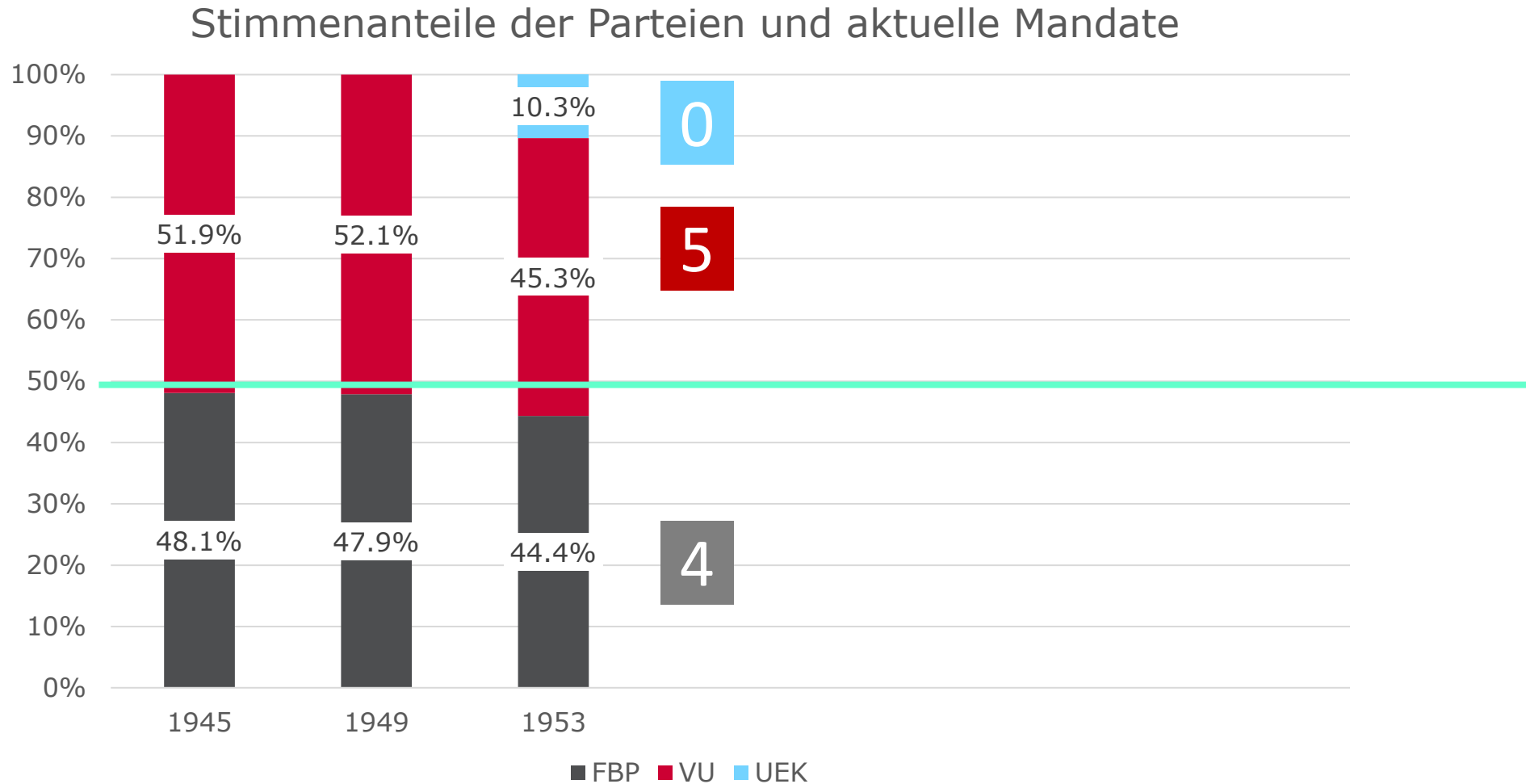
Ludwig Marock, Bauunternehmer, Mauren
13

Alois Hasler, Bauer und Säger,
Schellenberg 5

Neu Gebhard Gerner, Arbeiter, Eschen 224



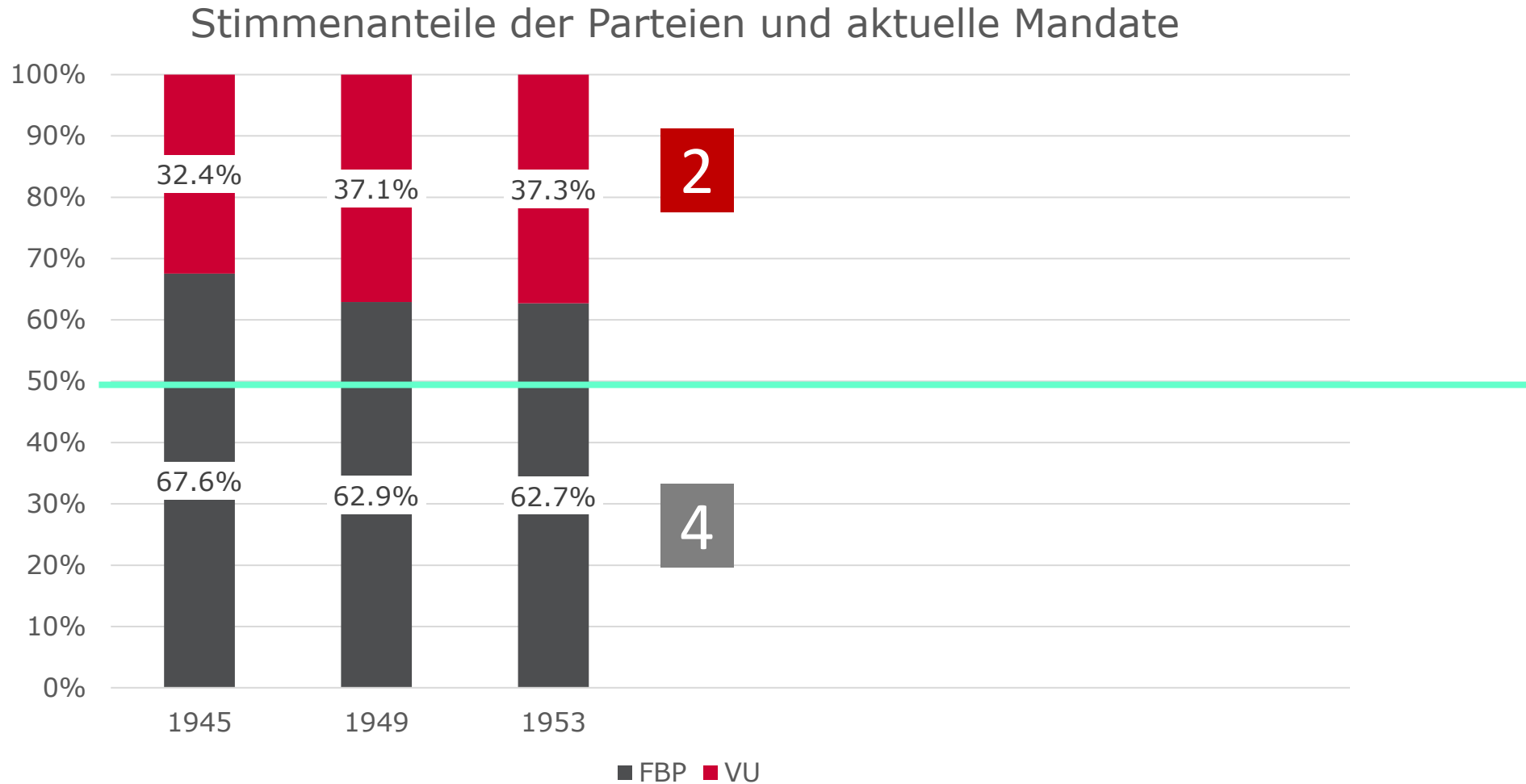
Landtag Wahlresultat OBERLAND 1945–1953



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



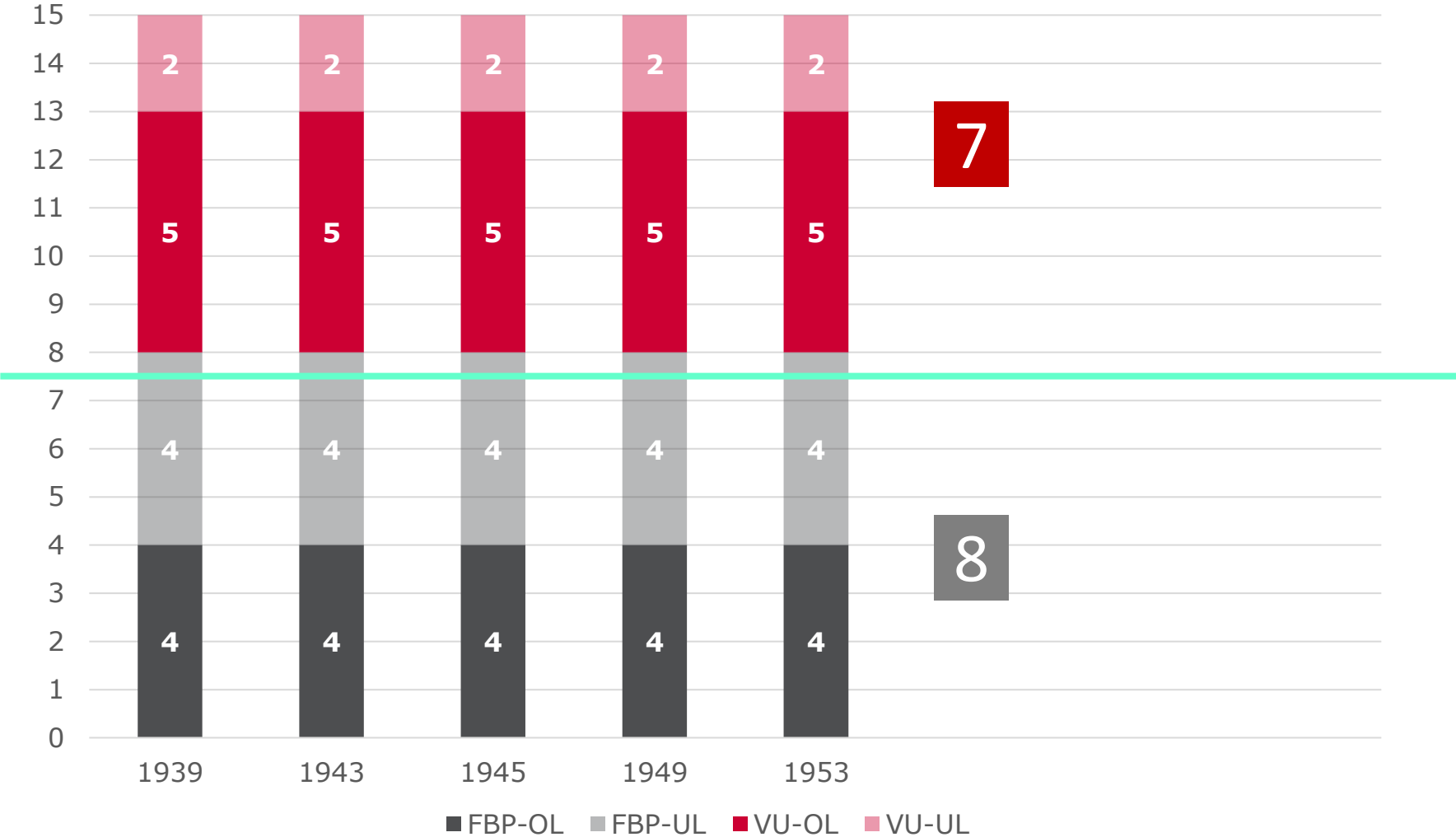
Landtag Wahlresultat UNTERLAND 1945–1953



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



Mandate 1939 bis 1953 – OL und UL



Landtagswahlen 15. Februar 1953 – Gewählte OBERLAND

1. Wahlliste der Fortschrittlichen Bürgerpartei

a) Oberland

- David Strub, Alt-Landtagspräsident, Vaduz
- Ernst Risch, Kaufmann, Schaan Nr. 96
- Fidel Brunhart, Gemeindevorsteher, Balzers
- Engelbert Schädler, Bäckermeister, Triesenberg
- Franz Josef Schurte, Schmiedemeister, Triesen Nr. 138
- Dr. Martin Risch, Landesphysikus, Vaduz
- David Büchel, Vermittler, Balzers Nr. 61
- Raimund Tschol sen., Landwirt, Triesen Nr. 193
- Albert Schädler, Triesenberg Nr. 138.

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

- Dr. Alois Ritter, Alt-Landtagsvizepräsident, Vaduz
- Theobald Risch, Arbeiterpräsident, Triesenberg
- Johann Wachter, Alt-Landtagsabgeordneter, Schaan 8
- Andreas Vogt, Installateur, Balzers 281
- Alois Ospelt, jun., Arbeiter, Vaduz 412
- Dr. Alois Vogt, Rechtsanwalt, Vaduz 26
- Wendelin Beck, Alt-Landtagsabgeordneter, Triesenberg 13
- Josef Büchel, Lehrer, Triesen 243
- Dr. Ivo Beck, Rechtsanwalt, Vaduz

3. Wahlliste der Unselbständig Erwerbenden und Kleinbauern

Oberland

- Egon Beck, Vizevorsteher, Triesenberg Nr. 126
- Albert Frick, Vorarbeiter, Balzers Nr. 265
- Gebhard Kindle, Triesen Nr. 1, Fabrikarbeiter
- Oskar Gaßner, Vaduz Nr. 429, Vorarbeiter
- Alexander Sele, Regierungsrat-Stellvertreter, Triesenberg Nr. 244
- Wilhelm Frick, Förster, Balzers Nr. 276
- Josef Hasler, Schreiner, Vaduz Nr. 262
- Ferdinand Banzer, Maurer, Triesen Nr. 186
- Josef Sele, Arbeitersekretär, Vaduz Nr. 152



Landtagswahlen 15. Februar 1953 – Gewählte UNTERLAND

1. Wahlliste der Fortschrittlichen Bürgerpartei

b) Unterland

- Eugen Schädler, Industrieller, Nendeln
- Oswald Bühler, Gemeindevorsteher, Mauren
- Ernst Büchel, Landwirt, Ruggell 83
- Franz Kind sen., Landwirt, Benden Nr. 2
- Abwahl Rudolf Marxer, Zimmermeister, Mauren Nr. 100
- Karl Goop, Landesproduktenhändler, Schellenberg.

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

Unterland:

- Johann Georg Hasler, Gemeindevorsteher und Bäckermeister, Eschen
- Paul Büchel, Bauer, Ruggell 18
- Josef Kind, Bauer, Gamprin 63
- Ludwig Marock, Bauunternehmer, Mauren 13
- Alois Hasler, Bauer und Säger, Schellenberg 5
- Gebhard Gerner, Arbeiter, Eschen 224



Landtagswahlen 15. Februar 1953 – Gewählte OBERLAND

1. Wahlliste der Fortschrittlichen Bürgerpartei

a) Oberland

- David Strub, Alt-Landtagspräsident, Vaduz
- Ernst Risch, Kaufmann, Schaan Nr. 96
- Fidel Brunhart, Gemeindevorsteher, Balzers
- Engelbert Schädler, Bäckermeister, Triesenberg
- Franz Josef Schurte, Schmiedemeister, Triesen Nr. 138
- Dr. Martin Risch, Landesphysikus, Vaduz
- David Büchel, Vermittler, Balzers Nr. 61
- Raimund Tschol sen., Landwirt, Triesen Nr. 193
- Albert Schädler, Triesenberg Nr. 138.

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

- Dr. Alois Ritter, Alt-Landtagsvizepräsident, Vaduz
- Theobald Risch, Arbeiterpräsident, Triesenberg
- Johann Wachter, Alt-Landtagsabgeordneter, Schaan 8
- Andreas Vogt, Installateur, Balzers 281
- Alois Ospelt, jun., Arbeiter, Vaduz 412
- Dr. Alois Vogt, Rechtsanwalt, Vaduz 26
- Wendelin Beck, Alt-Landtagsabgeordneter, Triesenberg 13
- Josef Büchel, Lehrer, Triesen 243
- Dr. Ivo Beck, Rechtsanwalt, Vaduz

3. Wahlliste der Unselbständig Erwerbenden und Kleinbauern

Oberland

- Egon Beck, Vizevorsteher, Triesenberg Nr. 126
- Albert Frick, Vorarbeiter, Balzers Nr. 265
- Gebhard Kindle, Triesen Nr. 1, Fabrikarbeiter
- Oskar Gaßner, Vaduz Nr. 429, Vorarbeiter
- Alexander Sele, Regierungsrat-Stellvertreter, Triesenberg Nr. 244
- Wilhelm Frick, Förster, Balzers Nr. 276
- Josef Hasler, Schreiner, Vaduz Nr. 262
- Ferdinand Banzer, Maurer, Triesen Nr. 186
- Josef Sele, Arbeitersekretär, Vaduz Nr. 152



Landtagswahlen 15. Februar 1953 – Gewählte UNTERLAND

1. Wahlliste der Fortschrittlichen Bürgerpartei

b) Unterland

- Eugen Schädler, Industrieller, Nendeln
- Oswald Bühler, Gemeindevorsteher, Mauren
- Ernst Büchel, Landwirt, Ruggell 83
- Franz Kind sen., Landwirt, Bendern Nr. 2
- Rudolf Marxer, Zimmermeister, Mauren Nr. 100
- Karl Goop, Landesproduktenhändler, Schellenberg.

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

Unterland:

- Johann Georg Hasler, Gemeindevorsteher und Bäckermeister, Eschen
- Paul Büchel, Bauer, Ruggell 18
- Josef Kind, Bauer, Gamprin 63
- Ludwig Marock, Bauunternehmer, Mauren 13
- Alois Hasler, Bauer und Säger, Schellenberg 5
- Gebhard Gerner, Arbeiter, Eschen 224



AHV-Proporzstreit und Landtagsauflösung



Proporz Auswirkungen

- Proporz beim Wahlrecht seit 1939
- Proporz in Koalitionsregierung seit 1939
- Proporz bei staatlichen Institutionen?

- AHV-Verwaltungsrat als Testfall



Landtagsdebatte am 24. März 1953

Das Proporzgesetz sehe vor, daß die Parteien im Verhältnis ihrer Stärke im Landtage vertreten sein müssen. Es könne nun das Proporzgesetz nur dahingehend sich auswirken, indem der Minderheitspartei im Verhältnisse ihrer Stärke im Landtage die Mehrheit in Gerichten und Verwaltungsräten und Kommissionen zugestimmt werde.

Von seiten der Bürgerpartei wurde darauf hingewiesen, daß das Proporzgesetz niemals so interpretiert werden könne.

Fraktionsführer Dr. Ivo Beck erklärte, daß die Vaterländische Union an ihrem Standpunkte festhalten werde und er erließ an seine Herren Kollegen die Bitte, mit ihm den Landtagssaal zu verlassen, um zu bezwecken, daß Beschlußunfähigkeit für den Landtag eintritt.

Landtag an der ersten
Geschäftssitzung
beschlussunfähig und
«gesprengt»



Auflösung des Landtages und vorgezogene Neuwahlen

Vergebliche
Versuche zur
Arbeitsaufnahme
am 13. Mai 1953

Auflösung des
Landtages

Vaduz, Samstag, den 16. Mai
1953 — 87. Jahrgang — Nr. 55

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag, Samstag

Liechtensteiner Volksblatt



Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halb-jährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt 30 Rappen Zuschlag. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 7 31 60
Verwaltung und Redaktion: Vaduz, Tel. (075) 2 21 43 / 2 21 44
Postcheck Nr. IX/2988

Anzeigenpreise: Die 1 Spalt. Millimeterzeile Anzeigen Reklame
Inland 7 Rp. 20 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans b. Sennwald) 9 Rp. 22 Rp.
Übrige Schweiz 10 Rp. 24 Rp.
Ausland 12 Rp. 28 Rp.

Anzeigenannahme für das Inland:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
Schweizer Annoncen A.-G.
St. Gallen, Tel. 2 35 30; und übrige Zweiggeschäfte

Organ für amtliche Kundmachungen

Der Landtag aufgelöst!

Das Parlament infolge Handlungsunfähigkeit durch Dekret Seiner Durchlaucht des Landesfürsten am 13. Mai 1953 aufgelöst.



Proporz-Auseinandersetzung

Die Demokratie der Volkspartei im Jahre 1925

schoß die Bürgerpartei in folgendes Verhältnis:

	Bürgerpartei	Volkspartei
Landesschulrat	1	3
Vieh- veredlungskommission	0	3
Sparkassaverwaltungsrat	1	6
Zusammen also	2	zu 12

Nach dem Regierungswechsel 1928 war die Vertretung in Räten und Kommissionen folgende:

	Bürgerpartei	Volkspartei
Landesschulrat	3	1
Sparkassaverwaltungsrat	4	3
Vieh- veredlungskommission	2	1
Zusammen also	9	zu 5

In den Behörden wollte die wegen der durch Fürst und Volk infolge der Skandalaffären entmachtete Volkspartei trotz der wiederholten Bemühungen des damaligen Landtagspräsidenten nicht vertreten sein.

Wähler, sieh Dir besonders auch die vor 1928 geltende Vertretung der damaligen Minderheit der Bürgerpartei an und vergleiche die Vertretung der Minderheit nach den Skandalen und

Du wirst

Bürgerpartei

stimmen.



Proporzvereinbarung 1938

„Die unterzeichneten Vertreter der beiden politischen Parteien in Liechtenstein, d. i. der fortschrittlichen Bürgerpartei und der Vaterländischen Union, erklären für sich und in Vollmacht ihrer Auftraggeber auf Grund der Beschlüsse der bezüglichen Parteiausschüsse folgendes:

1. Unsere Parteien stehen zur jetzigen Verfassung und deren Grundsätze, insbesondere zur Erhaltung der Selbständigkeit des Landes unter der monarchistischen Führung des Fürstenhauses von Liechtenstein.
2. Unsere Parteien stehen zu den bestehenden Verträgen mit der Schweiz und wünschen, daß an diesen Verträgen in Anbetracht des Umstandes, daß sie zur Wohlfahrt des Landes von grundsätzlicher Bedeutung sind, nicht gerüttelt wird.

3. Um diesen Zustand zu erhalten, das gestellte Ziel zu erreichen und als geeignetes und geschlossenes Volksganzes nach innen und außen hin auftreten zu können, wird zur gemeinschaftlichen Zusammenarbeit folgende Vereinbarung geschlossen:

- a) die Bürgerpartei erhält in der Regierung den Regierungschef und einen ständig amtierenden Regierungsrat, der dem Oberland angehört. Die Vaterländische Union erhält den Regierungschefstellvertreter und einen nicht ständig amtierenden Regierungsrat, der dem Unterland angehört.

Außerdem stellt jede der politischen Parteien den Regierungsratsstellvertreter.

- b) Es soll ein Wahlgesetz nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes geschaffen werden und die Wahl soll nach diesem Grundsatz erstmals im Jänner 1939 stattfinden. In diesem Gesetz kann vorgesehen werden, daß die Wahl je

nach den gegebenen Umständen nach einer Einheitsliste stattfinden kann, um die Befriedung des Volkes, wie es jetzt bezweckt ist, zur Gänze durchzuführen.

- c) **Die Bestellung der landschäftlichen Kommissionen sowie der Gerichte soll ebenfalls nach dem Grundsätze der Verhältnismäßigkeit erfolgen.**

Proporz bei
Kommissionen und
Gerichten

— Verhältniswahlrecht



Der Landtag aufgelöst

Die Würfel sind gefallen! Nachdem sich die Mehrheit seit dem 24. März Zeit gelassen hat, wurde endlich auf Mittwoch, den 13. Mai, der Landtag zur entscheidenden Sitzung eingeladen. In der vorgegangenen Finanzkommissionssitzung vom 8. Mai wurde die Tagesordnung für die neue Sitzung so festgesetzt, daß die Wahl des Verwaltungsrates der AHV erst an letzter Stelle stand. Unsere Vertreter in der Finanzkommission behielten sich für diese neue Reihung die Zustimmung der Fraktion vor. Die Fraktion entschied sich dahin, daß die Verhandlungen dort aufgenommen werden müssen, wo sie verlassen wurden, also bei der Wahl des Verwaltungsrates der AHV. Diesem Begehren mußte schließlich auch die Fraktion der Bürgerpartei beipflichten. Nach einer kurzen Besprechung im Konferenzzimmer begannen die Verhandlungen in der öffentlichen Landtagssitzung.

Quelle: Vaterland, 16.5.1953

Hier lief nun in rascher Folge ein Film ab, der die Gewaltherrschaft der Mehrheitspartei in krassem Lichte zeigte. Der Anspruch der Minderheit, der auf den Verhandlungen von 1938 basiert, wurde in Grund und Boden gestampft. Es sprachen in längeren Ausführungen der Landtagspräsident Herr Strub, Herr Regierungschef Frick, Herr Abg. Dr. Risch und zweimal der Fraktionsführer Herr Bühler, der sich nicht scheute, in dreckigen persönlichen Angriffen — namentlich auf unseren Fraktionsführer Herrn Dr. Beck — seine Haßpfeile auf die Union zu schleudern und seinen Unmut als Herrscher von Mauretanien an seinen politischen Feinden zu kühlen. Wir registrieren für



Proporzvereinbarung 1938

FBP Regierungschef und ständig
amtierenden Oberländer
Regierungsrat

VU Regierungschef-Stellvertreter
und einen nicht-ständig
amtierenden Unterländer
Regierungsrat

Wahlgesetz nach den Grundsätzen
des Verhältniswahlrechts

Bestellung der landschäftlichen
Kommissionen sowie der Gerichte
nach dem Grundsatz der
Verhältnismässigkeit

Quelle: Vaterland, 20.5.1953

Die Koalitionsvereinbarungen vom 21. März 1938

Im Laufe des Monats März 1938 fanden bei der fürstlichen Regierung Besprechungen zwischen den Vertretern der Bürgerpartei und der Vaterländischen Union über die Durchführung einer innerpolitischen Befriedung statt als Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit für die Zukunft. Diese Besprechungen schlossen mit dem Protokoll vom 21. März 1938 ab, das wir nachstehend wiedergeben:

«Die unterzeichneten Vertreter der beiden politischen Parteien in Liechtenstein, d. i. der fortschrittlichen Bürgerpartei und der Vaterländischen Union erklären für sich und in Vollmacht ihrer Auftraggeber auf Grund der Beschlüsse der bezüglichen Parteiausschüsse folgendes:

1. Unsere Parteien stehen zur ~~jetzigen Verfassung~~ und deren Grundsätze, insbesondere zur Erhaltung der Selbständigkeit des Landes unter der monarchischen Führung des Fürstenhauses von und zu Liechtenstein.
2. Unsere Parteien stehen zu den bestehenden Verträgen mit der Schweiz und wünschen, daß an diesen Verträgen in Anbetracht des Umstandes, daß sie zur Wohlfahrt des Landes von grundsätzlicher Bedeutung sind, nicht gerüttelt wird.
3. Um diesen Zustand zu erhalten, das gestellte Ziel zu erreichen und als geeinigtes und geschlossenes Volksganzes nach innen und

außen hin auftreten zu können, wird zur gemeinschaftlichen Zusammenarbeit folgende Vereinbarung geschlossen:

a) Die Bürgerpartei erhält in der Regierung den Regierungschef und einen ständig amtierenden Regierungsrat, der dem Oberland angehören wird. Die Vaterländische Union erhält den Regierungschef-Stellvertreter und einen nicht ständig amtierenden Regierungsrat, der dem Unterland angehört.

Außerdem stellt jede der politischen Parteien den Regierungsrat-Stellvertreter.

b) Es soll ein Wahlgesetz nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes geschaffen werden und die Wahl soll nach diesem Grundsatz erstmals im Jänner 1939 stattfinden. In diesem Gesetze kann vorgesehen werden, daß die Wahl je nach den gegebenen Umständen nach einer Einheitsliste stattfinden kann, um die Befriedung des Volkes, wie es jetzt bezweckt ist, zur Gänze durchzuführen.

c) Die Bestellung der landschäftlichen Kommissionen sowie der Gerichte soll ebenfalls nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit erfolgen.»

Sparkasse, LKW und AHV

FBP mit Machtpositionen in

- LKW
- Sparkasse

VU mit Anspruch auf Mehrheit in

- AHV

Prüfstein für den guten Willen der FBP

Nun hatte die Bürgerpartei in den zwei entscheidenden wirtschaftlichen Machtpositionen des Landes, im Verwaltungsrat der Sparkasse und der LKW, bereits die Mehrheit. Angesichts der Sorgen der Union, wieder in die politische Ohnmacht der dreißiger Jahre zurückgedrängt zu werden, trotzdem sie beinahe die Hälfte der liechtensteinischen Stimmbürger präsentiert, war es deshalb verständlich, daß sie den Anspruch auf die Mehrheit im Verwaltungsrat der AHV anmeldete. Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung dieses nach demokratischen Spielregeln absolut begründeten Anspruches der großen Minderheitspartei sollte geradezu ein Prüfstein für den guten Willen der Bürgerpartei sein, auf absolutes Machtstreben zu verzichten und die Machtpositionen im Staate gerechter- und billigerweise entsprechend der Stimmkraft beider Parteien zu verteilen.

Wahlen vom 14. Juni 1953



Landtagswahlen 14. Juni 1953

Förderung des Bauernstandes und des Handels und Gewerbes

Interessen des Arbeiterstandes

Ausbildung der Jugend

Ertüchtigung des beruflichen Nachwuchses

FBP als Förderin der Volkswohlfahrt

Selbständigkeit des Landes

Gute Beziehungen zu Nachbarstaaten

Bekanntnis zu Grundsätzen der Verfassung



Unser Wahlversprechen

Die Bürgerpartei hat im Volke nie grosse Versprechungen gemacht. Sie hat 25 Jahre als Mehrheitspartei erfolgreich gearbeitet. Dieser Arbeit wurde anlässlich einer schlichten Jubiläumsversammlung vom 1. Februar 1953 gedacht. Was die Bürgerpartei für die Zukunft verspricht, das fasste sie in nachstehender Resolution zusammen:

Auf Grund des Berichtes über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Vierteljahrhundert in Land und Gemeinden stellt die Jubiläumsversammlung der Bürgerpartei vom 1. Februar 1953 fest, dass seit jeher und vor allem seit der Erlangung der absoluten Mehrheit im Jahre 1928 die fortschrittliche Bürgerpartei stets bestrebt war, der Heimat zu dienen. Diese Bestrebungen waren auf allen Gebieten, sei es auf dem wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Sektor, von wahrhaft imponierenden Erfolgen begleitet. Die Delegierten danken an dieser Jubiläums-Versammlung allen Mandatsträgern, den Landtagsabgeordneten, den Mitgliedern der Regierung, der Rekursinstanzen, der Gerichte, der verschiedenen Kommissionen, den Verwaltungsräten der Sparkasse und der Liechtensteinischen Kraftwerke, den Gemeinde-Vorstehern und Gemeinderäten, sowie dem Landesparteiobmann, den Gemeindeobmännern, wie deren Mitarbeitern, für ihre treuen Dienste an Land und Gemeinde recht herzlich. Die in unserm Lande unter der Bürgerpartei erzielten Erfolge dürfen jeden Liechtensteiner, vorab aber den Bürgerpartei-er, an diesem Aufbau, sei es als Behördemitglied

oder in anderer Eigenschaft, teil hat, mit berechtigtem Stolz und mit Genugtuung erfüllen. Mit tiefer Befriedigung hat die Versammlung vom guten Stande der Landesfinanzen Kenntnis genommen und kommt nach gewalteter Diskussion zur einstimmigen Auffassung, dass eine Erhöhung des Steuersatzes zum Zwecke der Finanzierung des Landesbeitrages an die Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung nicht nötig und daher zu unterlassen sei. Würde die Befürchtung eines Berufskreises, durch die AHV unverhältnismässig stark betroffen zu werden, sich bewahrheiten, so erklärt die Delegiertenversammlung dafür einzutreten, dass solche Härten, wenn nötig, durch Gesetzesänderung behoben werden. Die Bürgerpartei wird durch ihre Mandatsträger auch in Zukunft weiterfahren mit absoluter Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Energie alle sich stellenden Probleme zu lösen, dem

Land und dem Volke getreulich zu dienen, wie sie dies schon ein Vierteljahrhundert getan hat. Sie tritt unentwegt für die Förderung des Bauernstandes und des Handels und Gewerbes ein, wahrt die Interessen des Arbeiterstandes und schenkt der Ausbildung der Jugend und der Ertüchtigung des beruflichen Nachwuchses ihre volle Aufmerksamkeit. Die Bürgerpartei ist Förderin der gesamten Volkswohlfahrt, sie steht auf dem Boden der Selbständigkeit des Landes, fördert den Ausbau der Beziehungen zu andern Staaten, insbesondere der für die Bürgerpartei zur Tradition gehörenden freundschaftlichen Beziehungen zu unserem Vertragspartner, der Schweiz, und sie bekennt sich immer treu zu den Grundsätzen unserer Verfassung.

Die Bürgerpartei ist und wird bestrebt sein, ihre rastlose Aufbauarbeit eines Vierteljahrhunderts mit allen Kräften weiterzuführen.

**Das ist unser Wahlversprechen!
Gott schütze Fürst und Volk und Heimat!**

Landtagswahlen 14. Juni 1953

**Verfassung oder Willkür?
Alles glatte Lügen!**

Beweis!

Und heute? Erleben wir genau dass

Regierungschef Frick wird beschuldigt, Personen wider jede Gerechtigkeit bevorzugen und das Slogan des Gegners zu sprechen, protegiert.

**Dass Lügen kurze Beine haben, da
Heizer am „Vaterland“ er**

Einige Fragen an Dr. Ivo Beck . . .

Aus Eschen: Warum gehen Sie auf den Skandal der Eschenwerke nicht ein? Der kleine Rückblick im Volksblatt hätte Sie eigentlich dazu verpflichtet. Können die Jungen und und alten Eschner noch vor den Wahlen auf einen Beitrag an die heute noch bestehende Restschuld rechnen? Sie haben ja, wie wir vernehmen konnten, gegenwärtig eine sehr offene Hand . . .

Aus Mauren: Wie steht es mit Ihrer Antwort auf den öffentlichen Brief des Gemeindevorstehers Oswald Bühler? Scholnts fällt die die Antwort sehr schwer . . .

Wer einmal lügt . . . Die Kampfmethoden des Gegners.

In drei Tagen ist Wahltag. Der politische Gegner versucht das Letzte um die starke Position der Bürgerpartei doch noch antasten zu können. Die Polemik erreicht ihren Höhepunkt. Es war seit jeher ein Grundsatz der Bürgerpartei, auch in Zeiten der höchsten politischen Wellen bei der Wahrheit zu bleiben. Dieser Grundsatz sollte auch vom politischen Gegner erwartet werden dürfen. Leider ist dem nicht so! Wir können den Beweis hierfür antreten, daß die „Union“ sowohl in der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart auch vor der Lüge nicht zurückschreckte, wenn es galt, einem Gegner, dem man mit gesunder Kritik nicht beikommen konnte, zu schaden.

Bürger, urteile selbst!

Wahlkampf 1949:

Die „Union“ klagt an:
Unkorrekte Amtsführung durch Herrn Regierungschef
Alexander Frick!

(Die Begründungen für diesen Vorwurf basierten auf allerlei Verdächtigungen, die Glauben machen sollten, daß der Exponent der Bürgerpartei, Herr Regierungschef Alexander Frick in verschiedenen Fällen seine Pflicht als Chef der Fürstl. Regierung nicht erfüllt habe!)

(Der Bürger erinnert sich noch, daß der Regierungschef damals in Verbindung mit diesen Vorwürfen durch eine widerwärtige Karikatur als Autokrat verunglimpft wurde)

Pamphlet gegen die Sparkasse mit der Behauptung, die Landesbank habe durch ein großes Darlehen den Kommunismus unterstützt (!)



Wahlkampf Juni 1953

Arbeiter!

Die Union wirbt um Deine Stimme, obwohl sie Dich anlässlich der letzten Wahl auf das Schärfste bekämpft hat. (Sprengung der Arbeiterliste durch die Kandidaturen von Theobald Risch und Alois Ospelt.) Hat damals die Bürgerpartei gegen Euch Stellung bezogen und Euch bekämpft! Nein!

Denk daran am Sonntag und wähle Bürgerparteiliste. Ihr wahrt Euch damit die stärkste Position die Ihr erringen könnt:

**Regierungschef
Alexander Frick**

**„Vergewaltigung der Minderheit“ und
„Gleichberechtigung“ die Wahlschlager
der Union im Abstimmungskampf!**

Quelle: Volksblatt, 12. und 13. 6.1953

Wähler gib acht!

jedes Zeichen auf dem Stimmzettel macht denselben ungültig. Sehe Dir daher den Stimmzettel gut an, bevor Du ihn ins Couvert steckst.

Proporz ist Parteiwahl.

Bürger: Getraute sich je ein führender Kopf der Union zu behaupten: „Wir würden es besser machen als die Bürgerpartei“

Nein!

Zur Beachtung an alle Wähler!

Ungültige Stimmzettel sind:

1. Stimmzettel, denen nicht mit Sicherheit der Name irgendeines der vorgeschlagenen Kandidaten zu entnehmen ist.
2. Stimmzettel, die Bemerkungen beleidigenden oder verletzenden Inhalts enthalten.
3. Handgeschriebene oder gedruckte Stimmzettel nicht amtlicher Natur.

Landtagswahlen 14. Juni 1953

Der Kampf um den innerpolitischen Frieden — Die Verteilung des Staatspersonals!

Der Landesfürst wünscht sehnlichst den Frieden!

Wieder eine Lüge zur AHV

Um was es dem Gegner geht!

Maßlose Entwürdigung

Damit aber ist eine maßlose Entwürdigung der politischen Demokratie eingetreten. Es ist heute einfach untragbar, Männer, die seit mehr als einem Jahrzehnt im Grabe ruhen, im Drecke herumzuziehen, wie es die Gegner mit Dr. Wilhelm Beck sel. und Arnold Hoop sel. und andern machen.

Laßt die Toten im Grabe ruhen — erbärmliche Totenschänder!

Quelle: Vaterland, 12. und 13.6.1953

Jeder Liechtensteiner weiß, daß die große Mehrheit des Staatspersonals einschließlich der Landesinstitute der Bürgerpartei angehören, vielfach allerdings aus Zweckgründen. Weißt Du aber, biederer Liechtensteiner, daß dieses Staatspersonal der Bürgerpartei jährlich mehr als 1 000 000 Fr. Gehalt bezieht, während das Häuflein Unlönler es nur auf 400 000 Fr. bringt. Ist das ein gerechter Ausgleich? Wähler, urteile selbst!

Wir erklärten in unserem Blatte, daß unsere Vertreter im Landtage nach Eintritt der Funktionsfähigkeit des Landtags darauf hinwirken werden, daß die Übergangsrenten rückwirkend auf den 1. Juli nachbezahlt werden. Das ist ohne weiteres möglich, da ja hierfür ein Fonds von mehr als einer Million Franken zur Verfügung steht. Die Gegner wollen ihren Anhängern nun plausibel machen, wir hätten die Absicht, die Beiträge zur AHV rückwirkend auf 1. Juli einzukassieren.

Das ist unwahr! Unsere Aufklärung bezieht sich nur auf die Nachzahlung der Renten, damit die armen und bedürftigen Leute nicht unter der Sturheit der Bürgerpartei-abgeordneten leiden und darben müssen.

Der große Bluff

Verzweifelt versucht man in der Bürgerpartei den erbosten Wählern die verstümmelte Wahlliste begreiflich zu machen. Nachdem man ja nicht sagen darf, warum seitens des Vorstandes der Bürgerpartei zu dem verzweifeltsten Mittel der Entschädigung der eigenen Wähler geschritten wurde, versucht man, den über den Tag hinausdenkbaren Auslegungen zu begründen. Zu dem Zweck werden hintergründiges Verhalten sichlich dargestellt.

Landtagswahlen 14. Juni 1953

Arbeiter!

Wer hat Deinen Präsidenten aus dem Landtagsaal jagen wollen?

Der Unterländer Listenführer der Bürgerpartei!

Arbeiter!

Wer fördert Deine gerechte Vertretung im Landtage und in den Behörden?

Die Vaterländische Union!

Gewerbeleute und Handwerker!

Die Vertreter der Union in Landtag und Regierung waren es, die stets Eure Interessen und Eure Anliegen mit Wärme vertraten, die für Eure Nöte stets ein offenes Ohr und eine hilfreiche Hand hatten.

Die Regelung des Lehrlingswesens und der gewerblichen Fortbildung waren immer die Sorge und das Ziel unserer Vertreter in den Behörden.

Wenn Ihr weiterhin Eure Interessen gewahrt haben wollt, stimmt am Sonntag für die

Liste der Vaterländischen Union!

Ich war dabei . . .

Unter diesem Titel wurde die Arbeiterfreundlichkeit der Bürgerpartei gelobt. Aber wie sieht diese in Wirklichkeit aus?

Die Union hat im Oberland zwei und im Unterland einen, zusammen also drei besonders fähige Arbeitervertreter auf die Liste genommen.

Die Bürgerpartei konnte sich zu einer einzigen Nomination im ganzen Lande aufrufen. Alles andere sind heuchlerische Sprüche und Selbstlob.

Arbeiter

**lasset Euch nicht mit Druckerschwärze anlügen und stellet Euch auf eigene Beine!
Deshalb jede Stimme der Union!**

ARBEITER!

seit bald 40 Jahren an Deiner Besserstellung, allen Fürsorge für Dich, Dein Weib und Deine Kinder hat Dir die obligatorische Unfallversicherung, Versicherungsgesetz und vor allem die A.H.V. gewährt. **Wer ist für die soziale Gleichberechtigung!**

Die Union war es und ist es, die Dir hilft! Darum legt der Arbeiter die

Liste der Union in die Urne mit den Kandidaten der Arbeiter!

BAUER!

Dir in den schweren Kriegsjahren geholfen?
Dir die Subventionen für landwirtschaftliche Maschinen verschafft?
die Tuberkulose-Ausmerzaktion für Dich erträglich durchgeführt?
Dir bei der Neuregelung der Milchverwertung unter die Arme gegriffen?

Und wer schafft Dir die Bodenzusammenlegung?

Und wer befreit Dich von einer neuen Steuer für die A.H.V.?

Die Union!

Darum Ihre Liste in die Urne!

Eine bodenlose Gemeinheit

Der Unterländer Listenführer der Bürgerpartei soll in Ruggell erklärt haben, daß die Union den Faruk (gemeint sei der regierende Fürst) und den Regierungschef Frick entfernen und die Religion aus den Schulen vertreiben wolle.

An all dem ist kein wahres Wort. Nie ist in den Reihen der Union auch nur ein solcher Gedanke aufgekommen. Pfui über solche niederträchtige Verdächtigung!

Wir stehen treu zum Fürsten und dem Vaterlande und halten die Religion so hoch, daß wir uns weigern, sie in die Niederungen der Politik herabzuziehen. Niemals werden wir der Preisgabe der Religion in den Schulen zustimmen. Aber wir sind gegen die Heuchler und Pharisäer!

Wieder eine Lüge zur AHV

Wir erklärten in unserem Blatte, daß unsere Vertreter im Landtage nach Eintritt der Funktionsfähigkeit des Landtags darauf hinwirken werden, daß die Uebergangsraten rückwirkend auf den 1. Juli nachbezahlt werden. Das ist ohne weiteres möglich, da ja hierfür ein Fonds von mehr als einer Million Franken zur Verfügung steht. Die Gegenseite, wir hätten die Absicht, die Beiträge zur AHV rückwirkend auf 1. Juli einzulösen.

Ist unwahr! Unsere Aufklärung bezieht sich nur auf die Nachzahlung der Renten mit die armen und kranken unter der Sturheit der Behörden leiden und die

Eine faustdicke Lüge!

In Mauretaniien behauptete ein Allesmacher und -Wisser, die Vertreter der Bürgerpartei in der Regierung hätten sich für eine Landessubvention von zwei Dritteln für den neuen Schulhaus-Neubau in Schaanwald eingesetzt, aber der Unions-Regierungsrat habe absolut abgelehnt und darum sei dieser Beschluß nicht zustande gekommen. Ein starker Mann, unser Uniönler, der die Mehrheit besiegt haben soll!

An allem aber ist kein wahres Wort!

In der Regierungssitzung gab es überhaupt wegen dieser Subvention keine Zwistigkeiten, weil noch nichts vorlag. Die Subvention muß übrigens vom Landtag bewilligt werden.

Wer einmal lügt . . .

Es entspricht der Wahrheit, daß die Bürgerpartei-Fraktion in der Landtagssitzung vom 24. März 1953 klipp und klar der Vaterländischen Union ohne jede weitere Veranlassung erklärte, sie hätte auch überall dort, wo sie heute noch die Mehrheit besitze, diese abzugeben. Jede andere Deutung und nachträgliche Frisierung im Volksblatte entspricht nicht der Wahrheit. Sie soll höchstens die peinliche Verlegenheit vertuschen, die damit in den eigenen Reihen der Bürgerpartei entstanden ist. Das ist der politische Gegner, der mit allen Mitteln einen politischen Frieden im Lande zu sabotieren versucht. Denn deutlicher konnte wahrhaftig der Vaterländischen Union nicht mehr gesagt werden, daß man sie überall an die Wand drücken wolle. Da gibt es nur eine Antwort: Halt!

Landtagswahlen 14. Juni 1953 – Kandidaten OBERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei

a) Oberland:

1. David Strub, alt-Landtagspräsident und Gemeindevorsteher, Vaduz
2. Ernst Risch, alt-Landtagsabgeordneter, Kaufmann, Schaan
3. Fidel Brunhart, alt-Landtagsabgeordneter und Gemeindevorsteher, Balzers
4. Dr. Martin Risch, alt-Landtagsabgeordneter, Landesphysikus, Vaduz
5. Albert Schädler, Arbeiter, Triesenberg Nr. 138
6. Engelbert Schädler, alt-Landtagsabgeordneter, Triesenberg
7. Raimund Tschol sen., Landwirt, Triesen 193
8. David Büchel, Arbeiter, Balzers Nr. 61
9. Franz Josef Schurte, Schmiedemeister, Triesen 138

Ersatz-
abge-
ordnete

Dr. Martin Risch von Rang 6 auf 4
Engelbert Schädler von 4 auf 6
Franz Josef Schurte von 5 auf 9
David Büchel von 7 auf 8
Raimund Tschol von 8 auf 7

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

a) Oberland:

1. Dr. Alois Ritter, alt-Landtagsvizepräsident und Rechtsanwalt, Vaduz
2. Alois Ospelt jun., Arbeiterpräsident und alt-Landtagsabgeordneter, Vaduz 412
3. Johann Wachter, alt-Abg., Bauer, Schaan 89
4. Andreas Vogt, Installateur, Balzers 281
5. Wendelin Beck, alt-Landtagsabg. und Gmde.-Kassier, Triesenberg 136
6. Josef Büchel, alt-Abg. und Lehrer, Triesen 243
7. Johann Beck, Arbeiter, Triesenberg 192
8. Dr. Alois Vogt, alt-Abg. und Rechtsanwalt, Vaduz
9. Dr. Ivo Beck, alt-Abg. und Rechtsanwalt, Vaduz

Neu

Nicht mehr: Theobald Risch, Triesen
Neu: Johann Beck, Triesenberg
Alois Ospelt von 5 auf 2
Dr. Alois Vogt von 4 auf 8
Wendelin Beck von 7 auf 5
Josef Büchel von 8 auf 6

Keine Kandidatur
der UEK



Landtagswahlen 14. Juni 1953 – Kandidaten UNTERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

b) Unterland:

1. Eugen Schädler, alt-Abgeordneter, Fabrikant, Nendeln
 2. Oswald Bühler, alt-Landtagsabgeordneter und Gemeindevorsteher, Mauren
 3. Ernst Büchel, alt-Abgeordneter und alt-Gemeindevorsteher, Ruggell
 4. Franz Kind, alt-Abgeordneter, Landwirt, Bendern 2
 5. Rudolf Marxer, alt-Abgeordneter und Zimmermeister, Mauren Nr. 100
 6. Karl Goop, Landesproduktenhändler, Schellenberg
- } Ersatz-
abge-
ordnete

Liste unverändert

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

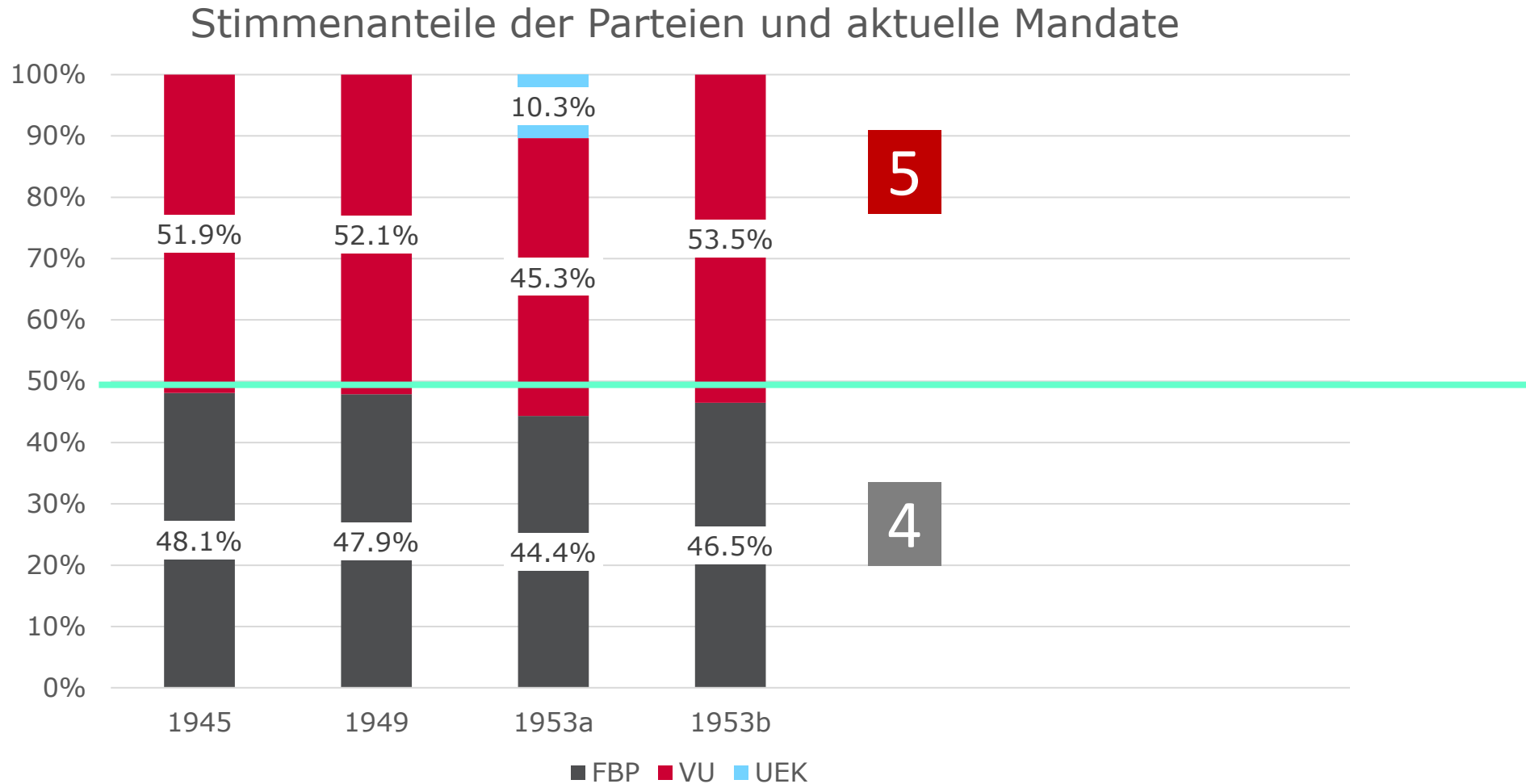
b) Unterland:

1. Johann Georg Hasler, alt-Abg. und Gmde.-Vorsteher, Eschen
2. Paul Büchel, Bauer, Ruggell 18
3. Josef Kind, Bauer, Gamprin 63n
4. Ludwig Marock, Bauunternehmer, Mauren 133
5. Alois Hassler, Bauer und Säger, Schellenberg 50
6. Gebhard Gerner, Arbeiter, Eschen 224.

Liste unverändert



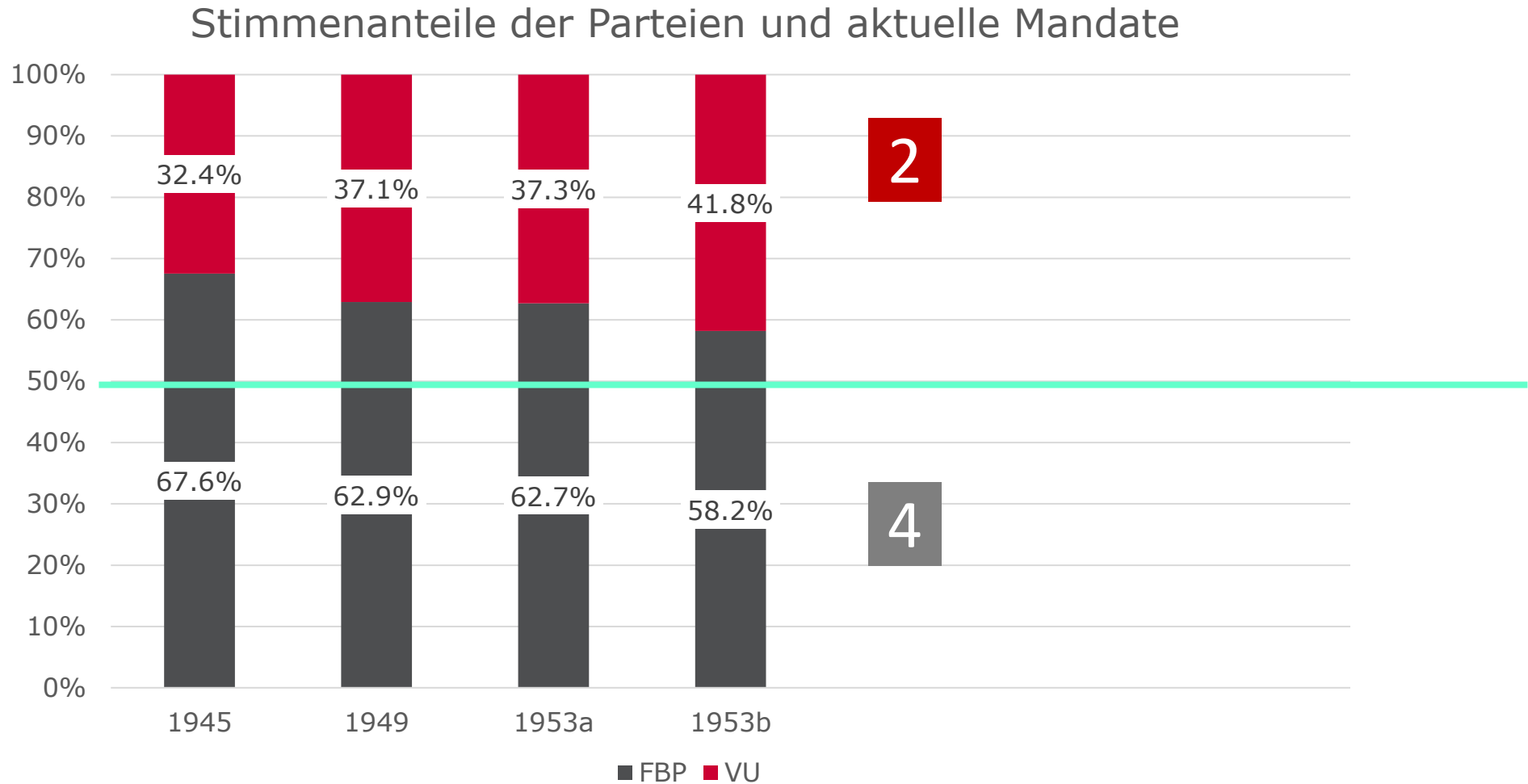
Landtag Wahlresultat OBERLAND 1945 – 1953b



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



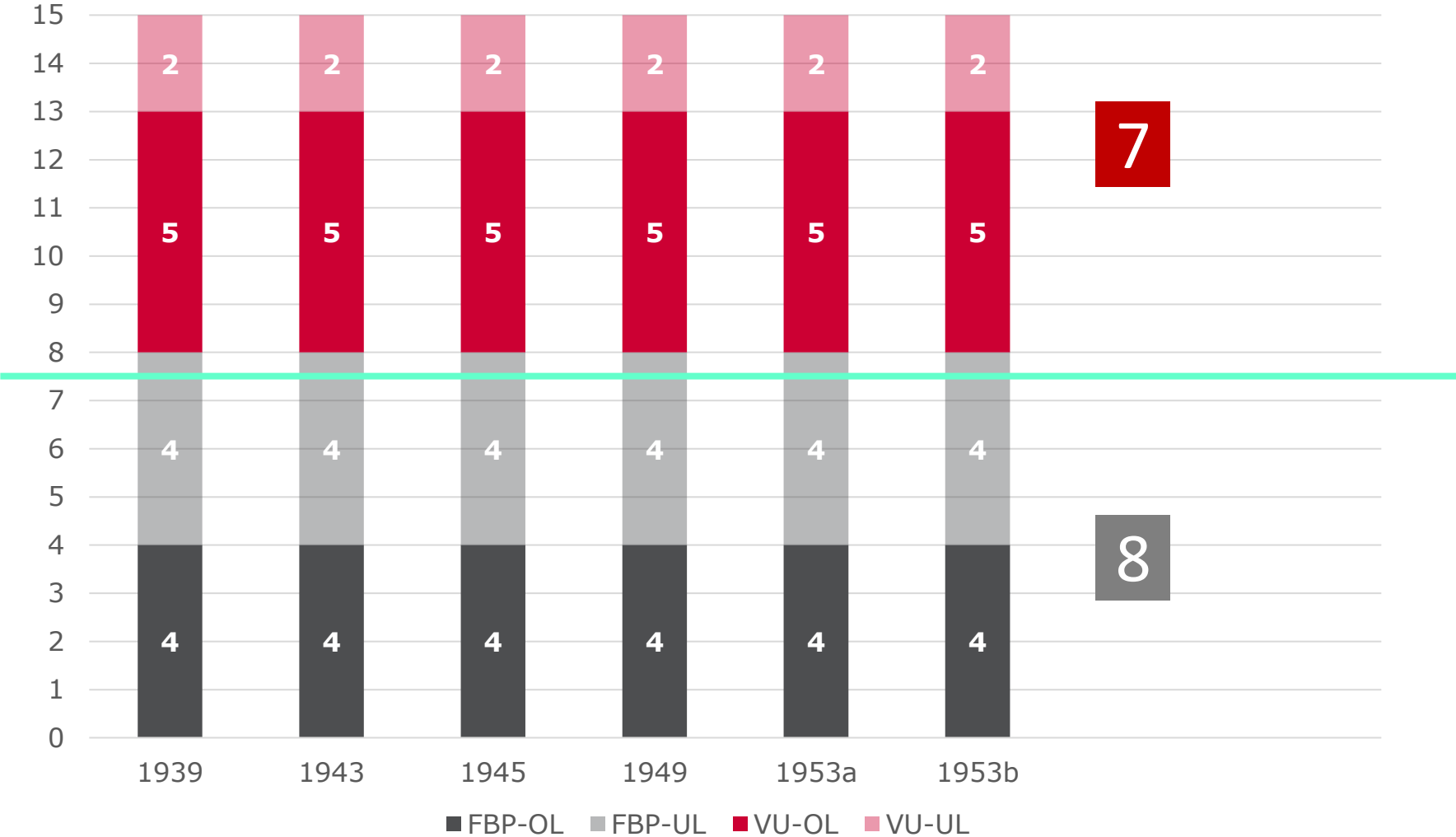
Landtag Wahlresultat UNTERLAND 1945 – 1953b



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



Mandate 1939 bis 1953b – OL und UL



Landtagswahlen 14. Juni 1953 – Gewählte OBERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei

a) Oberland:

- 1. David Strub, alt-Landtagspräsident und Gemeindevorsteher, Vaduz
- 2. Ernst Risch, alt-Landtagsabgeordneter, Kaufmann, Schaan
- 3. Fidel Brunhart, alt-Landtagsabgeordneter und Gemeindevorsteher, Balzers
- 4. Dr. Martin Risch, alt-Landtagsabgeordneter, Landesphysikus, Vaduz
- 5. Albert Schädler, Arbeiter, Triesenberg Nr. 138
- 6. Engelbert Schädler, alt-Landtagsabgeordneter, Triesenberg
- 7. Raimund Tschol sen., Landwirt, Triesen 193
- 8. David Blüchel, Arbeiter, Balzers Nr. 61
- 9. Franz Josef Schurte, Schmiedemeister, Triesen 138

Ersatz-
abge-
ordnete

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

a) Oberland:

- 1. Dr. Alois Ritter, alt-Landtagsvizepräsident und Rechtsanwalt, Vaduz
- Abwahl ● 2. Alois Ospelt jun., Arbeiterpräsident und alt-Landtagsabgeordneter, Vaduz 412
- 3. Johann Wachter, alt-Abg., Bauer, Schaan 89
- Abwahl ● 4. Andreas Vogt, Installateur, Balzers 281
- Abwahl ● 5. Wendelin Beck, alt-Landtagsabg. und Gmde.-Kassier, Triesenberg 136
- 6. Josef Blüchel, alt-Abg. und Lehrer, Triesen 243
- 7. Johann Beck, Arbeiter, Triesenberg 192
- 8. Dr. Alois Vogt, alt-Abg. und Rechtsanwalt, Vaduz
- 9. Dr. Ivo Beck, alt-Abg. und Rechtsanwalt, Vaduz



Landtagswahlen 14. Juni 1953 – Gewählte UNTERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

b) Unterland:

- 1. Eugen Schädler, alt-Abgeordneter, Fabrikant, Nendeln
 - 2. Oswald Bühler, alt-Landtagsabgeordneter und Gemeindevorsteher, Mauren
 - 3. Ernst Büchel, alt-Abgeordneter und alt-Gemeindevorsteher, Ruggell
 - 4. Franz Kind, alt-Abgeordneter, Landwirt, Bendern 2
 - 5. Rudolf Marxer, alt-Abgeordneter und Zimmermeister, Mauren Nr. 100
 - 6. Karl Goop, Landesproduktenhändler, Schellenberg
- } Ersatzabgeordnete

Abwahl



Abwahl



2. Wahlliste der Vaterländischen Union

b) Unterland:

- 1. Johann Georg Hasler, alt-Abg. und Gmde.-Vorsteher, Eschen
- 2. Paul Büchel, Bauer, Ruggell 18
- 3. Josef Kind, Bauer, Gamprin 63n
- 4. Ludwig Marock, Bauunternehmer, Mauren 133
- 5. Alois Hassler, Bauer und Säger, Schellenberg 50
- 6. Gebhard Gerner, Arbeiter, Eschen 224.



Regierungen 1945–1957

Jahr	LT-Wahl	LT-Sitzung	Regierungschef	Regierungschef-Stellvertreter	Regierungsrat	Jahr
1945	29.4.	3.9.	Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz	Franz Hoop, Ruggell Alois Wille, Balzers	1945
1946						1946
1947						1947
1948						1948
1949	6.2.	8.4.			Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz
1950			1950			
1951			1951			
1952			1952			
1953	15.2. / 14.6.	20.8.	Josef Meier, Eschen Marzell Heidegger, Triesen	1953		
1954			1954			
1955			1955			
1956			1956			



AHV-Proporzlösung



Interfraktionelle Vereinbarung vom 10. August 1953

VU Präsident und Mehrheit im AHV-Verwaltungsrat während Mandatsperiode

Danach evtl. Rochade betr. Mehrheit in LKW, Landesbank und AHV

Jährlicher Wechsel des Präsidiums des Landtages

Frühere Vereinbarungen betr. Anstellungen beim Land weiterhin gültig

Interfraktionelle Vereinbarungen d. Fortschrittlichen Bürgerpartei und der Vaterländischen Union vom 10. August 1953.

Um die im Landtag vertretenen Fraktionen „Fortschrittliche Bürgerpartei“ u. „Vaterländische Union“ in die Lage zu versetzen, den Hohen Landtag möglichst sofort im Interesse des Landes arbeitsfähig zu machen und eine loyale gegenseitige Zusammenarbeit der beiden Fraktionen im Landtage und damit eine solche auch in der Exekutive zu gewährleisten, beschließen die Delegiertenversammlungen beider Parteien wie folgt:

a) Die Mehrheit und der Präsident im Verwaltungsrat der AHV soll für die nächste gesetzliche Mandatsdauer des Verwaltungsrates der Vaterländischen Union angehören. Nach Ablauf dieser Mandatsdauer behält sich die Bürgerpartei vor, den Anspruch auf die Mehrheit in der AHV geltend zu machen, wogegen die Vaterländische Union die Mehrheit und den Präsidenten des Verwaltungsrates eines der beiden anderen Landesinstitute (LKW oder Liechtensteinische Landesbank) erhalten würde. Dem gegenüber erklärt die Vaterländische Union gegen eine solche Lösung keinen Einspruch erheben zu wollen.

- b) Das Präsidium des Landtages wechselt zwischen beiden Parteien jeweils bei Beginn der neuen Session, wobei im Jahre 1953 der Fortschrittlichen Bürgerpartei der Präsident und der Vaterländischen Union der Vice-Präsident; im Jahre 1954 der Vaterländischen Union der Präsident und der Bürgerpartei der Vice-Präsident und so fort gebührt.
- c) Frühere Vereinbarungen beider Parteien über Anstellungen beim Land, die nach Auffassung der Bürgerpartei infolge der Kündigung der Koalition durch die Union im Jahre 1949 hinfällig geworden waren, werden, unbeschadet der Verpflichtung der zustimmenden Behörden, bei Einstellungen von Beamten besonders Augenmerk auf die Qualifikation der Bewerber zu richten, für beide Parteien während der Mandatsdauer des neugewählten Landtages als verbindlich betrachtet.



Wahlen vom 1. September 1957



Landtagswahlen 1. September 1957

- FBP-Erfolge: Volkswohlfahrt, gesunde Staatsfinanzen, soziale Besserstellung der Stände, eine die Landesinteressen fördernde Aussenpolitik
- Förderung des Baus von Eigenheimen
- Ausbau der Krankenversicherung
- Erhöhung der AHV-Renten
- Steuergesetz mit Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen
- Gesetz zum Schutz der Jugend
- Stipendien für Lehrlinge und Studierende
- Förderung Kreditwesens für Gewerbe und Handel
- Gründung einer landwirtschaftlichen Schule
- Zinslose Darlehen für Landwirtschaftsbetriebe
- Schutz des landwirtschaftlichen Bodens
- Finanzausgleich für finanzschwache Gemeinden
- Ausbau Real- und Volksschulwesens
- Unterstützung Jugendbewegungen
- Stiftung zur Förderung von Kunst und Wissenschaft
- Ausbau Wasserkraft, Verbilligung Stompreis

Quelle: Volksblatt, 13.8.1957



Weg und Ziel der Fortschrittlichen Bürgerpartei

**Delegiertenversammlung fasst Resolution und beschliesst Arbeitsprogramm -
Einmütige Wahl der Kandidaten - Glänzender Tagungsverlauf**

Die vollbesetzte Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei vom 11. August fasste folgende Resolution und beschloss folgendes Tätigkeitsprogramm:

Vor fast 40 Jahren — im Sturm der Ereignisse beim Zusammenbruch nach dem ersten Weltkrieg — haben entschlossene Männer die fortschrittliche Bürgerpartei gegründet.

Vaterlandsliebe, Fürstentreue und gesunder, zeitgemäßer Fortschritt waren die Leitgedanken der Gründer.

Diese Ideale der Gründer, getragen von christlicher Weltanschauung, fanden Ausdruck in der Devise der Partei: «für Gott, Fürst und Vaterland».

Diese Grundsätze fanden ihren Niederschlag in der heute noch geltenden verfassungsmässigen Ordnung, in welcher Monarchierechte und Volksrechte weise aufgewogen verteilt sind.

Vom Volke im Jahre 1928 zur verantwortlichen Regierungspartei berufen, konnte die Fortschrittliche Bürgerpartei die Verwirklichung ihres Programmes in die Wege leiten.

In nahezu dreißigjähriger Verantwortung als Mehrheitspartei haben die Mandatäre der Fortschrittlichen Bürgerpartei Gründungsidee und Parteiprogramm hochgehalten und verwirklicht.

Die Frucht dieser jahrzehntelangen Arbeit ist der hohe Stand der Volkswohlfahrt, gesunde Staatsfinanzen, soziale Besserstellung der Stände und eine die Landesinteressen fördernde Aussenpolitik.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei versichert Bürger und Volk, daß sie auch weiterhin die Partei eines

gesunden Fortschrittes sein wird. Sie wird die wirtschaftliche Sicherung aller Volkskreise anstreben, auch unter Schaffung notwendiger Reserven.

In vorausschauender Planung richtet sie ihren Blick in die Zukunft und ist gewillt, nachfolgende als von ihr besonders erkannte Aufgaben zu erfüllen:

Zum Schutze unserer Familien:

Die Förderung des Baus von Eigenheimen unter Gewährung eines zusätzlichen zinslosen Darlehens seitens des Staates.

Die Bürgerpartei wird ausserdem bestrebt sein, den heutigen Hypothekenzinssatz nach Möglichkeit zu halten.

Den Ausbau der Krankenversicherung durch gesetzliche Erhöhung der Versicherungsleistungen besonders für Familienväter und Mütter.

Erhöhung der AHV-Renten unter Gewährleistung des AHV-Fonds für die Zukunft.

Eine Revision unseres Steuergesetzes mit Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen der Lohnverdiener und zum Schutze unseres bürgerlichen Mittelstandes.

Die Einführung eines Gesetzes zum Schutze unserer Jugend.

Zur Gesunderhaltung der Berufsstände:

Erhöhung der staatlichen Stipendien für Lehrlinge und Studierende, aller selbstständigen und unselbstständigen Berufsgruppen, insbesondere des gewerb-

lichen Nachwuchses und auch für auswärtige Schüler unserer Realschulen.

Förderung des Kreditwesens für Gewerbe und Handel.

Die Gründung einer landwirtschaftlichen Schule.

Gewährung von zinslosen Darlehen an ausbaufähige Landwirtschaftsbetriebe.

Vermehrter Schutz des landwirtschaftlichen Bodens und Förderung aller Massnahmen, die dazu angetan sind, der Landwirtschaft eine solide Grundlage zu sichern.

Für die Sanierung der Gemeindehaushalte:

Schaffung eines Finanzausgleiches für die finanzschwachen Gemeinden.

Allgemeine Aufgaben:

Weiterer Ausbau des Real- und Volksschulwesens.

Vermehrte Unterstützung unserer Jugendbewegungen, auch jener Vereinigungen, die sich in den Dienst der körperlichen Erfrischung unserer Jugend stellen.

Die Schaffung einer kulturellen Stiftung zur Förderung von Kunst und Wissenschaft und aller kulturellen Vereinigungen unseres Landes.

Weiterer Ausbau der Wasserkräfte und Verbilligung des Strompreises.

**Erprobt in der Vergangenheit - Bewährt in der Gegenwart -
Garant für die Zukunft: Fortschrittliche Bürgerpartei**

Was man auf der Gegenseite nur zu munkeln aber nicht zu schreiben wagt, weil es nicht wahr ist . . .

Regierungschef Frick sei für die Arbeiterschaft nicht so eingestellt, wie es z. B. Arbeiterssekretär Sele behauptete

*

Man sei auf Seiten der Union gegen einen zweiten Wahltag gewesen, weil die Bürgerpartei noch im Frühjahr 1957 dagegen gewesen sei.

Und schließlich vergißt der Kritiker zu erwähnen, daß die Bürgerpartei die Regierung 1928 mit nahezu 6 Millionen Staatsschulden angetreten hat. Es war das betrübliche Erbe der sechs Jahre Herrschaft der Union in unserer Heimat.

Mit diesen sechs Millionen hätte man wohl in den dreißiger Jahren eine Bombe für Arbeitsbeschaffung platzen lassen können!

„Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach“

Lieber junger Wähler!

Nachdem die Union unser Arbeitsprogramm nun mehr als 14 Tage lang kritisierte und heruntermachte, kommt sie kurz vor Torschluß mit ihrem „Tätigkeitsprogramm“. Bitte vergleiche unser Programm mit dem der Union. –

„Das Tätigkeitsprogramm für die nächsten Jahre, das die Delegierten-Versammlung vom 11. August 1957 einstimmig beschlossen hat, ist wohl durchdacht, ist durchführbar. – Die Partei ist auch gewillt, es durchzusetzen. Bitte, bewahrt das „Volksblatt“ mit dem Programm auf und verfolgt dessen Durchführung.“

Erklärung von Regierungschef Alexander Frick anlässlich der Parteitagung in Mauren vom 24. August 1957

Landtagswahlen 1. September 1957

Bürger unseres Landes, sichere die Zukunft

Bürger rechne selbst ..

Die umliegenden Staaten müssen neben ihren großen Aufgaben noch Milliarden für die Landesverteidigung aufbringen.

Wir glücklicherweise nicht!

Und nun will die Union behaupten, die Gewährung von zinslosen Darlehen für

EIGENHEIME

übersteige unsere Kräfte.

In unserem Lande wurden schon ganz andere Aufgaben gelöst, allerdings durch die Bürgerpartei. Sie wird auch diese Aufgabe lösen.

Wähler und Bürger, Du hast die bindende Erklärung mit dem Arbeitsprogramm der Bürgerpartei in der Hand.

Gib der fortschrittlichen Bürgerpartei den Auftrag zur Durchführung

mit Deiner Stimme

Lohnverdiener!

Dein Wunsch ist ein Eigenheim.

Trotzdem propagiert die Union das Stockwerkeigentum sogar

in ihrem „Programm“, das sie Dir bis jetzt vorenthielt.

Ueberzeuge Dich selbst davon!

Gib ihr die Antwort mit dem Stimmzettel!

Wähle Bürgerpartei



Altregierungschef Dr. Hoop
Regierungschef Frick

Dieses grosse



ist überflüssig, wenn die Wählerschaft heute aus dem «Vaterland» erfahren dürfte, welchen Mann die Union als allfälligen Regierungschef vorgesehen hat.

Wenn dies nicht der Fall sein sollte, dann ist sie dem Wähler die wichtigste Antwort für die

Landtagswahlen 1957 schuldig geblieben — Oder etwa nicht?

Man bedenke, daß die Position des Regierungschefs für jeden Bürger persönlich von besonderer Bedeutung ist.

Mit wem will der Bürger in erster Linie Kontakt?

Von wem erwartet der Bürger diesen Kontakt?

Mit wem bespricht er Anliegen, die das „Vaterland“ allerdings als „allerhand Kleinkram“ bagatellisierte?

Von wem erwartet der Bürger Hilfe in verschiedensten Belangen?

Von wem erwartet der Bürger, daß er ihn im entscheidenden Moment vertritt und ihm seine Unterstützung angedeihen läßt, und zwar ohne Rücksicht auf politische Färbung?

Das alles erwartet der Bürger vom Regierungschef.

Er erwartet aber noch mehr!

Nämlich die Erledigung aller jener wichtigen Aufgaben, die Staat und Volk dem Chef der Regierung überbinden und daß er darüber hinaus die ganze Verantwortung trägt.

Kann eine Partei, die sich zur Regierungspartei aufschwingen will und die so tut, als ob sie das schon wäre, dem Wähler verschweigen, welcher Mann aus ihren Reihen für dieses wichtige Amt vorgesehen ist?

Wenn die Union heute diesen Mann noch nicht kennt, wie soll ihn dann der Landtag wählen können?

Bürger und Wähler! — Wenn die Union heute noch schweigen muß, dann ... stimmt etwas nicht. Dann darfst Du es heute eben noch nicht wissen, weil noch nicht gewählt ist.

Arbeiter und Lohnverdiener! Bauer und Gewerbler! —

Die Union will Dich zum Narren halten, denn Du darfst nicht wissen, was hinter den Kulissen der Union geht.

Die Bürgerpartei blieb keine Antwort schuldig ihr Regierungschef heisst

Alexander Frick

Arbeiter!

Deine Kollegen in den Reihen der Union wurden bei der „Ausarbeitung des Programms“ nicht beigezogen, denn sonst hätte der Unsinn mit dem Stockwerkeigentum nicht Fuß fassen können.

Die Union frägt und schätzt die Arbeiter nur, wenn man ihre Stimme braucht!

Wähle daher jene Partei, die mit der Arbeiterschaft zusammenarbeitet.

Diese Garantie hast Du, wenn Regierungschef Frick Regierungschef bleibt.

Ob er bleibt, entscheidet ganz allein Deine Partei-Listenstimme.

Arbeiter, denk morgen daran!

Wähle mit der Liste der Bürgerpartei Deinen Mann;

er heisst
Regierungschef Frick

Die Union schweigt weiter! Dadurch wird eine Meldung aus dem Lager der Union immer mehr bestätigt. Sie lautet:

Im Falle dass ... sei Dr. Alois Vogt als Regierungschef bereits bestimmt ... man halte aber mit der öffentlichen Bestätigung vor den Wahlen zurück, damit er nicht angegriffen werden könne



Zu diesen Ausflüchten hat die Union wahrlich keinen Grund, denn im gegenwärtigen Wahlkampf haben wir niemand persönlich angegriffen

Landtagswahlen 1. September 1957

Reform Wahlgesetz – Prüfung Einführung Frauenstimmrecht
 Reform Landesverwaltung
 Demokratisches Gemeindegesetz
 Einheitliches Schuldrecht – Überprüfung Eherecht im Einvernehmen
 mit bischöflichem Ordinariat
 Invalidenversicherung in der AHV
 Prüfung Einführung Arbeitslosenversicherung
 Einheitliches Krankenkassengesetz für alle Stände und Geschlechter
 Förderung Eigenheim und Stockwerkeigentum
 Besiedlungsplan und Reservierung von Baugrund für Eigenheime
 Zeitgerechtes bäuerliches Erbrecht
 Gegen Bodenzersplitterung und Bodenspekulation u.a.
 Gewerbeordnung, Förderung Fremdenverkehr
 Schutz der Industrie, Erhaltung von Arbeitsplätzen
 Jugendgesetz, Ausbildungsförderung, Schulgesetz u.a.
 Revision Steuergesetz zugunsten Kleinverdiener
 Vertiefung der Beziehungen zu Schweiz und Österreich
 Treu und ergeben dem Fürstenhaus, Festhalten an der Monarchie

Quelle: Vaterland, 28.8.1957

Unser Tätigkeitsprogramm

(dargelegt und angenommen an der Delegiertenversammlung der Vaterländischen Union vom 8. August 1957)

Unsere Staatspolitik

Reform der Wahlgesetze, insbesondere Festlegung der Wahltermine und Prüfung der Frage der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes,

Reform der Landesverwaltung im Interesse der Wirtschaftlichkeit und raschen Abwicklung der Geschäfte,

Schaffung eines demokratischen Gemeindegesetzes unter Wahrung ihrer Selbständigkeit, in dem die Zuständigkeiten von Bürgerversammlung und Gemeinderat genau abgegrenzt sind,

Fortführung der von der Volkspartei begonnenen Kodifikation des Privatrechtes, insbesondere Schaffung eines einheitlichen Schuldrechtes für Handel und Gewerbe, Überprüfung des Eherechtes im Einvernehmen mit dem bischöflichen Ordinariat in Chur,

Unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik

für den Arbeiter:

Einführung und Einbau der Invalidenversicherung in die AHV,

Prüfung der Einführung der Arbeitslosenversicherung,

Erlaß eines einheitlichen Krankenkassengesetzes, erfassend alle Stände und Geschlechter,

Förderung des Baues von Eigenheimen, Einführung des Stockwerkeigentumes, ohne daß die Staatsfinanzen und der Steuerzahler zusätzlich belastet werden.

Schaffung eines allgemeinen Besiedlungsplanes und Reservierung von Baugrund für Eigenheime,

für den Bauer:

zeitgerechtes bäuerliches Erbrecht, um den bäuerlichen Grundbesitz dem Bauer zu erhalten,

Maßnahmen gegen die Bodenzersplitterung und Bodenspekulation,

Förderung der bäuerlichen Kleinbetriebe,

Raschere Durchführung der Bodenverbesserung,

für den Gewerbetreibende:

Schaffung einer einheitlichen, alle Gewerbe umfassenden Gewerbeordnung, vor allem Schutz des einheimischen Gewerbes, Förderung und Ausbau des Fremdenverkehrswesens,

für die Industrie:

Maßnahmen zum Schutze der Industrie vor Krisen und Erhaltung des Arbeitsplatzes,

für die Jugend aller Stände:

Erlaß eines Gesetzes zu Schutz und Wohlfahrt der Jugend,

Förderung der Ausbildung der Jugend durch erhöhte Stipendien, insbesondere für kinderreiche und arme Familien,

Unentgeltliche Fachkurse zur beruflichen Weiterbildung,

Aufbau von einheimischen Lehrlings- und Lehrwerkstätten,

Schaffung eines Schulgesetzes, in dem vor allem in der Fortbildungsschule der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen wird,

Unsere Finanzpolitik

Revision des Steuergesetzes zu Gunsten des Kleinverdieners und der kinderreichen Familien,

Finanzausgleich unter den Gemeinden,

Schaffung eines Banken- und Sparkassengesetzes zum Schutze des Kreditwesens,

Unsere Außenpolitik

Vertiefung der wirtschaftlichen, kulturellen und freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz und zu Österreich, insbesondere Festhalten am Zollvertrag als der Grundlage unserer wirtschaftlichen Entwicklung,

Unsere unerschütterliche Parole

Treu und ergeben dem Fürstenhaus und Festhalten an der Monarchie, wie sie in unserer demokratischen Verfassung verankert ist.

Die Vorteile unseres Programms liegen in der raschen Durchführbarkeit.

Wir werden nicht dreißig Jahre warten.

Daher: Wähler, gib uns Deine Stimme, damit wir das Programm in seiner Gesamtheit verwirklichen können.

Die „Arbeiterliste“

Wir meinen damit nicht eine „dritte“ Liste, sondern die Liste der Vaterländischen Union. Sechs Kandidaten gehören dem Liechtensteinerischen Arbeiterverband an, eine verhältnismäßig starke Vertretung. Die Union hat nicht zufällig so viele Arbeiter auf die Liste gesetzt. Die Union hat seit jeher die Arbeiterinteressen im Landtag vertreten und war sich immer bewußt, daß in einem Staate nur dann sozialer Friede und Eintracht herrscht, wenn den Bedürfnissen des Unselbständigerwerbenden Rechnung getragen wird. Die Union ist die Partei, die sich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung anpaßt, sich mit den Arbeiterproblemen befaßt und den gerechten Forderungen zum Durchbruch verholfen hat und sie weiterhin verwirklichen will. Daher hat die Union Männer auf ihrer Liste, die kein Wort scheuen, von denen man weiß, daß sie einzutreten imstande sind für die Rechte der Arbeiterschaft. Die Union hat neben

den offiziell vom Arbeiterverband vorgeschlagenen Kandidaten:

Johann Beck, Arbeiterpräsident, Triesen

Gebhard Gerner, Arbeiter, Eschen 22

Felix Hasler, Arbeiter, Ruggell 58

noch zusätzlich aufgestellt:

Ludwig Beck, Gemeindevorsteher, Schaan

Josef Gaßner, Arbeiter, Triesen 184

Paul Oehri, Arbeiter, Mauren 12

Quelle: Vaterland, 28.8.1957

Wer schuf die Grundlage dazu, daß die Bürgerpartei der Wählerschaft einen schuldenfreien Staat vorstellen kann?

Die Grundlage hat die Volkspartei, die Vorgängerin der Vaterländischen Union, mit Abschluß des Zollvertrages mit der Schweiz geschaffen!

Die seinerzeitige Einstellung der Bürgerpartei zum Abschluß des Zollvertrages mit der Schweiz geht aus dem Leitartikel des Liechtensteiner Volksblattes vom 20. Juni 1923 hervor:

„Und durch die einstimmige Annahme des Vertrages im Landtage ist dem Lande nach unserer vollen Ueberzeugung ein schlechter Dienst erwiesen worden. Wird nicht dadurch die Stellung Liechtensteins für spätere Abänderungsverhandlungen zum Vorhinein erschwert?“

Bürger, urteile selbst! Wenn du richtig überlegst, stimmst du für die Vaterländische Union.

Wähler entscheide:

Neue, wirklichkeitsnahe Ideen und neue Kräfte, welche diese Ideen in die Tat umsetzen, sind für unser Land unbedingt nötig. Die Vaterländische Union und deren Leiter sind sich der Kompliziertheit und Schwierigkeit der Regierungsgeschäfte voll bewußt. Weil sie aber fest überzeugt sind, eine bessere, wenn auch nicht vollkommene Leistung zu bieten, hoffen sie auf einen Wahlsieg im Interesse des Vaterlandes von Rot und Schwarz.

Wenn schon die Gegenpartei die Strompreisherabsetzung als Wahlschlager benützt, wollen wir den Wählern in Erinnerung rufen, daß seinerzeit die Bürgerpartei gegen den Bau des Lawenawerkes stimmte. Nur der Initiative der Volkspartei haben wir es zu verdanken, daß wir überhaupt über ein eigenes Werk verfügen.

Landtagswahlen 1. September 1957 – Kandidaten OBERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

- Neu** Fürstl. Justizrat Dr. Josef Hoop, Altregierungschef, Vaduz
- Fürstl. Sanitätsrat Dr. Martin Risch, Vaduz
- Fidel Brunhart, Gemeindevorsteher, Balzers
- Neu** Hans Gaßner, Gemeindevorsteher, Triesenberg
- Neu** Ing. agr. Ernst Ospelt, Vaduz
- Neu** Stefan Wachter jun., Malermeister, Schaan
- Franz Josef Schurte, Schmied, Triesen
- Neu** Josef Büchel, Arbeiter, Mäls 95
- Neu** Albert Laternser, Arbeiter, Vaduz Nr. 586

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

- Fürstl. Justizrat Dr. Alois Ritter, Alt-Landtagspräsident und Rechtsanwalt, Vaduz
- Johann Beck, Arbeiterpräsident, Triesenberg Nr. 192
- Neu** Ludwig Beck, Gemeindevorsteher, Schaan
- Dr. Alois Vogt, Rechtsanwalt, Vaduz
- Andreas Vogt, Installateur, Balzers
- Neu** Josef Gaßner, Landwirt und Arbeiter, Triesen Nr. 184
- Neu** Roman Gaßner, Bauunternehmer, Vaduz
- Wendelin Beck, Gemeindekassier, Triesenberg
- Josef Büchel, Lehrer, Triesen



Landtagswahlen 1. September 1957 – Kandidaten UNTERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

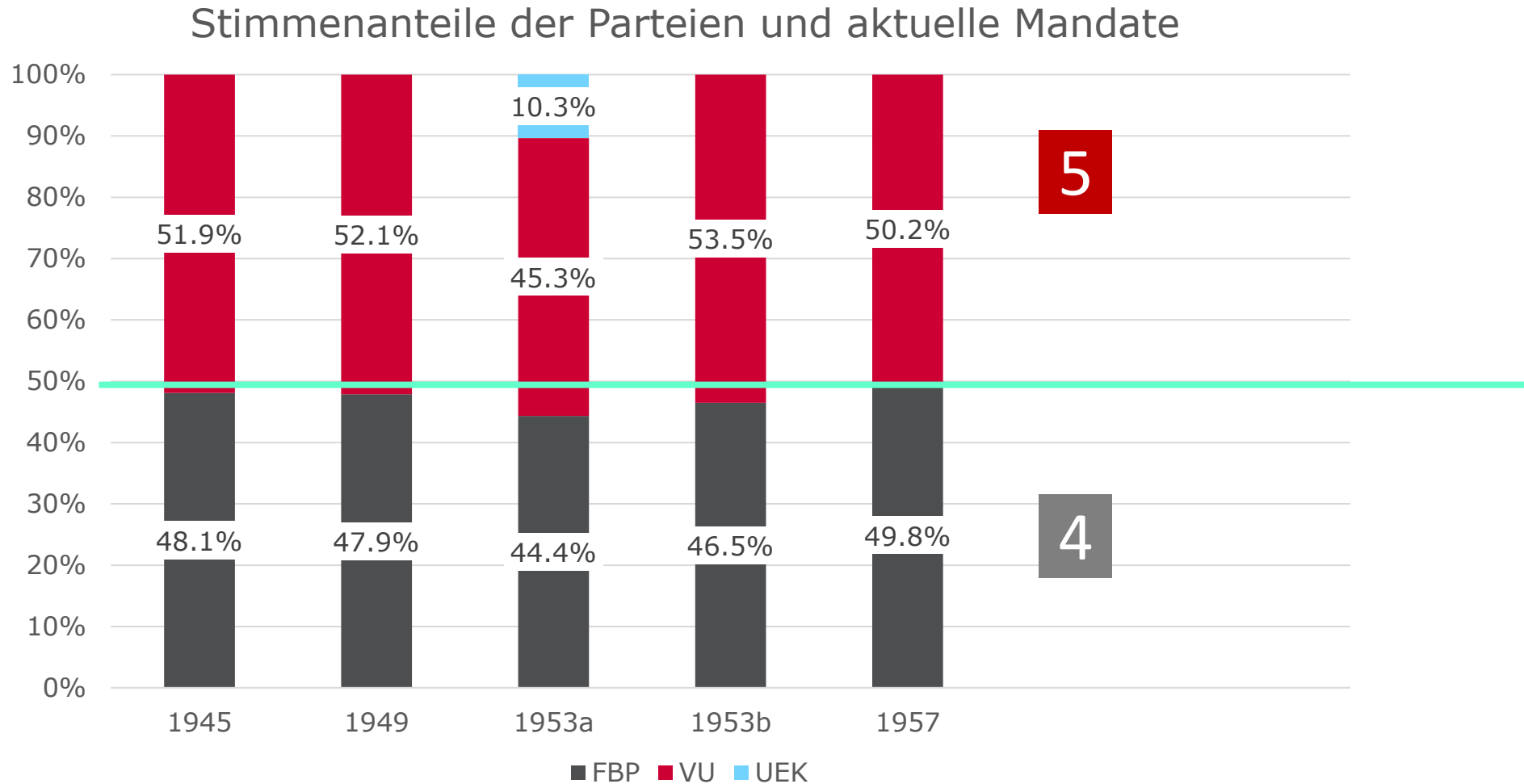
Neu Georg Oehri, Gemeindevorsteher, Schellenberg
Dr. jur. Ernst Büchel, Rechtsanwalt, Gamprin
Neu Josef Oehri, Ruggell Nr. 124
Neu Alfons Büchel, Postmeister, Mauren
Neu Leo Gerner, Landwirt, Eschen
Neu Engelbert Kranz, Arbeiter, Nendeln

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

Johann Georg Hasler, Gemeindevorsteher, Eschen
Paul Büchel, Landwirt, Ruggell Nr. 18
Gebhard Gerner, Arbeiter, Eschen Nr. 224
Neu Paul Oehri, Arbeiter, Mauren Nr. 12
Neu Alois Oehri, Landwirt, Gamprin Nr. 56
Neu Felix Hasler, Arbeiter, Ruggell Nr. 124



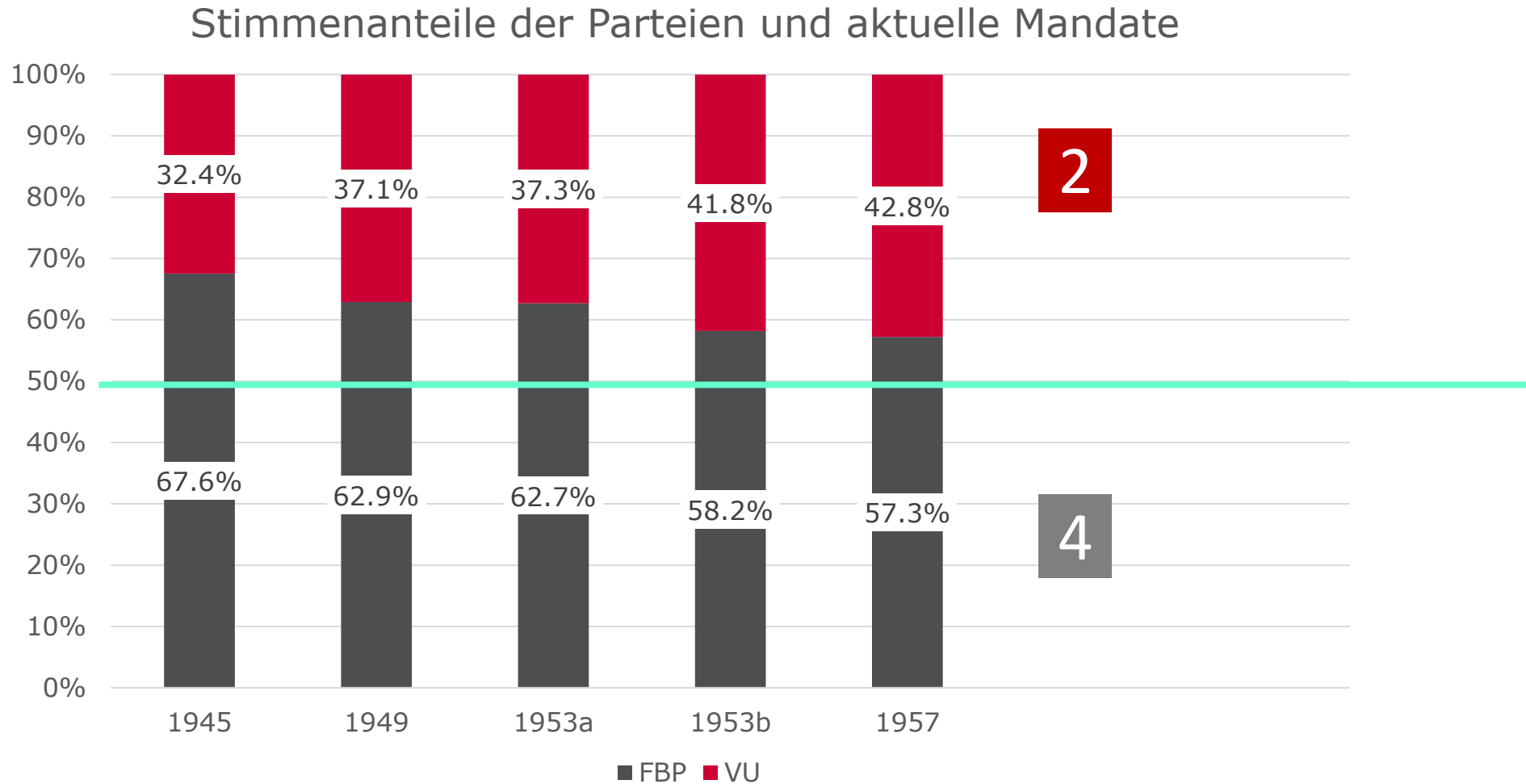
Landtag Wahlresultat OBERLAND 1945–1957



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



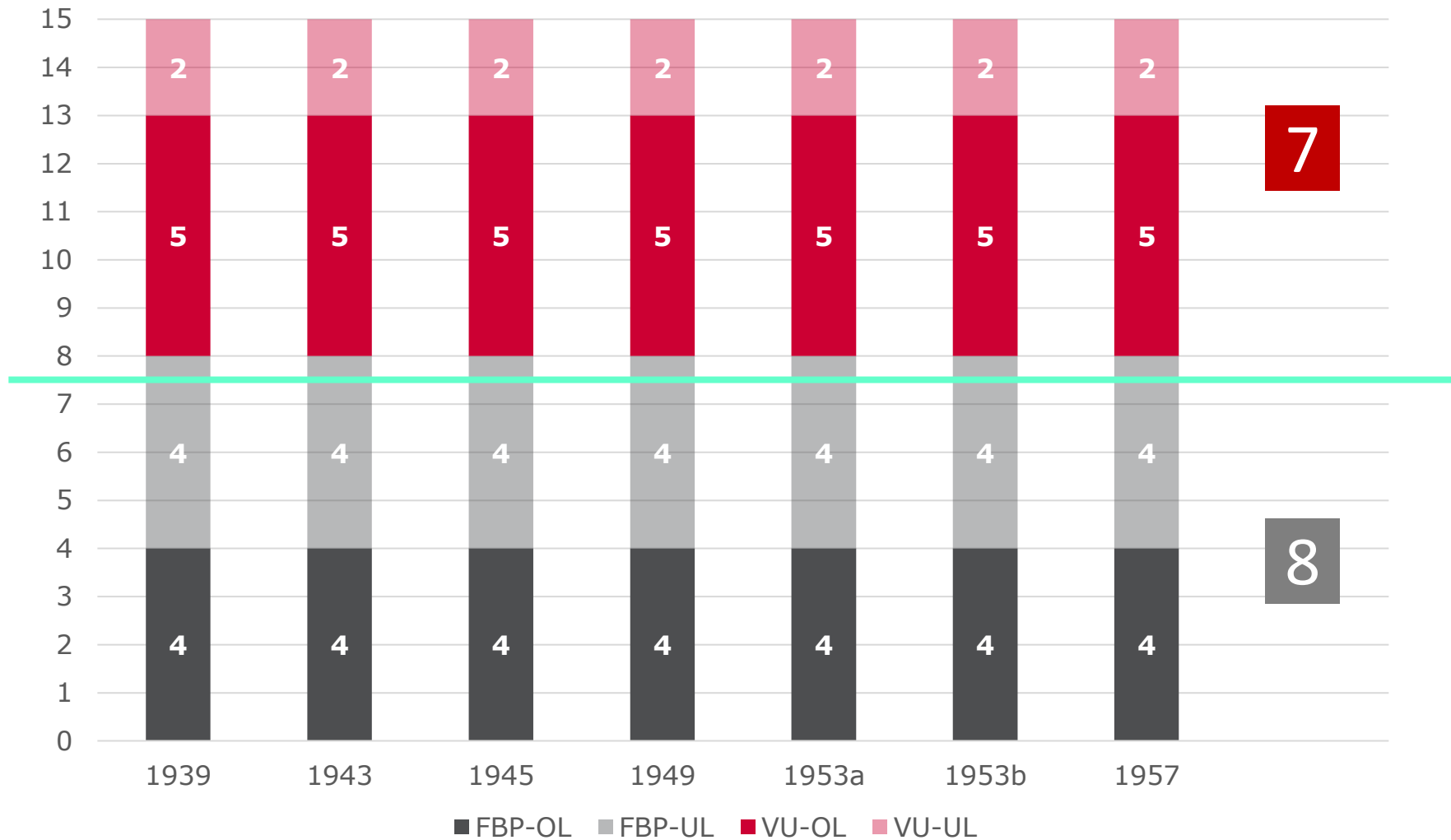
Landtag Wahlresultat UNTERLAND 1945–1957



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



Mandate 1939 bis 1957 – OL und UL



Landtagswahlen 1. September 1957 – Gewählte OBERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

- Fürstl. Justizrat Dr. Josef Hoop, Altregierungschef, Vaduz
- Fürstl. Sanitätsrat Dr. Martin Risch, Vaduz
- Abwahl Fidel Brunhart, Gemeindevorsteher, Balzers
- Hans Gaßner, Gemeindevorsteher, Triesenberg
- Ing. agr. Ernst Ospelt, Vaduz
- Stefan Wachter jun., Malermeister, Schaan
- Franz Josef Schurte, Schmied, Triesen
- Josef Büchel, Arbeiter, Mäls 95
- Albert Laternser, Arbeiter, Vaduz Nr. 586

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

- Fürstl. Justizrat Dr. Alois Ritter, Alt-Landtagspräsident und Rechtsanwalt, Vaduz
- Johann Beck, Arbeiterpräsident, Triesenberg Nr. 192
- Ludwig Beck, Gemeindevorsteher, Schaan
- Abwahl Dr. Alois Vogt, Rechtsanwalt, Vaduz
- Andreas Vogt, Installateur, Balzers
- Josef Gaßner, Landwirt und Arbeiter, Triesen Nr. 184
- Roman Gaßner, Bauunternehmer, Vaduz
- Wendelin Beck, Gemeindekassier, Triesenberg
- Josef Büchel, Lehrer, Triesen



Landtagswahlen 1. September 1957 – Gewählte UNTERLAND

1. Wahlliste der fortschrittlichen Bürgerpartei:

- Georg Oehri, Gemeindevorsteher, Schellenberg
- Dr. jur. Ernst Büchel, Rechtsanwalt, Gamprin
- Josef Oehri, Ruggell Nr. 124
- Alfons Büchel, Postmeister, Mauren
- Leo Gerner, Landwirt, Eschen
- Engelbert Kranz, Arbeiter, Nendeln

2. Wahlliste der Vaterländischen Union

- Johann Georg Hasler, Gemeindevorsteher, Eschen
- Abwahl Paul Büchel, Landwirt, Ruggell Nr. 18
- Abwahl Gebhard Gerner, Arbeiter, Eschen Nr. 224
- Paul Oehri, Arbeiter, Mauren Nr. 12
- Alois Oehri, Landwirt, Gamprin Nr. 56
- Felix Hasler, Arbeiter, Ruggell Nr. 124




Wahlbeschwerde der VU 1957





Union meldet Wahlbeschwerde an

Die Vaterländische Union des Wahlkreises Unterland hat bei der fürstlichen Regierung Wahlbeschwerde angemeldet.



Wahlbeschwerde und Staatsgerichtshof

Zu einer unhaltbaren Behauptung der Union

Die Union verbreitet' allerorts die Behauptung, die Bürgerpartei hätte sich gefürchtet, den Staatsgerichtshof über die Gültigkeit der Landtagswahlen entscheiden zu lassen. Es muß nun einmal demgegenüber mit aller Klarheit festgestellt werden,

daß der Staatsgerichtshof über die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit der Wahlen gar nicht entscheiden kann. Er ist hiezu niemals und in keiner Weise zuständig, denn die Verfassung und das Proporzgesetz bestimmen eindeutig und ausdrücklich,

daß über die Gültigkeit der Wahlen einzig und allein der Landtag entscheidet.

Auf einen Antrag, über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden, **hätte der Staatsgerichtshof prompt entschieden, daß er in dieser Frage nicht zuständig sei.** Was hätte also die Anru-

fung des Staatsgerichtshofes wegen der Gültigkeit der Wahlen für einen Sinn gehabt?

Die Ausstreungen der Union sind in diesem Punkte also nichts anderes als eine üble Verdrehung und Entstellung der Rechtslage.

Als begutachtende Stelle kann der Staatsgerichtshof sodann nur Gutachten abgeben über **allgemeine Fragen des Staats- und Verwaltungsrechtes**, nicht aber über konkrete Einzelfragen. Sodann ist ein Gutachten des Staatsgerichtshofes wiederum in keiner Weise verbindlich. Die Abgeordneten haben nach Art. 57 der Verfassung „**einzig nach ihrem Eid und ihrer Ueberzeugung**“ zu stimmen, niemals aber nach einem Gutachten. Wenn ein Abgeordneter der Union erklärte, die Union anerkenne das Gutachten des Staatsgerichtshofes, so ist das eine Anmaßung, seinen Kollegen im Landtage das Recht und die Pflicht der eigenen Meinungsbildung zu nehmen.

Das Volk stellt heute mit voller Berechtigung folgende Frage:

1. Warum hat der Abgeordnete Dr. Alois Ritter an der Sitzung vom 30. September 57 nicht teilgenommen?
2. Warum erklärte der Ersatzabgeordnete Dr. Alois Vogt in jener Sitzung, daß er persönlich mit dieser Wahlbeschwerde nichts zu tun habe?
3. Warum wurde die Beschwerde nicht von jenen Leuten unterschrieben, die sie im Nachhinein als berechtigt erklären?



Wahlbeschwerde 1957 – Thronrede

Schreiben der Fürstlichen Kabinettskanzlei im Auftrage Seiner Durchlaucht des Landesfürsten

Im nachstehenden veröffentlichen wir den Wortlaut eines Schreibens der fürstlichen Kabinettskanzlei vom 25. Oktober 1957, das im Auftrage Seiner Durchlaucht des Landesfürsten an die **Fortschrittliche Bürgerpartei** und an die **Vaterländische Union** gerichtet wurde. Zur Aufklärung des Volkes wurde der Text dieser beiden gleichlautenden Schreiben zur Publikation wiedergegeben.

Die Kabinettskanzlei beehrt sich, im Auftrage Seiner Durchlaucht des Landesfürsten folgendes mitzuteilen:

Seine Durchlaucht der Landesfürst möchte möglichst bald den Landtag einberufen und bei der Eröffnung des Landtages die Thronrede halten.

Seine Durchlaucht ist nämlich der Ansicht, daß die Durchführung der Neuwahlen erst auf Grund eines klar gefaßten Gesetzes zweckmäßig ist, da er nach der Lage der Dinge überzeugt ist, daß im anderen Falle die politischen Streitereien sofort von neuem beginnen und wieder kein arbeitsfähiger Landtag vorhanden sein wird. Die Besprechungen, die Seine Durchlaucht in den letzten Tagen mit den Vertretern der beiden politischen Parteien hatte, haben gezeigt, daß die jetzigen Wahl- und Wahl-Vorbereitungsgesetze so divergierende juristische Auslegungen zulassen, daß sie bei Meinungsdivergenzen unter den politischen Parteien unzureichend sind.

Ein gleiches Schreiben samt Abschrift der Thronrede geht unter einem an die Leitung der Vaterländischen Union. Wenn eine der beiden Parteien den Wunsch hat, Herren zu Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu delegieren, um noch einmal über diese Angelegenheit zu sprechen, so wird sich Seine Durchlaucht freuen, die Herren zu sehen. In diesem Falle legt Seine Durchlaucht Wert darauf, Herren beider Parteien gleichzeitig zu empfangen. Die Besprechungen der vergangenen Tage haben Seiner Durchlaucht nämlich gezeigt, daß sie nur zum Ziele führen können, wenn an der Vorsprache Herren beider Parteien gemeinsam teilnehmen.

*Mit vorzüglicher Hochachtung:
der Kabinettsdirektor:
gez. Dr. Wilhelm.*

Mein eindringlicher Appell an das Verantwortungsbewußtsein aller Abgeordneten geht deshalb zusammenfassend dahin,

1. die Arbeit im Landtage ehestens zu beginnen,
2. die Regierung neu zu bestellen,
3. ein klares Wahl- und Wahlverfahrensgesetz zu schaffen und dann,
4. wenn ein Bedürfnis dazu besteht, auf dem gesetzmäßigen Wege Neuwahlen durchzuführen.

Ich fordere Sie nachdrücklich auf, diesem meinem Wunsche nachzukommen, der ausschließlich von der Sorge um das Wohl des Landes diktiert ist.“



Interfraktionelle Besprechung

Bestellung Landtagsbüro

Wahl Regierungsräte an nächster Sitzung des Landtages

Budgetviertel für das Jahr 1958

Beratung über Änderung der Verfassung und der Wahlgesetze

Zuständigkeit des StGH bei Wahlbeschwerden

Quelle: Volksblatt, 16.11.1957

Protokoll über das Ergebnis der interfraktionellen Besprechung vom 12. November 1957

Die beiden Fraktionen erklären sich den Wunsche Seiner Durchlaucht des Landesfürsten entsprechend bereit, sich auf folgendes Maximalprogramm des gegenwärtigen Landtages festzulegen:

1. Die Bestellung des Landtagsbüros wird heute vorgenommen.
2. In der nächsten Sitzung des Landtages wird die Wahl der Regierungsräte vorgenommen.
3. Es wird ein Budgetviertel für das Jahr 1958 bewilligt.

4. Der Landtag nimmt sofort die Beratung über eine Aenderung der Verfassung und der Wahlgesetze im Sinne der von Seiner Durchlaucht dem Landesfürsten in Seiner Thronrede geäußerten Wünsche vor. Außerdem werden Verfassung und Gesetz in dem Sinne geändert werden, daß der Staatsgerichtshof anstelle des Landtages und der Regierung für die Behandlung und Entscheidung von bzw. über Wahlbeschwerden zuständig erklärt wird.

Dieses Wahlgesetz ist bereits in der ersten Geschäftssitzung des Landtages als Regierungsvorlage einzubringen. Die Beratungen darüber sind so zu fördern, daß Verfassungs- und Wahlgesetzänderung bis Ende dieses Jahres verabschiedet sind.

5. Die Fraktion der Vaterländischen Union erklärt, über dieses Maximalprogramm hinaus im Landtage keine Tätigkeit aufzunehmen. Hinsichtlich einer vorzeitigen Auflösung des bestehenden Landtages erklärt die Fraktion der Bürgerpartei, sich den Resolutionen Seiner Durchlaucht des Landesfürsten zu fügen. Um rechtzeitige Neuwahlen sicherzustellen, wird dieses Maximalprogramm bis Ende dieses Jahres verabschiedet.

V a d u z, den 12. November 1957

Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei.
Fraktion der Vaterländischen Union.

Wahlbeschwerde 1957 – Wahlgesetznovelle

Abänderung der Verfassung, des
Volksrechtegesetzes und des Gesetzes
zum Verhältniswahlrecht

Zuständigkeit des StGH bei
Wahlbeschwerden

Mehrheitsklausel

Quelle: Volksblatt, 21.1.1958

Wo sind die Erpresser?

Stellungnahme zu ungerechtfertigten Presseangriffen des „Lichtensteiner Vaterland“

Und gerade diese Leute, die so vorgehen, sprechen von glatter Erpressung, wenn die Bürgerpartei im Landtag einen Gesetzesentwurf stützt, der den Grundsatz festlegt, daß **jener Partei, die bei einer Wahl mehr als 50% der Stimmen des Landes erreicht hat, auch die Mehrheit der Abgeordneten im Landtag zukommt.** Das primitivste Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl ruft nach einer solchen Regelung der Mandatsverteilung. Dieses Gerechtigkeitsgefühl fehlt allerdings der Vaterländischen Union und deshalb gebraucht sie das Wort „Erpressung“. Die Union beruft sich auf die Vereinbarung vom 12.11.1957 und vergißt, daß diese Vereinbarung das Ergebnis ihrer ständigen Drohung, zum Landtag nicht zu erscheinen, war. Die Union würde natürlich gerne die Lücke des bisherigen Wahlgesetzes ausnützen, um **mit einer Stimmenminderheit bei einer Wahl die Mehrheit der Mandate zu erlangen.** Dieses machthungrige Streben der Union stößt aber mit den Forderungen der Gerechtigkeit zusammen und ist deshalb zum Scheitern verurteilt.

Quelle: Volksblatt, 23.1.1958

Wahlgesetznovelle vom 25. Februar 1958

Abänderung der Verfassung:

- Mandatsdauer 4 Jahre
- Wahl im Februar oder März
- Abberufung von Abgeordneten durch Wählergruppen auf Antrag der Fraktion
- Staatsgerichtshof zuständig bei Wahlbeschwerden

Abänderung des Volksrechtegesetzes:

- Regelungen zu Stimmrecht und Wahlbeschwerden
- Mehrheitspartei mit Anspruch auf Mehrheit der Mandate



Regierungen 1945–1957

Jahr	LT-Wahl	LT-Sitzung	Regierungschef	Regierungschef-Stellvertreter	Regierungsrat	Jahr	
1945	29.4.	3.9.	Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz	Franz Hoop, Ruggell Alois Wille, Balzers	1945	
1946						1946	
1947						1947	
1948						1948	
1949	6.2.	8.4.				Franz Hoop, Ruggell Marzell Heidegger, Triesen	1949
1950					1950		
1951			Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz		1951	
1952					1952		
1953	15.2. / 14.6.	20.8.				Josef Meier, Eschen Marzell Heidegger, Triesen	1953
1954					1954		
1955					1955		
1956					1956		
1957	1.9.	31.12.	Alexander Frick, Schaan	Josef Büchel, Triesen	Josef Meier, Eschen Dr. Ivo Beck, Vaduz	1957	



Wahlen vom 23. März 1958



Neuwahlen vom 23. März 1958

Resolution

Die Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei nimmt Kenntnis vom Schreiben der Parteileitung vom 8. Februar 1958 an den Regierenden Fürsten, in dem sie Seine Durchlaucht bittet, die Vaterländische Union auf den Weg der Volksinitiative zur Auflösung des Landtages zu verweisen, da nach Ansicht der Fortschrittlichen Bürgerpartei dies staatsrechtlich der richtige demokratische Weg zur Auflösung des Landtages während seiner Mandatsdauer ist.

Sie nimmt weiter mit tiefstem Befremden Kenntnis von dem an die Fürstl. Kabinettskanzlei gerichteten Antwortschreiben der Vaterländischen Union vom 13. Februar, mit dem diese sich weigert, das Volk im Wege einer Volksabstimmung entscheiden zu lassen, ob es eine Auflösung des vor einem halben Jahr von ihm gewählten Landtages und Neuwahlen wünsche oder nicht und statt dessen eine Auflösung des Landtages durch Streik erzwingt. Sie bedauert diese größte Mißachtung eines dem Volke zustehenden Rechtes durch die Vaterländische Union.

Die Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei stellt nochmals fest, daß absolut kein Grund zur Auflösung des Landtages vorliegt, daß das Verhalten der Union mutwillig und eine leere Vergeudung von Geld und Zeit ist, denn

1. Neuwahlen werden nach allgemeiner Ansicht am politischen Kräfteverhältnis wenig ändern. Die Fortschrittliche Bürgerpartei wird Mehrheitspartei und Siegerin auch in Neuwahlen und die Vaterländische Union Minderheitspartei bleiben.
2. Nach den Neuwahlen wird wiederum, wie heute, eine Mehrheit von Bürgerpartei-Abgeordneten mit einer Minderheit von Unions-Abgeordneten zusammensitzen und arbeiten müssen, was ebensogut im bestehenden Landtage der Fall sein könnte, und wozu die Bürgerpartei stets bereit war.
3. Neuwahlen bieten an und für sich keinerlei Gewähr dagegen, daß die Unions-Abgeordneten auch im neuen Landtage die Mitarbeit verweigern und andes und der Bürger verunmög-

Union haben diese nicht bewegen lassen und das Ansehen des Landes Delegiertenversammlung der Fortschrittlich fest und überbindet die Fol-

Unionsversammlung der Fortschritt-

lichen Bürgerpartei, dem Volke selbst Gelegenheit zu geben und es aufzurufen, zu entscheiden, ob es noch weiterhin Volksvertreter im Landtage wolle, die, anstatt zu arbeiten, den Landtag lahmlegen und jede Arbeit zum Wohle unseres Volkes verhindern. Sie ersucht deshalb die Regierung, bei Seiner Durchlaucht dem Landesfürsten die Auflösung des jetzigen Landtages, dessen Arbeit die Unionsfraktion verunmöglicht, zu beantragen und hernach Neuwahlen durchzuführen.

Sie richtet in diesem Zusammenhange an sämtliche Mitglieder der Fortschrittlichen Bürgerpartei den Appell, geschlossen und vollzählig an diesen Wahlen teilzunehmen, der Partei die Treue zu halten und zu einem überwältigenden Siege zu verhelfen. Sie appelliert aber auch an alle andern unvoreingenommen und sachlich denkenden Stimmbürger, der Mehrheitspartei zu einer Stärke zu verhelfen, daß Streik und Obstruktion der Minderheitsabgeordneten nicht mehr zu einer Boykottierung jedweder Arbeit in unserer gesetzgebenden Behörde führen können.

Die Bürgerpartei bewahrt das Land vor Notrecht und Staatskrise!

Das sture Nein der Union, auch an den Landesfürsten - die Mitarbeit im Landtag fortzusetzen, beantwortet die Bürgerpartei mit dem Antrag auf Neuwahl und Auflösung des Landtages.

Quelle: Volksblatt, 25.2.1958

Die Auflösungssitzung des Landtages

Das Gesetz zur Förderung des Baues von Eigenheimen zum Beschluss erhoben

Quelle: Volksblatt, 27.2.1958

Wahlkampf März 1958

Förderung Eigenheim

Niedriger Hypothekarzinsatz

Krankenversicherung

Erhöhung AHV-Renten

Entlastung kleinere und mittlere Einkommen

Jugendgesetz

Stipendien

Kredite für Gewerbe und Handel

Landwirtschaftliche Schule

Zinslose Darlehen an Landwirtschaftsbetriebe

Förderung Landwirtschaft und Bodenschutz

Finanzausgleich für finanzschwache Gemeinden

Ausbau Real- und Volksschulwesen

Unterstützung Jugendbewegungen

Stiftung für Kunst und Wissenschaft

Ausbau Wasserkraft

Quelle: Volksblatt, 15.3.1958

Unser beschlossenes Arbeitsprogramm

Die vollbesetzte Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei vom 11. August faßte folgende Resolution und beschloß folgendes Tätigkeitsprogramm:

Vor fast 40 Jahren — im Sturm der Ereignisse beim Zusammenbruch nach dem ersten Weltkrieg — haben entschlossene Männer die Fortschrittliche Bürgerpartei gegründet.

Vaterlandsliebe, Fürstentreue und gesunder, zeitgemäßer Fortschritt waren die Leitgedanken der Gründer.

Diese Ideale der Gründer, getragen von christlicher Weltanschauung, fanden Ausdruck in der Devise der Partei «für Gott, Fürst und Vaterland».

Diese Grundsätze fanden ihren Niederschlag in der heute noch geltenden verfassungsmäßigen Ordnung, in welcher Monarchierechte und Volksrechte weise aufgewogen verteilt sind.

Vom Volke im Jahre 1928 zur verantwortlichen Regierungspartei berufen, konnte die Fortschrittliche Bürgerpartei die Verwirklichung ihres Programmes in die Wege leiten.

In nahezu dreißigjähriger Verantwortung als Mehrheitspartei haben die Mandatäre der Fortschrittlichen Bürgerpartei Gründungsideo und Parteiprogramm hochgehalten und verwirklicht.

Die Frucht dieser jahrzehntelangen Arbeit ist der hohe Stand der Volkswohlfahrt, gesunde Staatsfinanzen, soziale Besserstellung der Stände und eine die Landesinteressen fördernde Außenpolitik.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei versichert Bürger und Volk, daß sie auch weiterhin die Partei eines gesunden Fortschrittes sein wird. Sie wird die wirtschaftliche Sicherung aller Volkskreise anstreben, auch unter Schaffung notwendiger Reserven.

In vorausschauender Planung richtet sie ihren Blick in die Zukunft und ist gewillt, nachfolgende als von ihr besonders erkannte Aufgaben zu erfüllen:

Zum Schutze unserer Familien:

Die Förderung des Baues von Eigenheimen unter Gewährung eines zusätzlichen zinslosen Darlehens seitens des Staates.

Die Bürgerpartei wird außerdem bestrebt sein, den heutigen Hypothekarzinsatz nach Möglichkeit zu halten.

Den Ausbau der Krankenversicherung durch gesetzliche Erhöhung der Versicherungsleistungen besonders für Familienväter und Mütter.

Erhöhung der AHV-Renten unter Gewährleistung des AHV-Fonds für die Zukunft.

Eine Revision unseres Steuergesetzes mit Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen der Lohnverdiener und zum Schutze unseres bürgerlichen Mittelstandes.

Die Einführung eines Gesetzes zum Schutze unserer Jugend.

Zur Gesunderhaltung der Berufsstände:

Erhöhung der staatlichen Stipendien für Lehrlinge und Studierende, aller selbständigen und unselbständigen Berufsgruppen, insbesondere des gewerblichen Nachwuchses und auch für auswärtige Schüler unserer Realschulen.

Förderung des Kreditwesens für Gewerbe und Handel.

Die Gründung einer landwirtschaftlichen Schule.

Gewährleistung von zinslosen Darlehen an ausbaulähige Landwirtschaftsbetriebe.

Vermehrter Schutz des landwirtschaftlichen Bodens und Förderung aller Maßnahmen, die dazu angetan sind, der Landwirtschaft eine solide Grundlage zu sichern.

Für die Sanierung der Gemeindehaushalte:

Schaffung eines Finanzausgleiches für die finanzschwachen Gemeinden.

Allgemeine Aufgaben:

Weiterer Ausbau des Real- und Volksschulwesens.

Vermehrte Unterstützung unserer Jugendbewegungen, auch jener Vereinigungen, die sich in den Dienst der körperlichen Erziehung unserer Jugend stellen.

Die Schaffung einer kulturellen Stiftung zur Förderung von Kunst und Wissenschaft und aller kulturellen Vereinigungen unseres Landes.

Weiterer Ausbau der Wasserkräfte und Verbilligung des Strompreises.

Erprobt in der Vergangenheit - Bewährt in der Gegenwart - Garant in der Zukunft

Die Fortschrittliche Bürgerpartei betrachtet ihr Arbeitsprogramm nicht als Propagandamittel, sondern als Grundlage für ihre Arbeit in der näheren Zukunft!

Wahlkampf März 1958

Der grosse Volksverrat!

Während die Fortschrittliche Bürgerpartei im Landtag alles daran setzte, um Punkt 1 ihres Tätigkeitsprogramms zu erfüllen, hielt die Union eisern an ihrem „Maximalprogramm“ fest und wollte mit diesem dem Landtag vorschreiben, was er zu tun hat. Die Fortschrittliche Bürgerpartei ließ sich von diesem sturen Standpunkt der Union jedoch nicht beeindrucken. Für sie war der Landtag nicht zum Streiten, sondern zum Arbeiten da.

Sie zögerte nicht und setzte die Vorlage des Gesetzes „Förderung des Baues von Eigenheimen“ auf die Tagesordnung, ohne sich um die Proteste der Union zu kümmern, die das mit allen Mitteln verhindern wollte. Die Fraktion der Union sah sich schließlich, wenn auch widerwillig, gezwungen, mitzuberaten. Ihre ganze Leistung bestand darin, die Vorlage mit unbrauchbaren Zusatzanträgen zu gefährden. ^{siehe die entsprechenden Landtagsprotokoll}

Aus einer Rede von Regierungschef Alexander Frick:

Der 23. März soll der Union zeigen, daß das liechtensteinische Volk nicht willens ist, seine wirtschaftliche Entwicklung durch politische Mächenschaften gefährden zu lassen.

Fest steht eines:

Die Bürgerpartei hat seit den Wahlen am 1. September 1957 bereits einen Hauptpunkt ihres Tätigkeitsprogramms erfüllt.

Die Union dagegen wußte nichts Besseres zu tun, als immer wieder mit Streik und Obstruktion zu drohen!

Das ganze Volk konnte diese Tatsache selbst verfolgen! Der Beweis liegt in seinen Händen!

Die Hochblüte unseres Landes ist der öffentliche Beweis für unser fortschrittliches Denken, Planen und Wirken.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei wird weiterhin eintreten für Gott, Fürst und Vaterland

Der 23. März soll der Union zeigen, daß das liechtensteinische Volk nicht willens ist, seine wirtschaftliche Entwicklung durch politische Mächenschaften gefährden zu lassen.

Die fortschrittliche Bürgerpartei hat die Erwartungen des Volkes nicht enttäuscht! Das überliess sie der Union!

Die Erfüllung dieses Arbeitsprogramms ist von einem Mann garantiert worden, der seit mehr als 12 Jahren für Volk und Land das Beste leistet:

Regierungschef Alexander Frick

Wähler aller Berufsstände, ob Arbeiter, Bauer, Gewerbetreibender usw.

denkt daran:

Nur mit der Liste der Fortschrittlichen Bürgerpartei wird auch die Wahl jenes Mannes gesichert, der das überwältigende Vertrauen unseres Volkes genießt.

Gebt Eure Stimme der Bürgerpartei, damit wählt Ihr gleichzeitig Regierungschef Frick

Wahlkampf März 1958

Reform der Landesverwaltung – Abgrenzung der Aufgaben

Wiederherstellung Selbständigkeit der Gemeinden

Sorge für Invalide

Verbesserung Krankenfürsorge

Ausbau sozialer Wohnungsbau, Mietzinsbeiträge,

Reservierung Baugrund für Eigenheime

Massnahmen für bäuerliche Betriebe

Anpassung Eherecht im Einvernehmen mit kirchlichen Instanzen

Stützung und Schutz für einheimisches Gewerbe

Ausbau Fremdenverkehr

Gerechte Besteuerung der kleinen und mittleren Einkommen

Grosszügige Stipendienordnung

Zinslose Darlehen für begabte Jugendliche

Steuerbefreiung der Lehrlinge

Prüfung Real-, Sekundar- und Volksschulwesen

Unterstützung Jugendorganisationen, Schaffung von Jugendheimen

Quelle: Vaterland, 20.3.1958

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz: Jährl. Fr. 12.50, halbj. 6.25, viertelj. 3.15; Ausland: Jährl. Fr. 17.—, halbj. 8.50, viertelj. 4.25; Uebersee: Jährlich Fr. 21.—, halbjährlich Fr. 10.50, viertelj. Fr. 5.25. Bestellungen durch die Postämter, die Verwaltung des «Vaterland» in Vaduz, Tel. (075) 2 19 88, für die Schweiz auch J. Kuhn's Erben, Buchs (SG), Tel. (085) 6 14 74



Anzeigenpreise: Die einzellige Milimeterzeile
Inland 8 Rp. 21 Rp.
Ausgewandertes Rhodetal (Sargans-Genzwald) 10 Rp. 23 Rp.
Uebrig Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
Ausland 13 Rp. 29 Rp.

LIECHTENSTEINER VATERLAND

ORGAN FÜR AMTLICHE KUNDMACHUNGEN

Geschäftsstellen: Schriftleitung in Vaduz, Verwaltung in Vaduz (Liechtenstein). Postcheckkonto: «Liechtensteiner Vaterland», Vaduz, St. Gallen IX 5473.
Druckerei: J. Kuhn's Erben, Buchs, Fernsprecher Buchs (085) 6 14 74. Allhinge Inseratenannahme für Schweiz und Ausland: «Publicitas AG», St. Gallen, und andere Filialen.

Unser Programm:

Reform der Landesverwaltung,
planmäßige Aufteilung der Ämter,
genaue Abgrenzung der Aufgaben
und Ressorts, sowohl unter den Äm-
tern als auch innerhalb der Regierung!

**Wiederherstellung der Selbständig-
keit der Gemeinden!**

Vermehrte Sorge für die Invaliden!

Verbesserung der Krankenfürsorge!

**Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
unter Berücksichtigung der finanziell
schwachen Schichten durch Mietzins-
beiträge, Reservierung von Baugrund
für Eigenheime, Bausparkasse und
Wohnungseigentum!**

**Massnahmen zur Erhaltung
bäuerlicher Betriebe,**
Bodenverbesserung, Rationalisierung
und Bodenzusammenlegung. Mass-
nahmen gegen Bodenspekulation!

**Anpassung unseres Eherechtes
an die veränderten Verhältnisse im
Einvernehmen mit den kirchlichen
Instanzen!**

**Stützung und Schutz für das
liechtensteinische Gewerbe!**

Ausbau des Fremdenverkehrs!

**Sozial gerechte Besteuerung der
kleinen und mittleren Einkommen!**

**Großzügige Handhabung der Stipendien-
ordnung!**

**Zinslose Darlehen für begabte Jugendliche,
die sich aus Mangel an finanziellen Mitteln
sonst keine Studien leisten können!
Schaffung von Lehrwerkstätten und Ab-
haltung von Fachkursen!**

Steuerbefreiung der Lehrlinge!

**Prüfung des Real-, Sekundar- und Volks-
schulwesens!**

Unterstützung der Jugendorganisationen!

Schaffung von Jugendheimen!

Die Männer, welche dieses Pro- gramm verwirklichen wollen:

Wahlkreis Oberland:

Dr. Alois Vogt, a. Regierungschefstellverttr., Vaduz
Johann Beck, Arbeiterpräsident, Triesenberg 192
Andreas Vogt, Installateur, Balzers 281
Roman Gafner, Bauunternehmer, Vaduz
Hans Hilti, Metzgermeister, Schaan 86
Gustav Ospelt, Beamter, Triesenberg 59
Engelbert Banzer, Kaufmann, Triesen
Dr. Walter Oehry, Rechtsanwalt, Vaduz
Johann Wächter jun., Arbeiter, Schaan

Wahlkreis Unterland:

Johann Georg Hasler, Vorsteher, Eschen
Alois Oehri, Landwirt, Gamprin 56
Paul Büchel, Landwirt, Ruggell 18
Dr. Franz Nägele, Zahnarzt, Eschen
Paul Oehri, Arbeiter, Mauren 12
Stefan Goop, Landwirt, Schellenberg 33

Wahlkampf März 1958

Die schwere Schuld der Bürgerpartei

Der Kampf um das Recht

Warum wir wählen?

„Es ist kein Recht verletzt!“ sagen die Herren der Bürgerpartei, obwohl die Stimmzettel der letzten Landtagswahlen in Mauren unverpackt auf den Tischen herumlagen!

„Es ist kein Recht verletzt!“ sagen die Herren der Bürgerpartei, obwohl ihre eigenen Partelleute ganz offen zugeben, daß sie in einem ähnlichen Fall auch zur Wahlbeschwerde gegriffen hätten!

**Unser Kampf geht um Wiederherstellung
des verletzten Rechts!**

Quelle: Vaterland, 21.3.1958

zwischen der Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei und derjenigen der Vaterländischen Union vom 12. November 1957:

Die beiden Fraktionen erklären sich dem Wunsche Seiner Durchlaucht des Landesfürsten entsprechend bereit, sich auf folgendes Maximalprogramm des gegenwärtigen Landtages festzulegen:

1. Die Bestellung des Landtagsbüros wird heute vorgenommen.
2. In der nächsten Sitzung des Landtages wird die Wahl der Regierungsräte vorgenommen.
3. Es wird ein Budgetviertel für das Jahr 1958 bewilligt.
4. Der Landtag nimmt sofort die Beratung über eine Aenderung der Verfassung und der Wahlgesetze im Sinne der von Seiner Durchlaucht dem Landesfürsten in Seiner Thronrede geküsserten Wünsche vor. Ausserdem werden Verfassung und Gesetz in dem Sinne geändert werden, dass der Staatsgerichtshof anstelle des Landtages und der Regierung für die Behandlung und Entscheidung von bzw. über Wahlbeschwerden zuständig erklärt wird.
5. Dieses Wahlgesetz ist bereits in der ersten Geschäfts-sitzung des Landtages als Regierungsvorlage einzubringen. Die Beratungen darüber sind so zu fördern, dass Verfassungs- und Wahlgesetzänderung bis Ende dieses Jahres verabschiedet sind.
6. Die Fraktion der Vaterländischen Union erklärt, über dieses Maximalprogramm hinaus im Landtage keine Tätigkeit aufzunehmen. Hinsichtlich einer vorzeitigen Auflösung des bestehenden Landtages erklärt die Fraktion der Bürgerpartei, sich den Resolutionen Seiner Durchlaucht des Landesfürsten zu fügen. Um rechtzeitige Neuwahlen sicherzustellen, wird dieses Maximalprogramm bis Ende dieses Jahres verabschiedet.

12. November 1957.

FR FORTSCHRITTLICHEN
BÜRGERPARTEI:

FRAKTION DER VATERLÄNDISCHEN
UNION:

Landtagswahlen 23. März 1958 – Kandidaten OBERLAND

Fortschrittliche Bürgerpartei:

Dr. Josef Hoop, alt Regierungschef, Vaduz
Dr. Martin Risch, fürstl. Sanitätsrat, Vaduz
Josef Büchel, Arbeiter, Balzers 95
Hans Gaßner, Vorsteher, Triesenberg
Fidel Brunhart, Vorsteher, Balzers
Stefan Wachter, Vize-Vorsteher, Schaan
Neu Meinrad Ospelt, Vize-Vorsteher, Vaduz
Franz Josef Schurte, Landwirt, Triesen
Albert Laternser, Arbeiter, Vaduz

- **Nicht mehr:** Ing. agr. Ernst Ospelt, Vaduz
- Josef Büchel von Platz 8 auf 3
- **Neu:** Meinrad Ospelt

Vaterländische Union:

Dr. Alois Vogt, Rechtsanwalt, Vaduz
Johann Beck, Arbeiterpräsident, Triesenberg
Andreas Vogt, Installateur, Balzers 281
Roman Gaßner, Bauunternehmer, Vaduz
Neu Hans Hilti, Metzgermeister, Schaan
Neu Gustav Ospelt, LKW-Beamter, Triesenberg 59
Neu Engelbert Banzer, Kaufmann, Triesen 10
Neu Dr. Walter Oehri, Rechtsanwalt, Vaduz
Neu Hans Wachter, Arbeiter, Schaan 474

- **Nicht mehr:** Dr. Alois Ritter, Ludwig Beck, Josef Gassner, Wendelin Beck, Josef Büchel
- Dr. Alois Vogt von Platz 4 auf 1
- **Neu:** Hans Hilti, Gustav Ospelt, Engelbert Banzer, Dr. Walter Oehri, Hans Wachter



Landtagswahlen 23. März 1958 – Kandidaten UNTERLAND

Fortschrittliche Bürgerpartei:

Georg Oehri, Vorsteher, Schellenberg
Dr. Ernst Büchel, Rechtsanwalt, Gamprin
Leo Gerner, Müller, Eschen
Alfons Büchel, Posthalter, Mauren
Engelbert Kranz, Arbeiter, Nendeln
Josef Oehri, Kaufmann, Ruggell

- Josef Oehri von Platz 3 auf 6
- Leo Gerner von 5 auf 3
- Engelbert Kranz von 6 auf 5

Vaterländische Union:

Johann Georg Hasler, Vorsteher, Eschen
Alois Oehri, Landwirt, Gamprin 56
Paul Büchel, Landwirt, Ruggell 18
Dr. Franz Nägele, Zahnarzt, Eschen
Paul Oehri, Arbeiter, Mauren 12
Stefan Goop, Landwirt, Schellenberg 33

Neu

Neu

- **Nicht mehr:** Gebhard Gerner, Arbeiter, Eschen, Felix Hasler, Arbeiter, Ruggell
- Alois Oehri von Platz 5 auf 2
- Paul Büchel von 2 auf 3
- Paul Oehri von 4 auf 5
- **Neu:** Dr. Franz Nägele, Stefan Goop



Volkspartei – Heimatdienst – Vaterländische Union

**Dr. Alois Ritter
(1897-1966)
Ruggell – Vaduz
Rechtsanwalt**



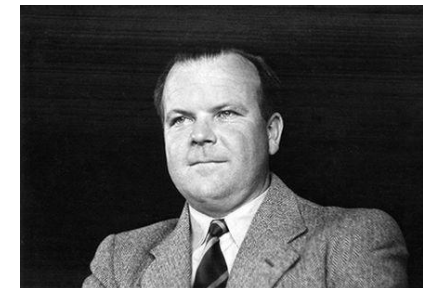
- 1926-36 Partner des Volkspartei-Gründers Wilhelm Beck
- 1928-28 Herausgeber «Liechtensteiner Volkswirt»
- **1936-40 VU-Vizepräsident**
- Sozial- und demokratiepolitische in Volkspartei-Tradition
- **1945-58 Landtagsabgeordneter**

**Dr. Otto Schädler
(1898-1965)
Balzers – Vaduz
Arzt**



- 1933 Mitbegründer des autoritär und ständestaatlich orientierten Liechtensteiner Heimatdienstes
- 1935/36 Mitbegründer der Vaterländischen Union (Volkspartei + Heimatdienst)
- **1935-1965 VU-Präsident**
- Kontakte zu nationalsozialistischen Stellen
- **1936-45 und 1962-65 Landtagsabgeordneter**

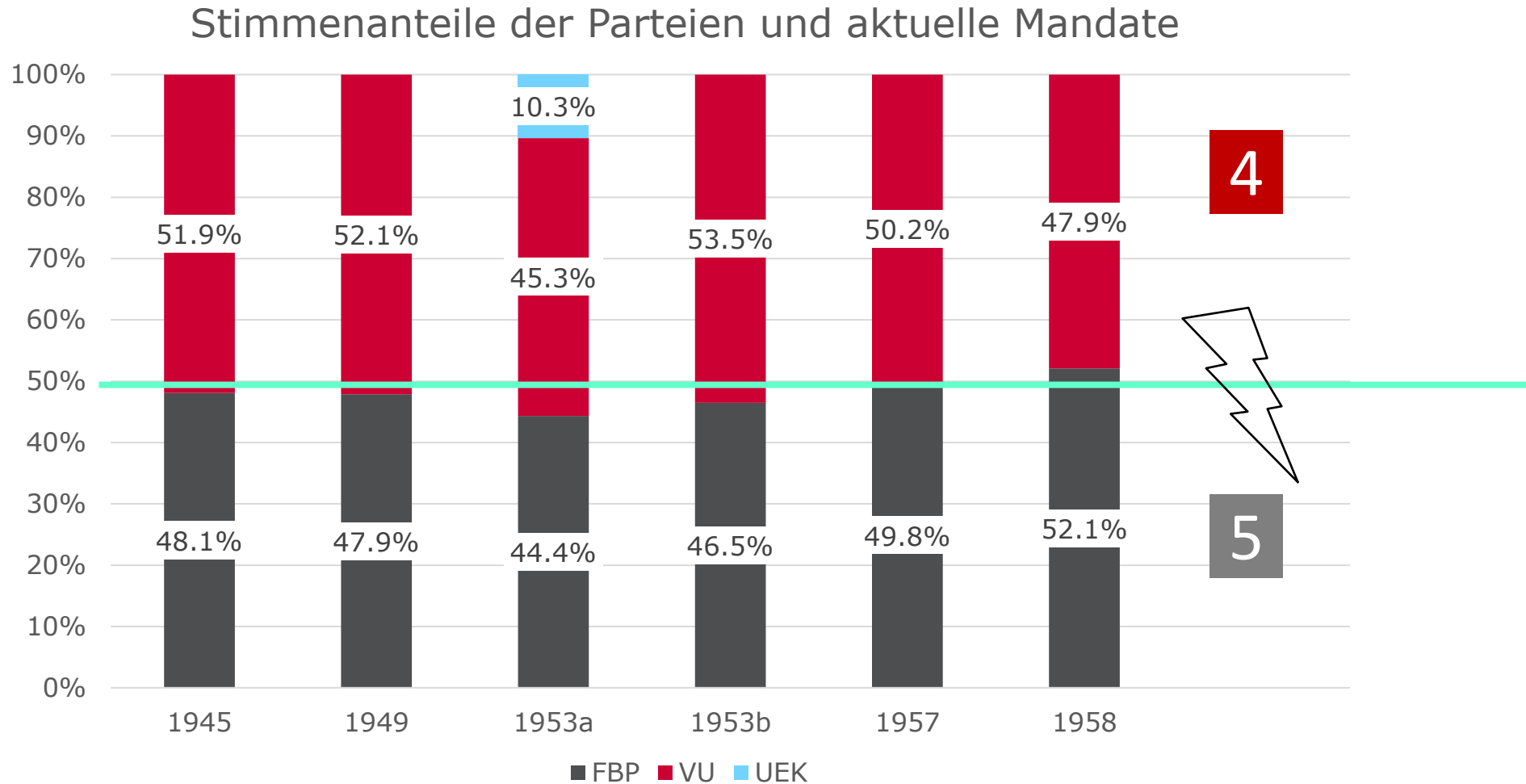
**Dr. Alois Vogt
(1906-1988)
Balzers – Vaduz
Rechtsanwalt**



- 1933 Mitbegründer Heimatdienst
- 1935/36 Mitbegründer der Vaterländischen Union
- **1936-40 VU-Parteisekretär**
- Kontakte zu nationalsozialistischen Stellen
- 1939 Vereitelung des Anschlussputsches
- **1938-45 Reg.-Chef-Stellvertreter**
- **1949-66 Landtagsabgeordneter**
- **1962-65 Regierungsrat**



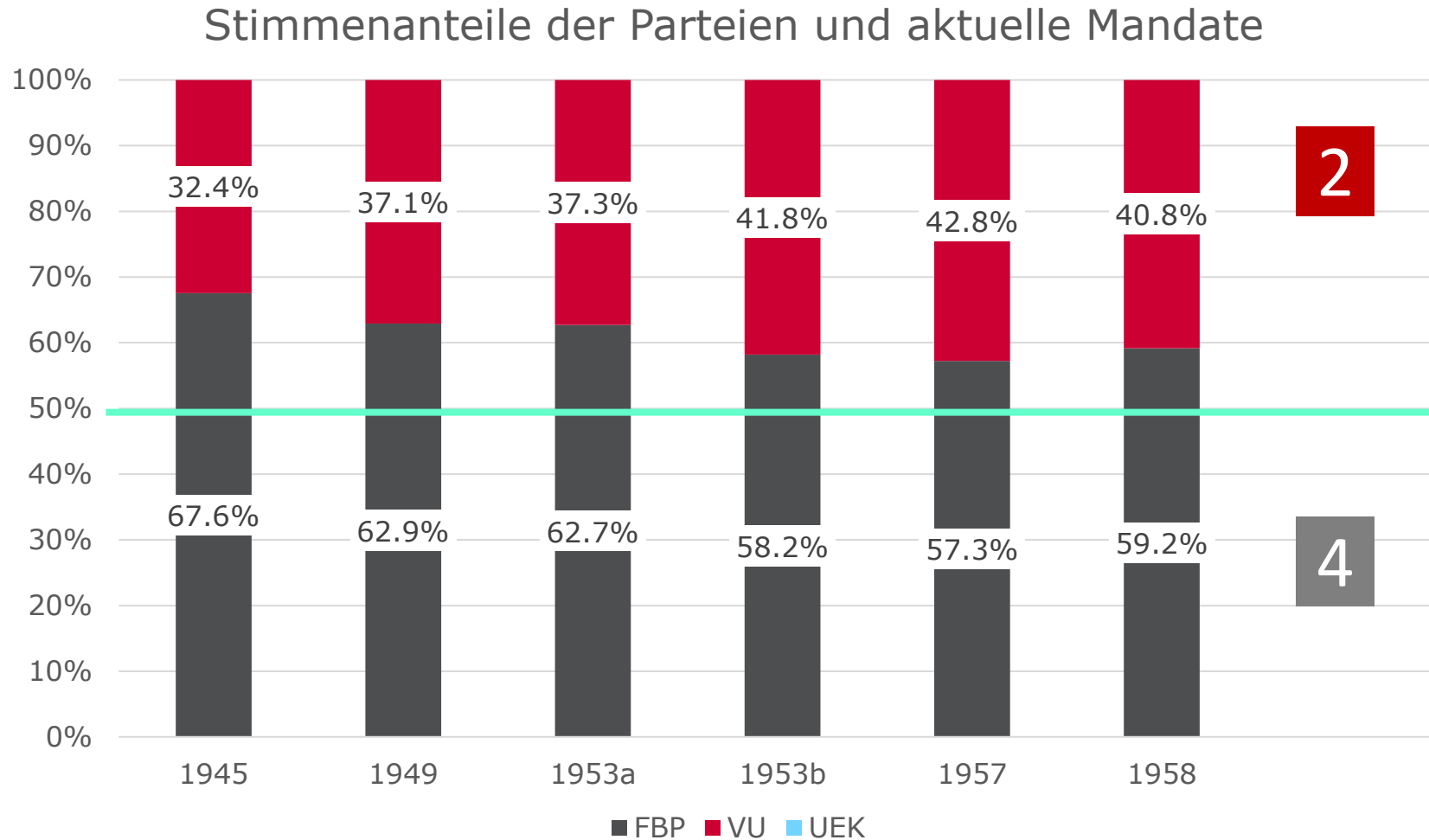
Landtag Wahlresultat OBERLAND 1945–1958



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



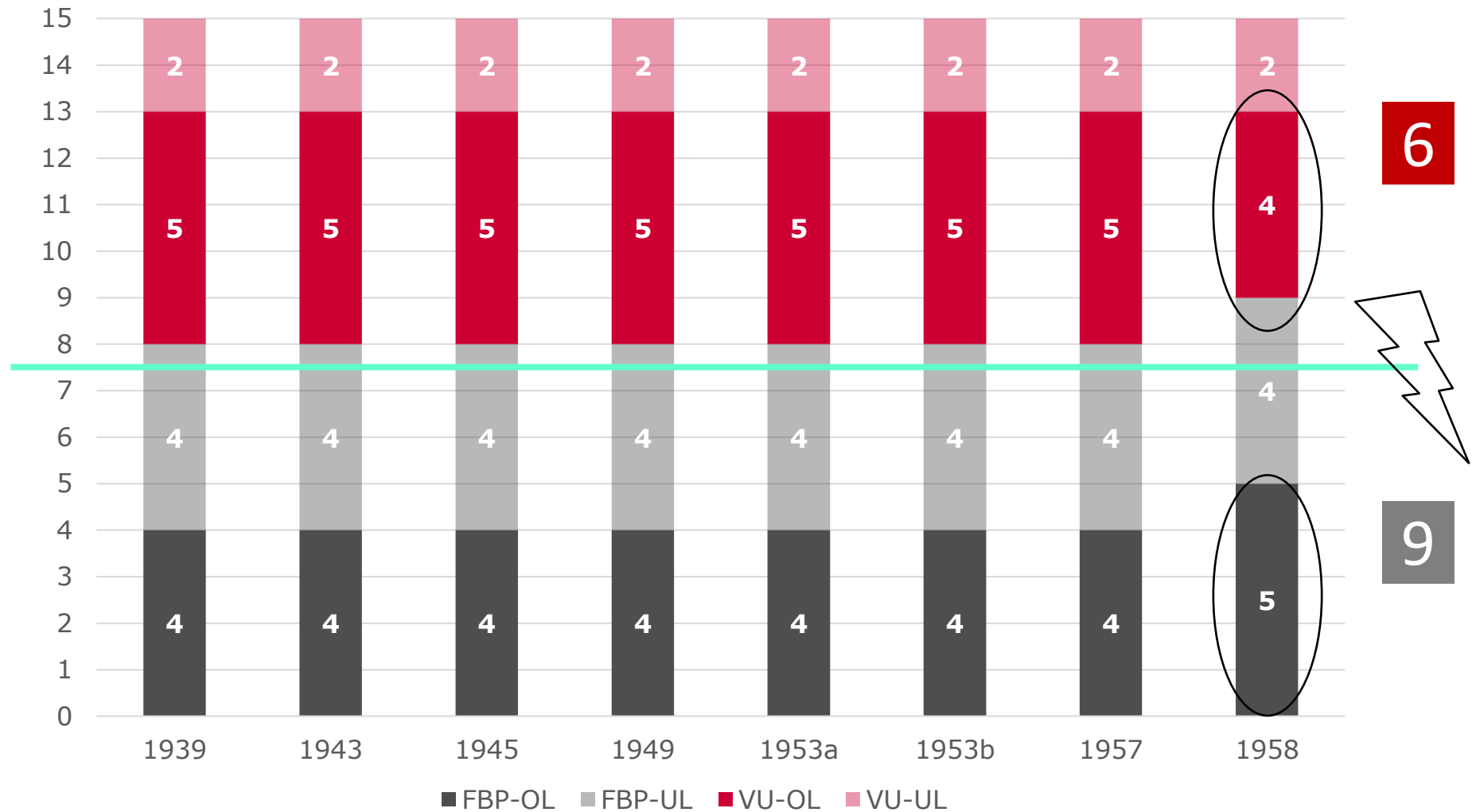
Landtag Wahlresultat UNTERLAND 1945–1958



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse/Eigene Berechnung und Darstellung (W. Marxer)



Mandate 1939 bis 1958 – OL und UL



Landtagswahlen 23. März 1958 – Gewählte OBERLAND

Fortschrittliche Bürgerpartei:

- Dr. Josef Hoop, alt Regierungschef, Vaduz
- Dr. Martin Risch, fürstl. Sanitätsrat, Vaduz
- Josef Büchel, Arbeiter, Balzers 95
- Abwahl** ● Hans Gaßner, Vorsteher, Triesenberg
- Fidel Brunhart, Vorsteher, Balzers
- Stefan Wachter, Vize-Vorsteher, Schaan
- Neu** ● Meinrad Ospelt, Vize-Vorsteher, Vaduz
- Franz Josef Schurte, Landwirt, Triesen
- Albert Laternser, Arbeiter, Vaduz

Vaterländische Union:

- Dr. Alois Vogt, Rechtsanwalt, Vaduz
- Johann Beck, Arbeiterpräsident, Triesenberg
- Andreas Vogt, Installateur, Balzers 281
- Roman Gaßner, Bauunternehmer, Vaduz
- Neu** ● Hans Hilti, Metzgermeister, Schaan
- Neu** ● Gustav Ospelt, LKW-Beamter, Triesenberg 59
- Neu** ● Engelbert Banzer, Kaufmann, Triesen 10
- Neu** ● Dr. Walter Oehri, Rechtsanwalt, Vaduz
- Neu** ● Hans Wachter, Arbeiter, Schaan 474



Landtagswahlen 23. März 1958 – Gewählte UNTERLAND

Fortschrittliche Bürgerpartei:

- Georg Oehri, Vorsteher, Schellenberg
- Dr. Ernst Büchel, Rechtsanwalt, Gamprin
- Leo Gerner, Müller, Eschen
- Alfons Büchel, Posthalter, Mauren
- Engelbert Kranz, Arbeiter, Nendeln
- Josef Oehri, Kaufmann, Ruggell

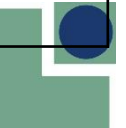
Vaterländische Union:

- Johann Georg Hasler, Vorsteher, Eschen
- Alois Oehri, Landwirt, Gamprin 56
- Paul Büchel, Landwirt, Ruggell 18
- Neu** Dr. Franz Nägele, Zahnarzt, Eschen
- Paul Oehri, Arbeiter, Mauren 12
- Neu** Stefan Goop, Landwirt, Schellenberg 33



Regierungen 1945–1962

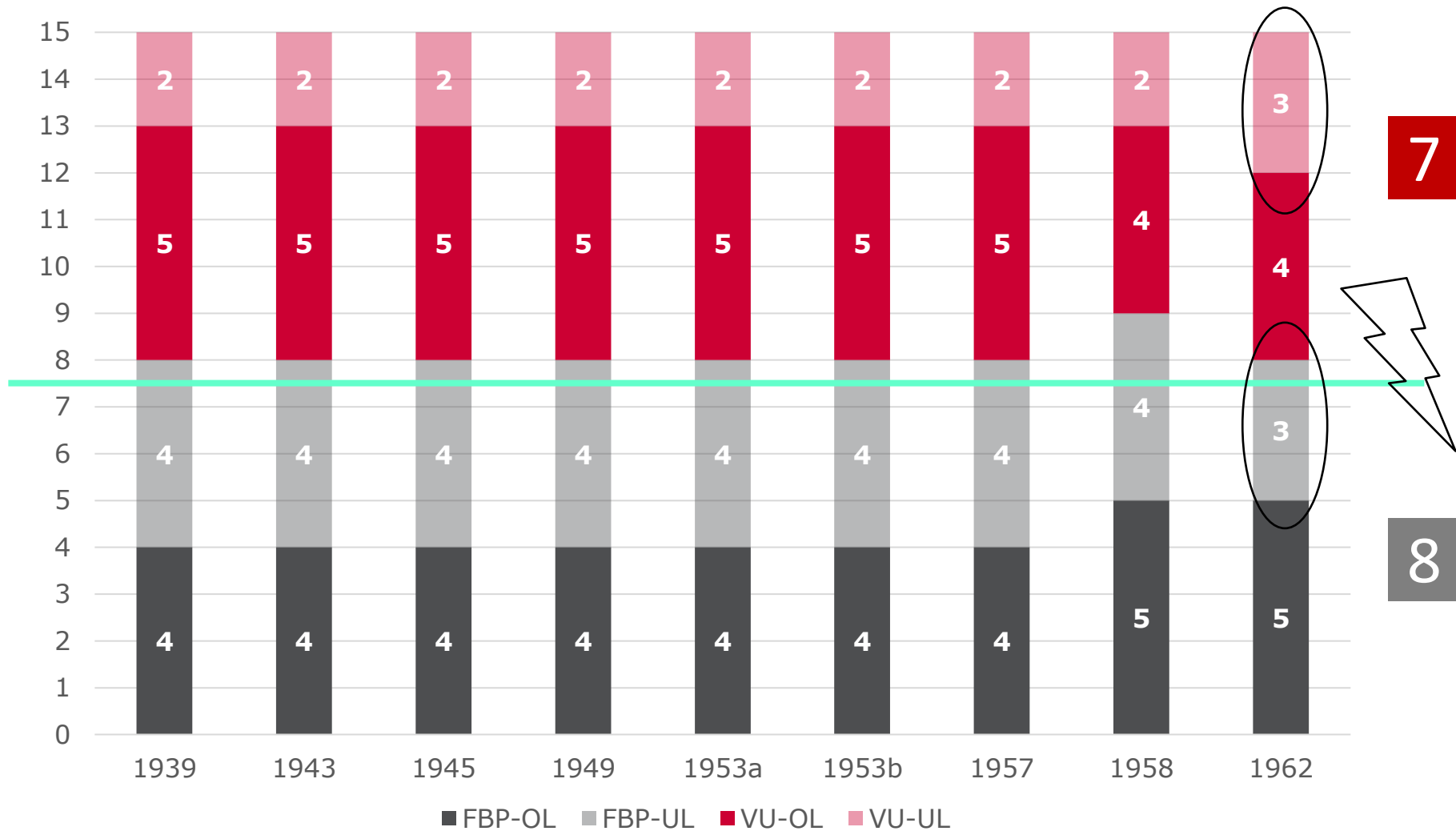
Jahr	LT-Wahl	LT-Sitzung	Regierungschef	Regierungschef-Stellvertreter	Regierungsrat	Jahr
1945	29.4.	3.9.	Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz	Franz Hoop, Ruggell Alois Wille, Balzers	1945
1946						1946
1947						1947
1948						1948
1949	6.2.	8.4.			Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz
1950			1950			
1951			1951			
1952			1952			
1953	15.2. / 14.6.	20.8.	Alexander Frick, Schaan	Ferdinand Nigg, Vaduz		
1954					1954	
1955					1955	
1956					1956	
1957	1.9.	31.12.			Alexander Frick, Schaan	Josef Büchel, Triesen
1958-62	23.3.58	13.5.1958 / 1.5.1959	Josef Oehri, Ruggell Dr. Ivo Beck, Vaduz (bis 1959) Gottfried Hilti, Schaan (ab 1959)	1958		



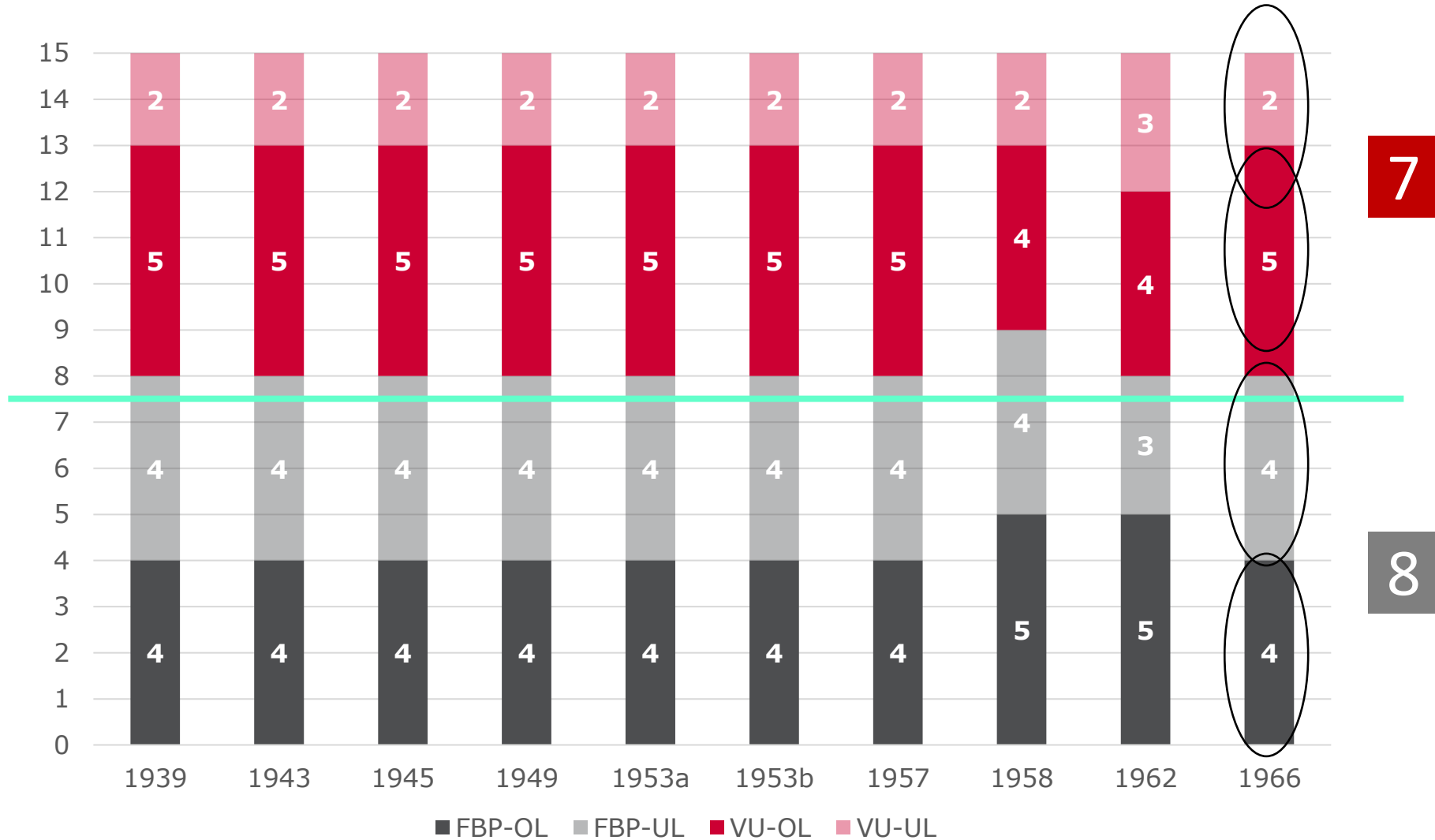
Ausblick



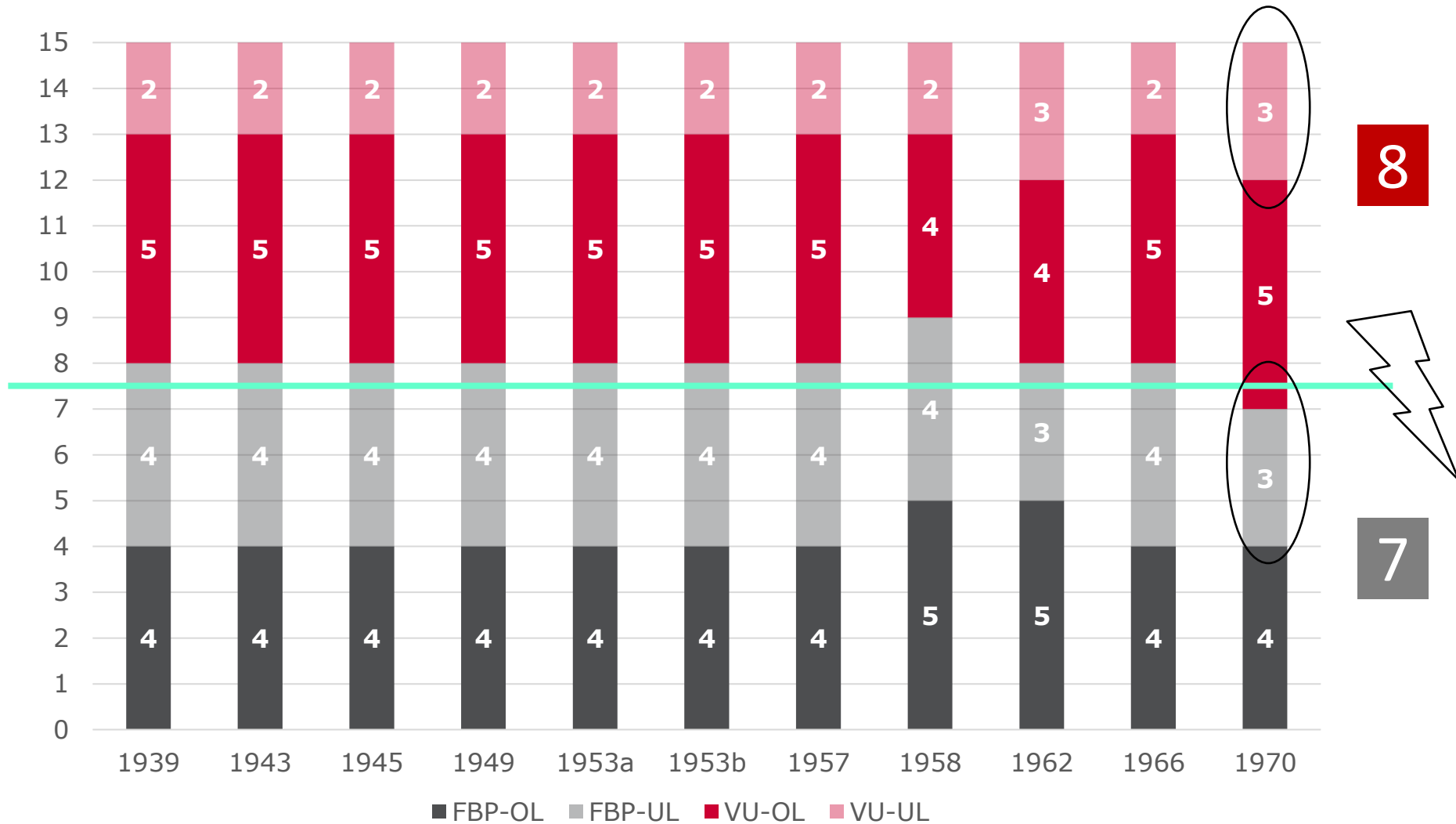
Mandate 1939 bis 1962 – OL und UL



Mandate 1939 bis 1966 – OL und UL



Mandate 1939 bis 1970 – OL und UL





LIECHTENSTEIN-INSTITUT

22. September 2020

Kriegsende und Nachkriegszeit – Konturen einer neuen Ära Politik und Gesellschaft in Liechtenstein nach 1945

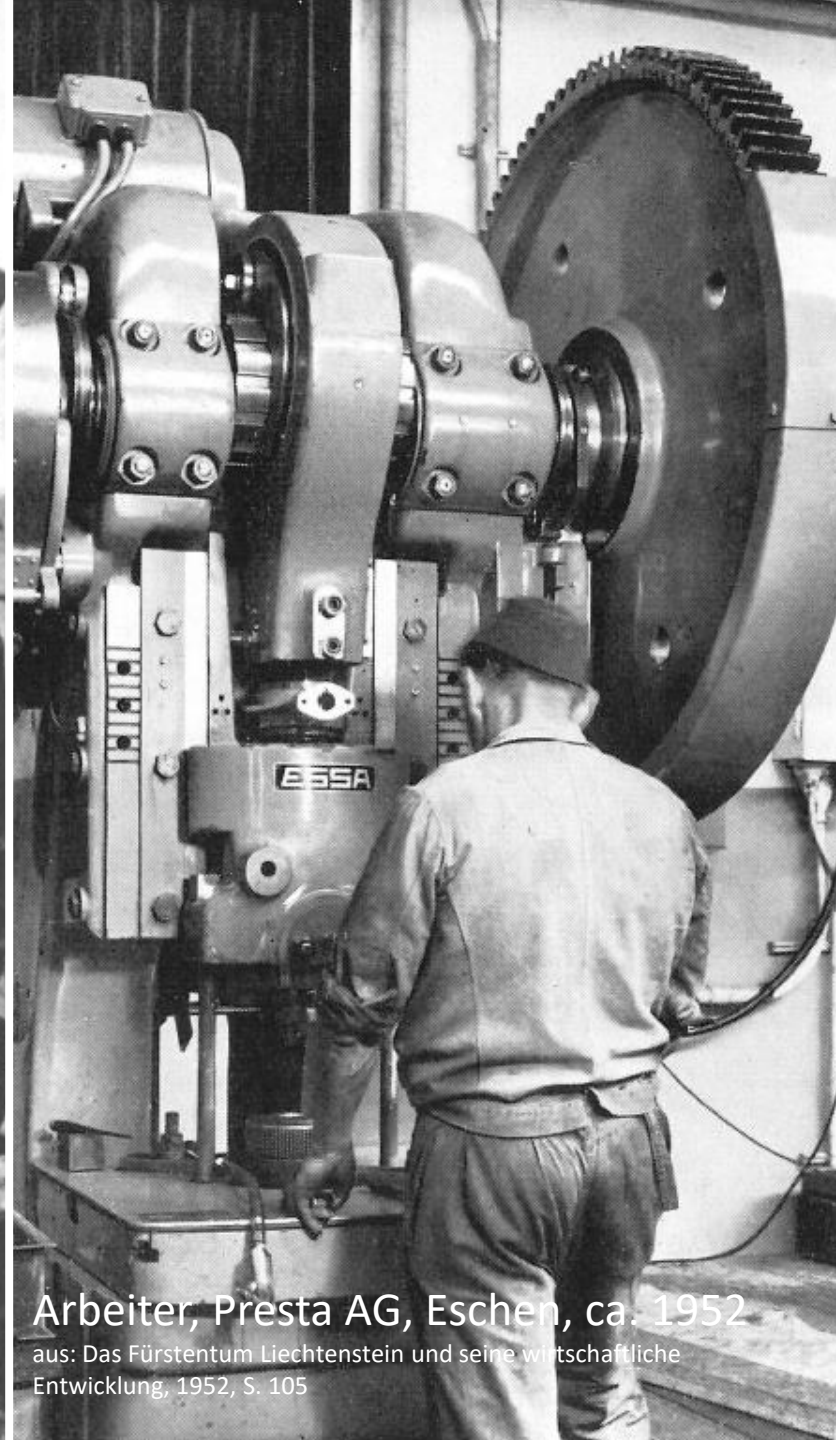
Wilfried Marxer | Fabian Frommelt





Bauernfamilie mit erstem Traktor in
Triesenberg, 1955

aus: Heimelige Zeiten Nr. 12 (2008), S. 93



Arbeiter, Presta AG, Eschen, ca. 1952

aus: Das Fürstentum Liechtenstein und seine wirtschaftliche
Entwicklung, 1952, S. 105

Gesellschaft



Technische Angestellte, Hilti AG,
Schaan, 1960er-Jahre

aus: C.M. Merki: Wirtschaftswunder Liechtenstein, 2007, S. 83

Erbprinz Alois am **12. Juli 2006** beim Staatsakt zum Jubiläum „200 Jahre Souveränität“:

„Als armer **Agrarstaat** und in den ersten Jahren des Aufschwunges **nach dem Zweiten Weltkrieg** hatte Liechtenstein eine **sehr homogene Bevölkerung**.

Heute haben wir einen **Ausländeranteil** von über 34 Prozent und aufgrund des mit dem Aufschwung einhergehenden **Verlustes der bäuerlichen Strukturen** treten auch bei den Einheimischen immer grössere Unterschiede auf, was **Einkommen, Lebensstil** und **Lebensphilosophie** betrifft.“

Liechtensteiner Volksblatt, Extrablatt vom 13.7.2006, S. 5



Gesellschaft: Überblick

- soziale Schichtung im öffentlichen Diskurs
- soziale Schichtung in den Volkszählungen 1941, 1950, 1960
- Lage der sozialen Schichten
- gesellschaftliche Spannungsfelder



Vaduz, Dienstag, den 22. März
1949, 83. Jahrgang, Nr. 34

Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

Liechtensteiner Volk

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.—, halbjährlich Fr. 7.—, vierteljährlich Fr. 3.60, Ausland halbj. Fr. 13.—, vierteljährlich Fr. 6.50, Amerika ganzl. Fr. 28.—, Postamtlich bestellt 30 Rp. Zuschlag Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Ha (Rheintal) Tel. Nr. 7 81 60, Schriftleitung, Verwaltung: Vaduz, Telefon Nr. 43



Druck für amtliche Druckmedien

Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

Erweiterung der Volksrechte

Als die Zahl der liechtensteinischen Abgeordneten im letzten Jahrhundert auf 15 festgesetzt wurde, war Liechtenstein ein ausgesprochen kleinbäuerliches Land. Industrie war noch schwach vertreten und die **Stände** hatten sich noch in keiner Weise ausgeschieden. In den letzten Jahrzehnten, vorab seit dem letzten Weltkriege aber hat die liechtensteinische Wirtschaft einen ungeahnten Aufschwung genommen. Wir haben ganz ausgeprägt den **Stand der Arbeiter, den Stand der Gewerbetreibenden und den Stand der Landwirte**. Damit bleibt allerdings bestehen, daß die einzelnen Stände vielfach ineinander übergehen.

18. März 1945: Volksabstimmung Erhöhung der Landtagsabgeordneten von 15 auf 21

Befürwortender Artikel im Liecht. Volksblatt, 10.3.1945:

- «Stände»: «Arbeiter», «Gewerbetreibende», «Landwirte»
- bessere Vertretung der «Stände» im Landtag



Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

Regierungserklärung von **Regierungschef Alexander Frick** am 18. Sept. 1945

ser Weisung der Verfassung wird es sich die Regierung ange-
legen sein lassen, am Ausbau der drei Säulen unserer Volks-
wirtschaft, des **Bauernstandes**, des **Gewerbes** und der **Industrie**
und des Arbeiterstandes, weiter zu arbeiten. Dem **Nährstande**
wird die Regierung jene Sorgfalt angedeihen lassen, die seiner

Landtagsprotokoll vom 18. September
1945 (www.e-archiv.li)

- «drei Säulen der Volkswirtschaft»:
- «Bauernstand» («Nährstand»)
 - «Gewerbe und Industrie» (Selbständige)
 - «Arbeiterstand»



Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

ten? Ihr besitzt eine bedeutende Bauernbevölkerung und dazu auch noch eine ansehnliche Zahl von Industriearbeitern. Die Interessen sind nicht bei allen die gleichen. Daraus entstehen leicht Schwierigkeiten und schmerzliche Reibungen. Daß man nicht immer sofort gleicher Meinung sein kann, ist begreiflich und menschlich. Es ist aber nicht christlich, wenn wir nicht in Ruhe und Klarheit, ohne Leidenschaft, miteinander reden können. Ist es nicht unklug, seine Stellung fest zu beziehen, bevor man auch die Leiden der anderen Klasse gründlich erforscht hat? Sobald der Fabrikarbeiter wahrnimmt, wie der Bauer das Brot aus der Scholle im Schweisse seines Angesichtes schlagen muß, wird auch er gerechter dessen Lage beurteilen. Der Bauer ist der Nährstand des Landes. Arm und Reich, Arbeiter und Bauer, Fürst und König, Priester u. Volk müssen aus der gleichen Scholle das Brot haben. Andererseits muß die Bauernbevölkerung auch dessen bewußt sein, daß die Industrie die Lebenshaltung ergänzt, den Wohlstand vermehrt und den Güteraustausch innert und außerhalb des Landes besorgt. Hütet euch vor dem widerlichen politischen Klassenkampf! Lasset euch gesagt

Festpredigt des Churer **Bischofs Christian Caminada** zu 250-Jahre Liechtensteiner Unterland, 16. März 1949

- «Bauernbevölkerung» und «Industriearbeiter»
- «Stände» und «Klassen», «Nährstand»
- «Arm und Reich, Arbeiter und Bauer, Fürst und König, Priester u. Volk»

sich, beide hat der Herrgott gemacht.“ Der größte Lohn, den euer Fürstenhaus für seine Bemühungen und Opfer zugunsten des Wohlstandes seines Landes verlangen darf, ist gewiß, daß ihr ein Volk des Friedens und der Eintracht seid, wo ein Stand den anderen, eine Klasse die andere ohne politische Aufwühlung zu verstehen sucht. Das Haus eueres Fürsten



Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

Rede von **Regierungschef Alexander Frick** zu 150 Jahre Souveränität am 9. Sept. 1956:

sen. Gerade die heutige Zeit, die infolge des unaufhörlichen technischen Fortschrittes soviel in Wirtschaft und sozialer Struktur verändert hat, verlangt auch von unserem Volke die Einsicht und den Mut, die nötigen Aenderungen und Ergänzungen in der Gesetzgebung anzubringen. Wir sind eine winzig kleine Nation

[...]

bar wäre. In engem Zusammenwirken von Maßnahmen der Wirtschaft und staatlichen Vorkehren wird es uns sicher gelingen, die Existenzgrundlagen auch in der derzeitigen großen Uebergangszeit für möglichst alle Stände so zu gestalten, daß niemand mit Grund mit unseren Verhältnissen unzufrieden sein kann. Halten

[...]

Heute, an diesem Jubeltage, rufe ich Euch alle auf, Euch Oberländer und Unterländer, Euch Balzner und Ruggeller, Triesner und Gampriner, Triesenberger und Schellenberger, Vaduzer und Eschner, Schaaner, Plankner und Maurer, Euch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Euch Bauern und Gewerbetreibende, Euch Vertreter der freien Berufe, Euch Jung und Alt sich zu besinnen auf unsere gemeinsame Verantwortung. Seit 150 Jahren bilden wir das

Liechtensteiner Volksblatt
vom 11.9.1956, S. 4

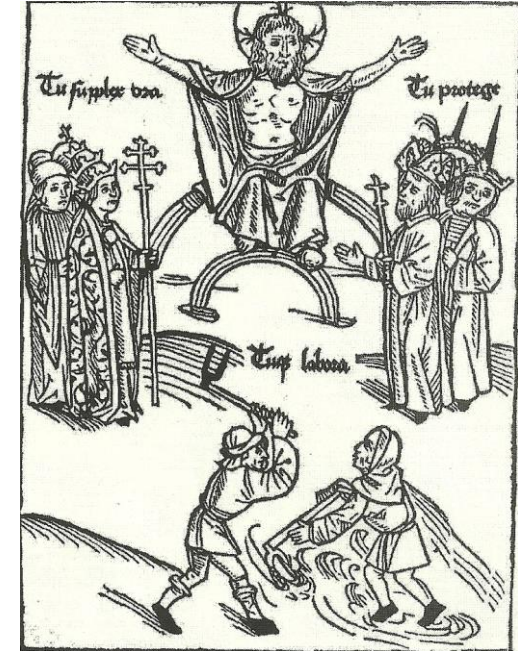
- Veränderung der sozialen Struktur
- Stände
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Bauern und Gewerbetreibende, freie Berufe



Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

«Stände»

- «Stand der Arbeiter», «Stand der Gewerbetreibenden», «Stand der Landwirte»
→ **Berufsstände, Ständestaat:**
 - im 19. Jahrhundert entwickeltes Gesellschaftsmodell
 - Wirtschaft: Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassende Berufsstände anstelle von Gewerkschaften
 - Staatsgewalt: berufsständisch organisierte Kammern anstelle von Parlament und Parteien
 - autoritärer «Ständestaat» in Österreich 1934–1938 (Dollfuß/Schuschnigg)
 - Liechtensteiner Heimatdienst (1933–1936)
- «Nährstand», «Arm u. Reich, Arbeiter u. Bauer, Fürst u. König, Priester u. Volk»
→ **mittelalterliche Stände-Ideologie:** Lehrstand (Klerus) – Wehrstand (Adel)
– Nährstand (Bauern)



mittelalterliche Ständeordnung
Johannes Lichtenberger, 1488
<https://commons.wikimedia.org>



Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

«Klasse»

- Karl Marx: Klassengesellschaft (Kapitalisten, Proletariat), Klassenkampf
- Soziologischer Analysebegriff, z.B. bei Max Weber (Erwerbs-, Besitz-, und Soziale Klassen)

«Schicht», soziale Schichtung

- «**vertikale Strukturen sozialer Ungleichheit** innerhalb einer Gesellschaft»
- «von der **Berufshierarchie** ausgehende, vertikale Ungleichheitsgefüge entwickelter Industriegesellschaften»
- Berufsprestige, Einkommen, Vermögen, (Aus-)Bildung, Machtstellung

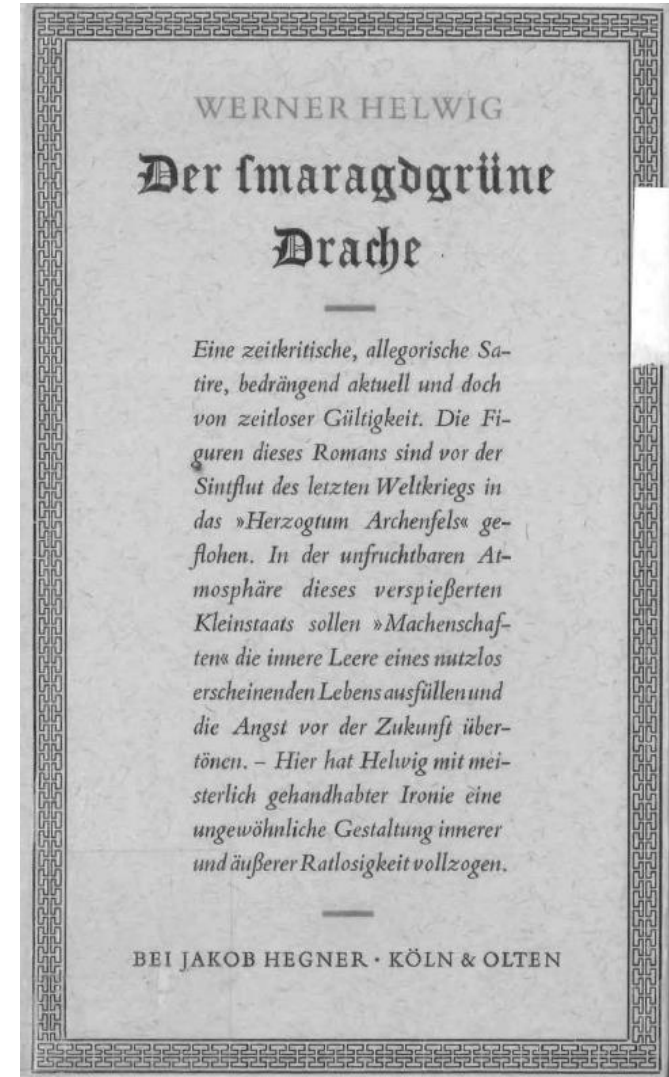
(Reinhold: Soziologie-Lexikon, 1991, S. 528)



Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

Werner Helwig: „**Der smaragdgrüne Drache**“ (Roman, 1960)

- «...indem nämlich das Land in seinem Dauerfrieden verwittert und in einer von uns noch nirgends beobachteten Stimmungslosigkeit dahindämmert – betreffe sie nun die **Bauern** in ihren anspruchslosen Hütten oder die **Bürger** in ihren Kleinstädten oder die **Fremden** in ihren **Villenkolonien**.»
 - «Er war daher genötigt, die **Ausländerkolonie** zu durchmessen. [...] die Gefilde der **Geldemigranten** [...], der Bezirk der reichen Leute, Menschen, die dank ihrem Geldbesitz im Ländchen leben durften, Gründer, Stützen, Nutzniesser einer Zeit, die sich soeben aufzulösen begonnen hatte.»
- «Bauern», «Bürger», «Fremde»
- «Ausländer»: Reiche, Steuerflüchtlinge, Finanzeingebürgerte



Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

- Kategorien der **Statistik**: Volkszählungen 1941, 1950, 1960

- Geschlecht, Zivilstand, Inländer – Ausländer, Alter, Konfession, Sprache
- Fokus auf der sozioprofessionellen Bevölkerungsstruktur: «Bedeutung des Wirtschaftlichen [...] grundlegende Unterscheidung»:

- I. Erwerbende:
1. Berufstätige Personen
 2. Nichtberufstätige Personen
Rentner und Pensionierte
Unterstützte Personen und Personen mit unbekanntem Erwerb.

- II. Nichterwerbende:
1. Familienangehörige
 2. Berufslose Anstaltsinsassen
 3. Erwerbslose in fremden Familien.

Liechtensteinische Volkszählung 1950, S. 19

Berufstätige nach Erwerbsgruppe und beruflicher Stellung

Berufstätige im ganzen 1)	Selbständ. (Geschäftsinhaber) 1)	Mitarbeitende Familienglieder	Direktoren	Leitende technische Angestellte	Übrige leitende Angestellte	Untere technische Angestellte	Übrige untere Angestellte	Heimarbeiter	Gelernte Arbeiter	Angelernte Arbeiter	Ungelernte Arbeiter	Gewerbliche Lehrlinge	Kaufmännische Lehrlinge
---------------------------	----------------------------------	-------------------------------	------------	---------------------------------	-----------------------------	-------------------------------	---------------------------	--------------	-------------------	---------------------	---------------------	-----------------------	-------------------------

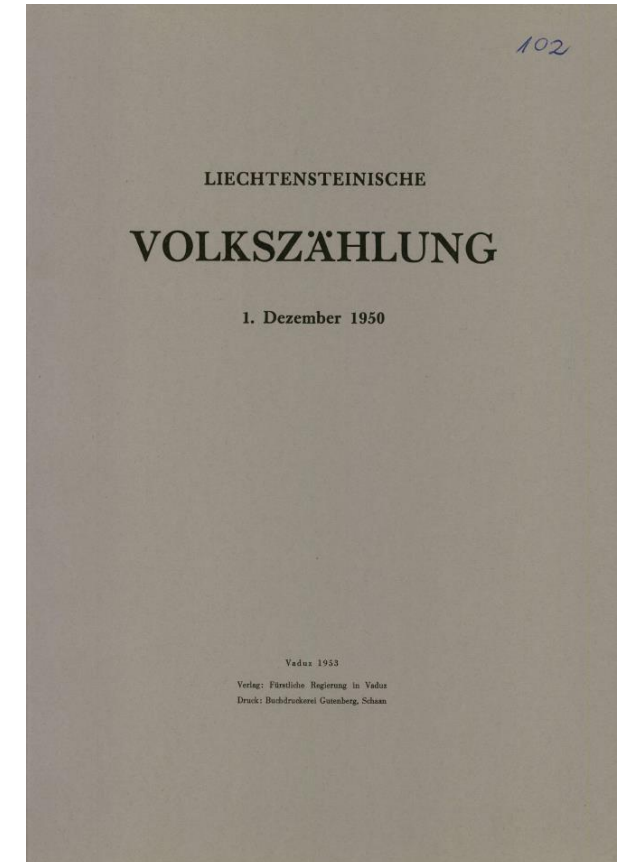
- Selbständige: Landwirtschaft («Bauern»), Industrie, Gewerbe, Handel, etc.,
 Angestellte: geistige (leitende, kaufmännische, technische, büromäßige) Tätigkeit
 Arbeiter: manuelle Tätigkeit



Soziale Schichtung: Kategorien und Diskurse

- **Statistik:**

- kein 1:1-Abbild der Gesellschaft, keine naturgegebenen apriori-Kategorien, Ausdruck gesellschaftlicher (politischer, administrativer) Leitvorstellungen
- «tragen durch Kategorisierung und Taxonomie von Daten zu einer spezifischen **Konstruktion von Realität** bei» (N. Bilo/S. Haas/M. C. Schneider)
- prägt unsere Wahrnehmung der Gesellschaft durch Kategorisieren, Einordnen, Ausschliessen, Vergleichen



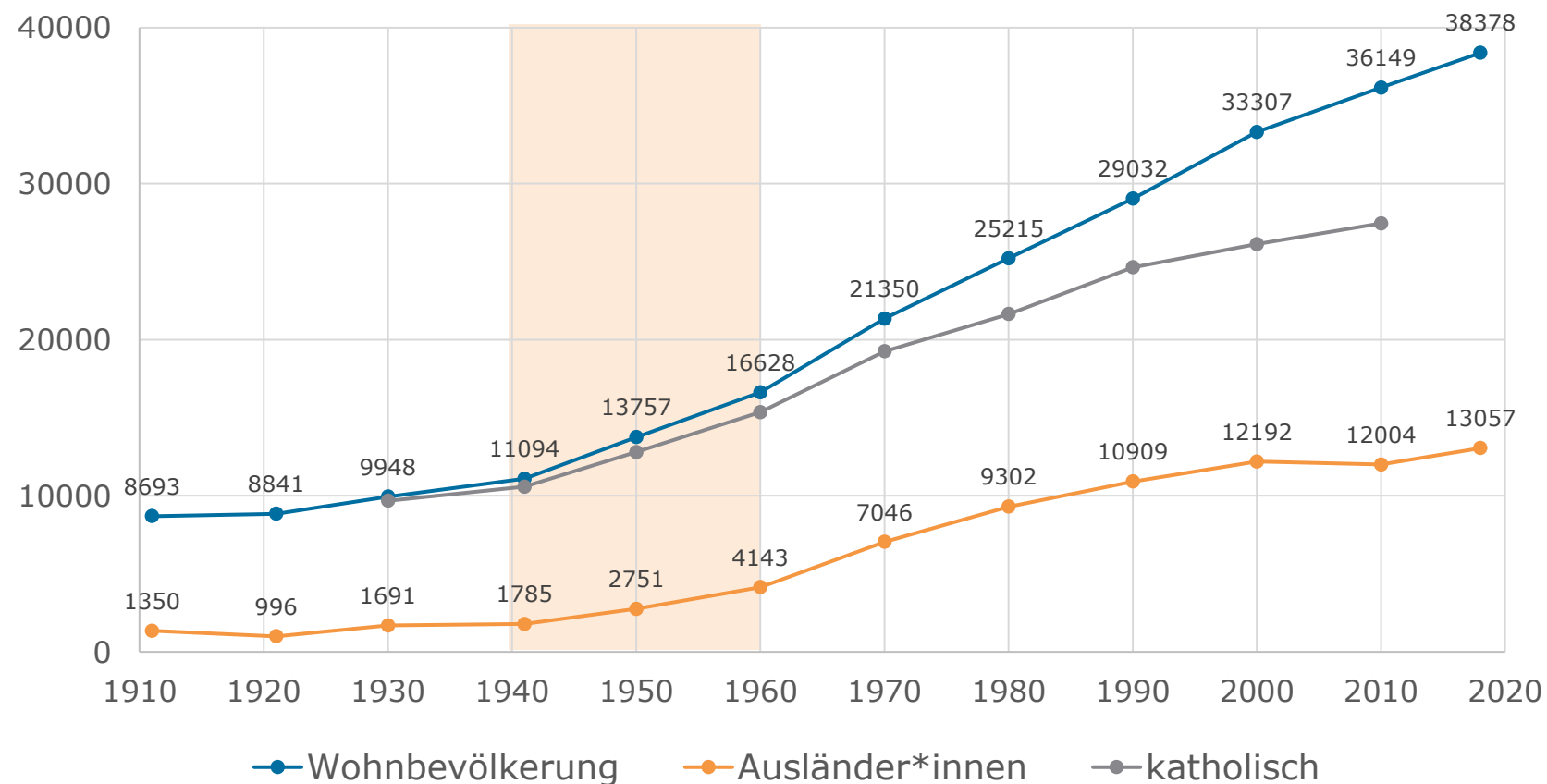
9. Berufstätige nach Erwerbsgruppe und beruflicher Stellung

Soziale Schichtung: Statistik

Erwerbsgruppen	Berufstätige im ganzen		Selbständ. (Geschäftsinhaber)		Mitarbeitende Familienmitglieder		Direktoren		Leitende technische Angestellte		Übrige leitende Angestellte		Untere technische Angestellte		Übrige untere Angestellte		Heimarbeit		Gelernte Arbeiter		Angelernte Arbeiter		Ungelernte Arbeiter		Gewerbliche Lehrlinge		Kaufmännische Lehrlinge	
	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.	Total	weibl.
C 6 Papierindustrie	4	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—
davon Ausländer	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
C 7 Graphisches Gewerbe	27	5	6	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—	2	1	—	—	9	—	3	2	1	1	4	—	—	—	
davon Ausländer	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	1	—	—	—	
C 8 Lederindustrie (ohne Schuhindustrie)	30	2	14	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	4	2	1	—	4	—	—	—	
davon Ausländer	3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—	
C 9 Kautschukindustrie (ohne Kleider, Schuhe)	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
davon Ausländer	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
C 10 Chemische Industrie	70	9	2	—	1	1	2	—	3	—	—	3	—	4	2	—	—	9	—	36	5	9	1	—	—	1	—	
davon Ausländer	16	3	2	—	1	1	2	—	3	—	—	2	—	2	1	—	—	2	—	1	1	1	—	—	—	—	—	
C 11 Metallindustrie	294	57	40	1	6	—	—	—	7	—	3	—	13	—	13	5	—	—	73	—	79	25	36	26	24	—	—	
davon Ausländer	76	8	9	1	1	—	—	—	7	—	2	—	7	—	6	2	—	—	25	—	11	2	3	3	5	—	—	
C 12 Maschinenindustrie und Apparatebau	466	99	21	—	4	1	5	—	18	—	3	—	33	—	31	15	—	—	124	—	128	53	45	29	53	—	1	
davon Ausländer	147	6	2	—	—	—	—	—	16	—	2	—	20	—	18	8	—	—	65	—	71	2	4	1	5	—	—	

Bevölkerungsentwicklung

Wohnbevölkerung, Heimat, Konfession 1911-2018



Historisches Lexikon online (eHLFL): «Bevölkerung»



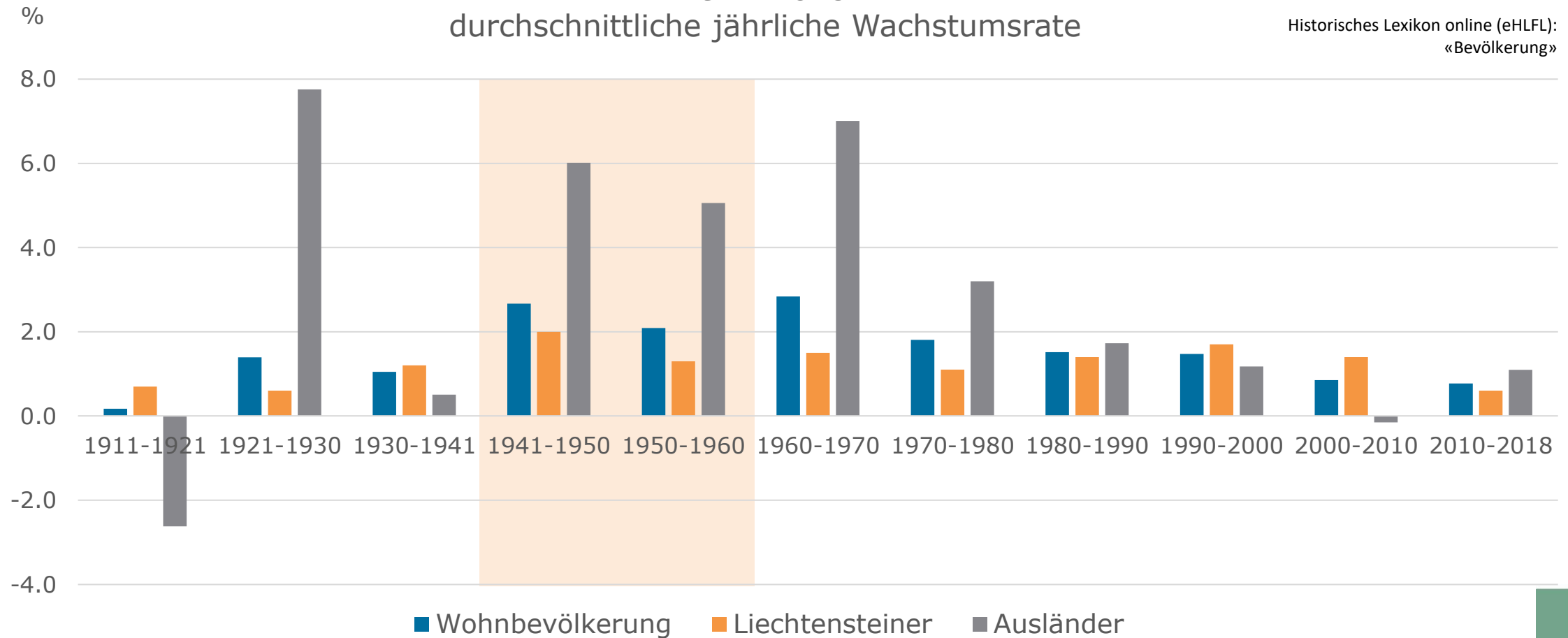
Bevölkerungsentwicklung

Wohnbevölkerung, In-/Ausländer, Konfession

1911-2018

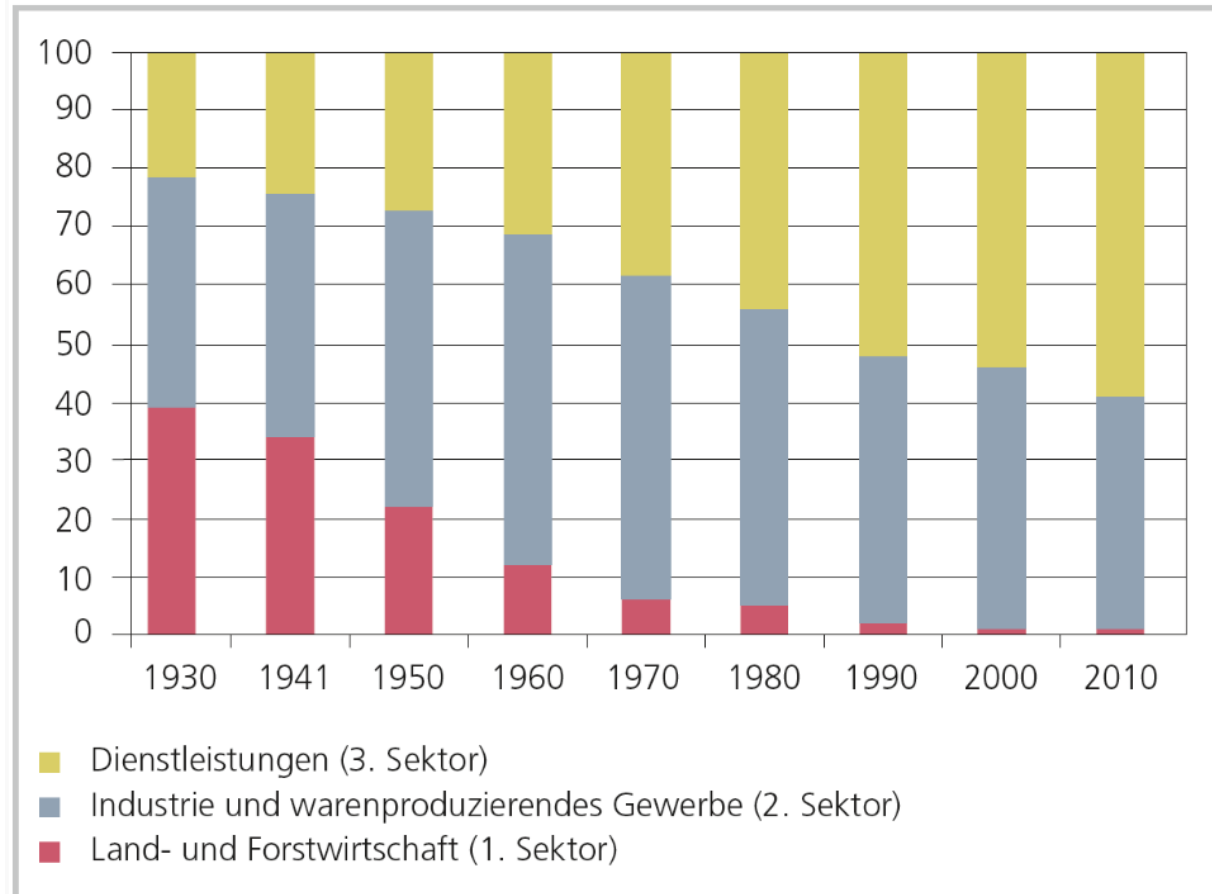
durchschnittliche jährliche Wachstumsrate

Historisches Lexikon online (eHLFL):
«Bevölkerung»

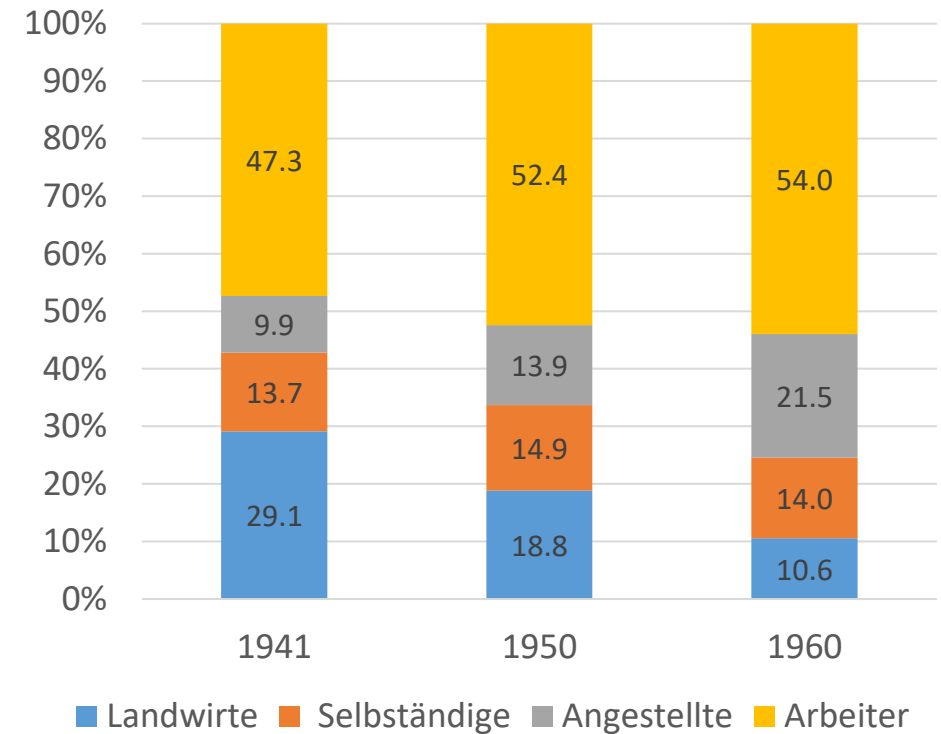
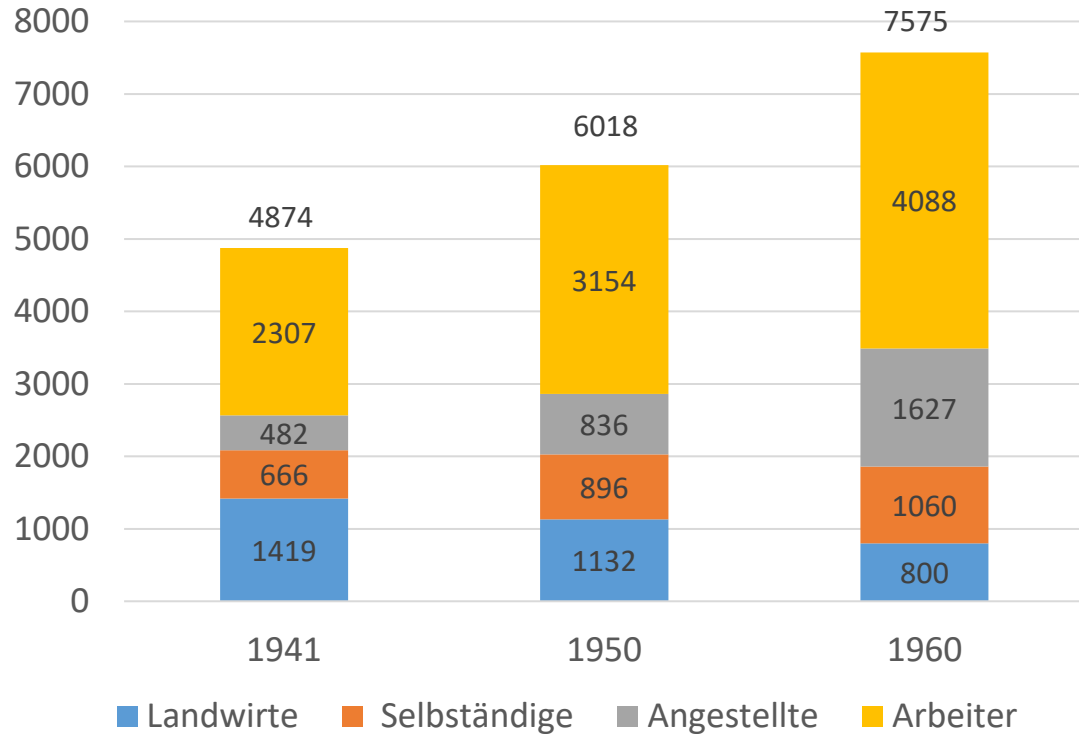


Strukturwandel

Wirtschaft ■ Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren in Prozent, 1930–2010



Soziale Schichtung: Berufstätige nach beruflicher Stellung



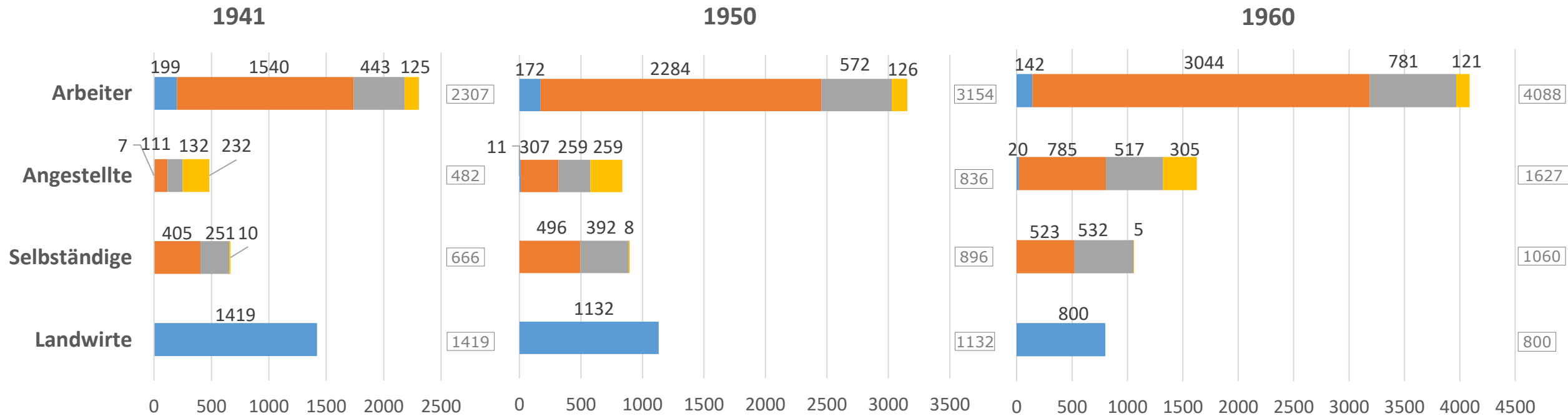
Volkszählungen 1941, 1950, 1960

- Landwirte: Betriebsinhaber inkl. mitarbeitende Familienmitglieder
- Selbständige: Industrie, Gewerbe, Handel etc., inkl. mitarbeitende Familienmitglieder
- Angestellte: inkl. Direktoren und kaufmännische Lehrlinge
- Arbeiter: inkl. Heimarbeiter und gewerbliche Lehrlinge



Soziale Schichtung: berufliche Stellung und Erwerbszweig

Berufstätige nach beruflicher Stellung und Erwerbszweig



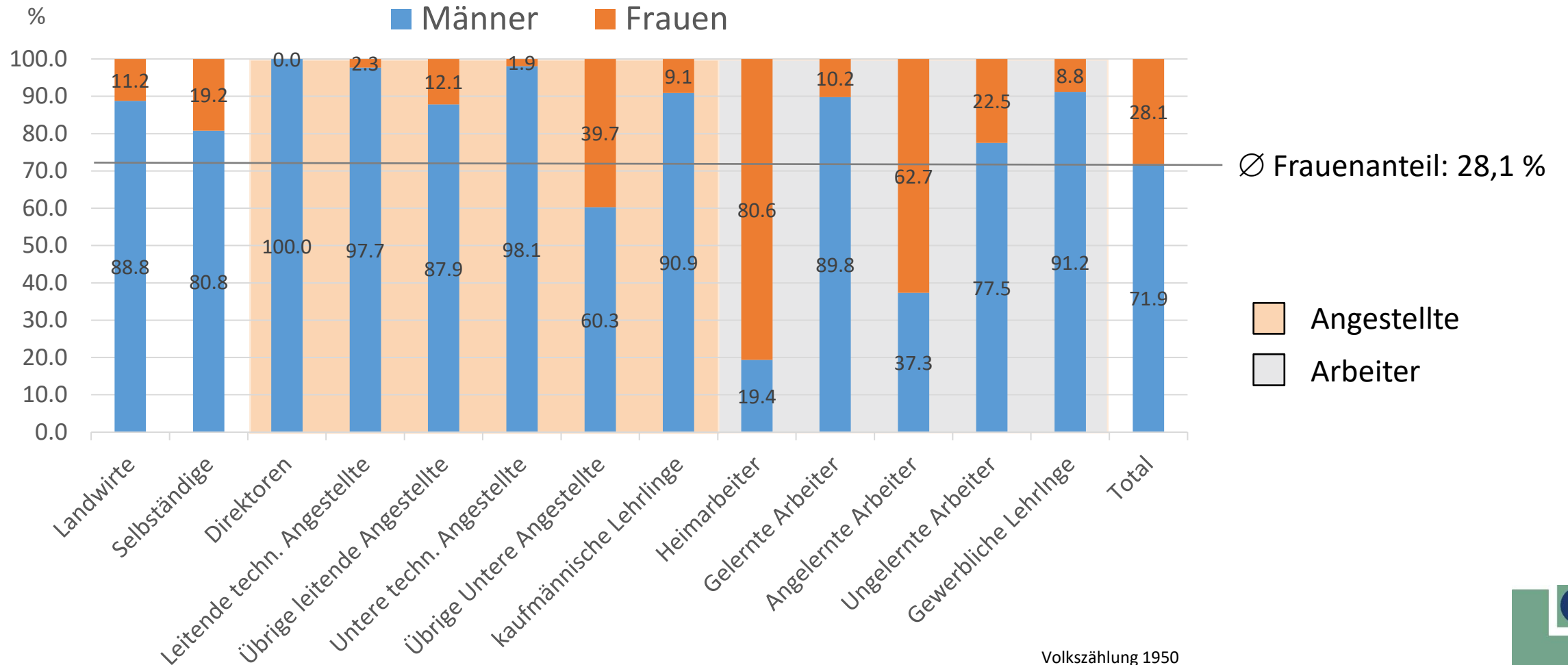
Volkszählungen 1941, 1950, 1960

- Land- und Forstwirtschaft
- Industrie und Handwerk, inkl. Bergbau/Steinbrüche und Baugewerbe
- Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Hauswirtschaft, Gesundheitswesen, Banken, Rechtsbeistand, etc.
- Öffentliche Verwaltung, Rechtspflege, Schulen, kirchlicher Dienst, Anstalten

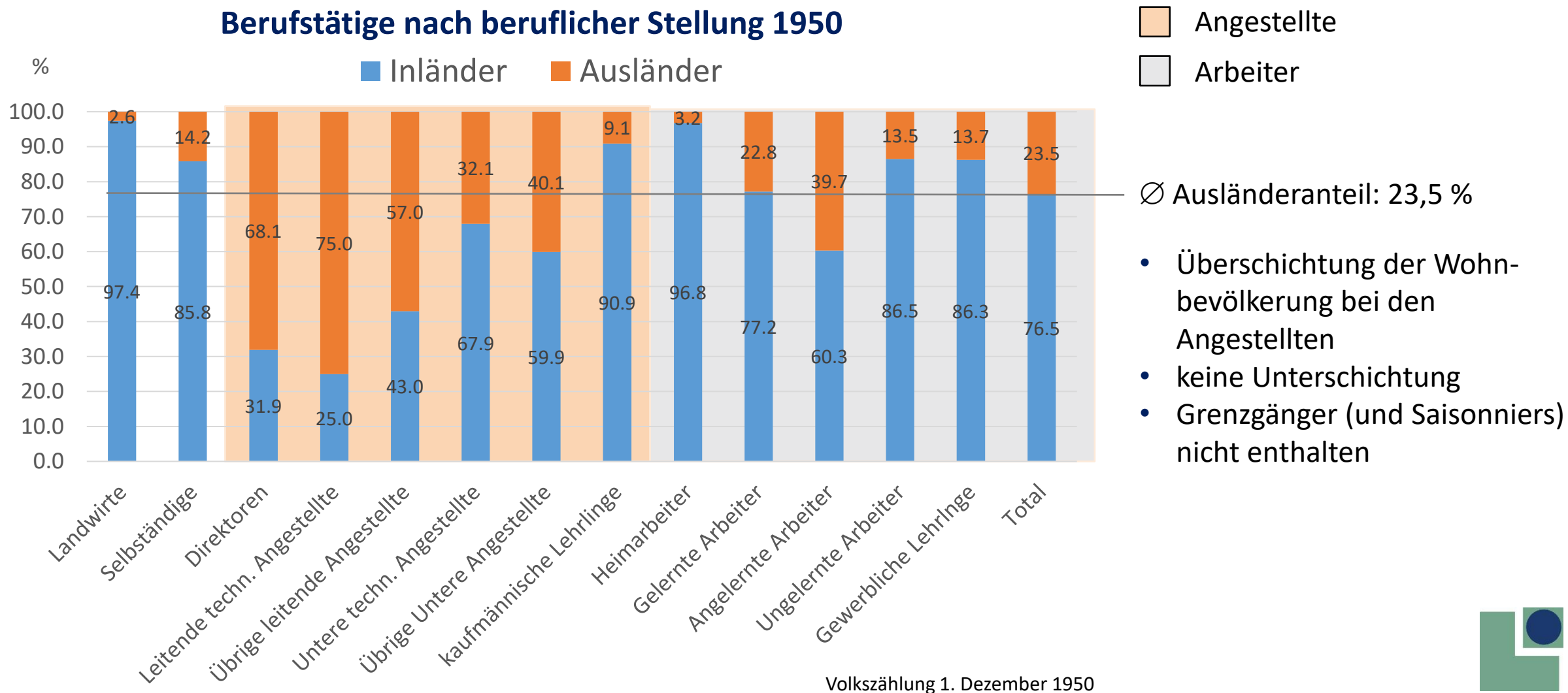


Soziale Schichtung: berufliche Stellung nach Geschlecht

Berufstätige nach beruflicher Stellung 1950



Soziale Schichtung: Ausländer-Überschichtung



Soziale Lage



Villenquartier Vaduz, ca. 1955

aus: Emil Schaedler: Das Fürstentum Liechtenstein in Bildern, 1955

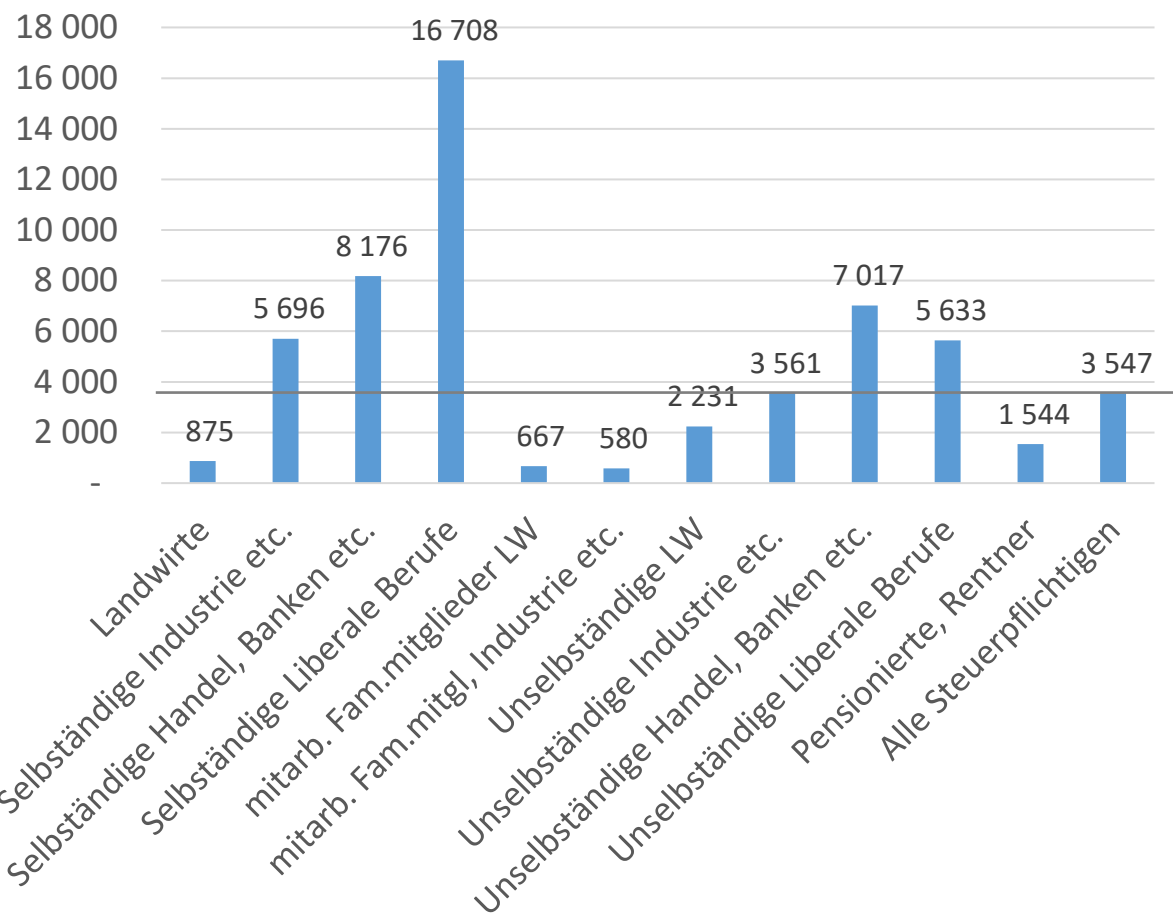
Soziale Lage

- Einkommens-/Vermögensverhältnisse
- Wohnverhältnisse
- Standesorganisation, Interessenpolitik
- Sozialversicherung

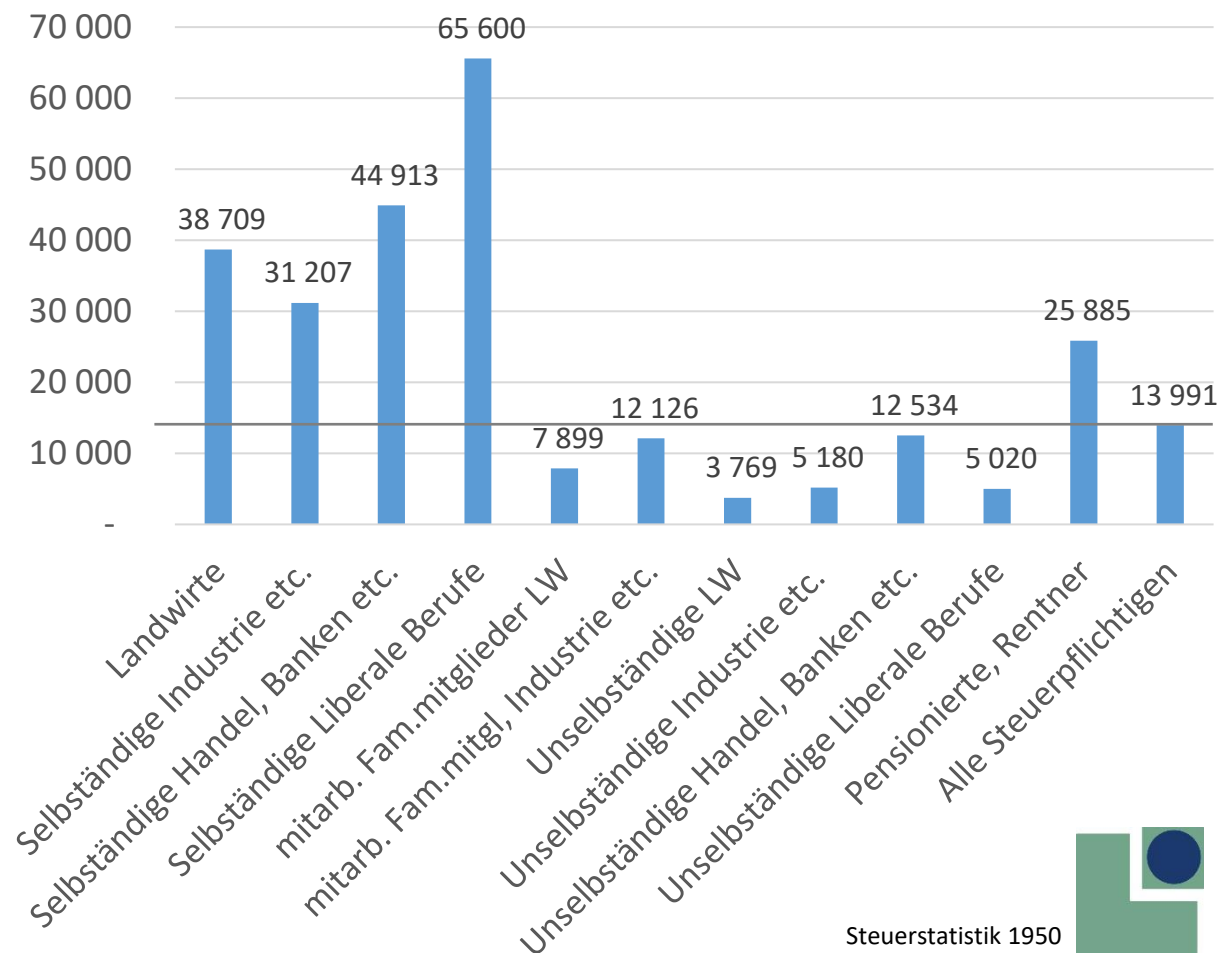


Soziale Lage: Erwerb und Vermögen

Roherwerb pro Steuerpflichtigen 1950, in Franken

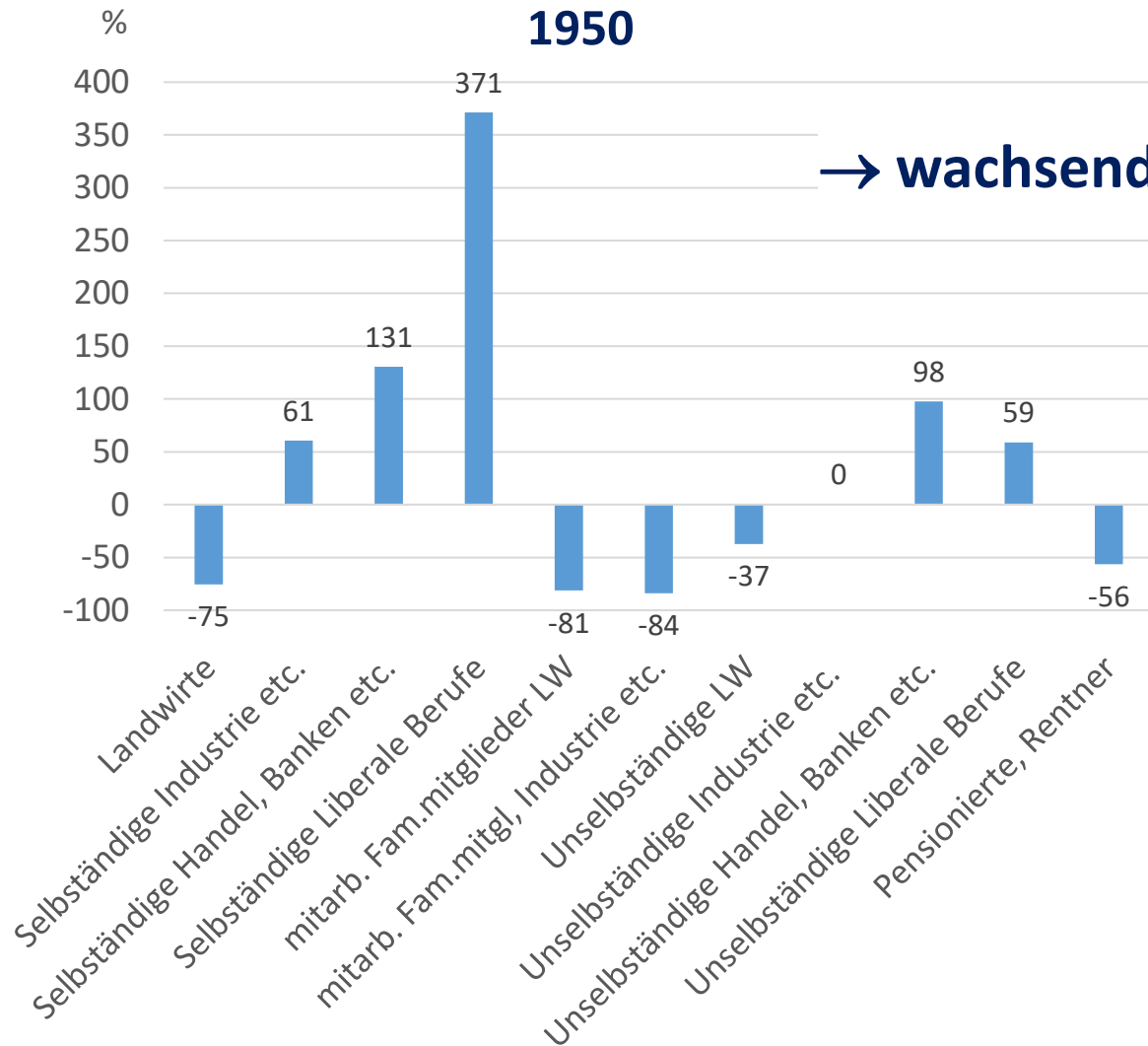


Reinvermögen pro Steuerpflichtigen 1950, in Franken

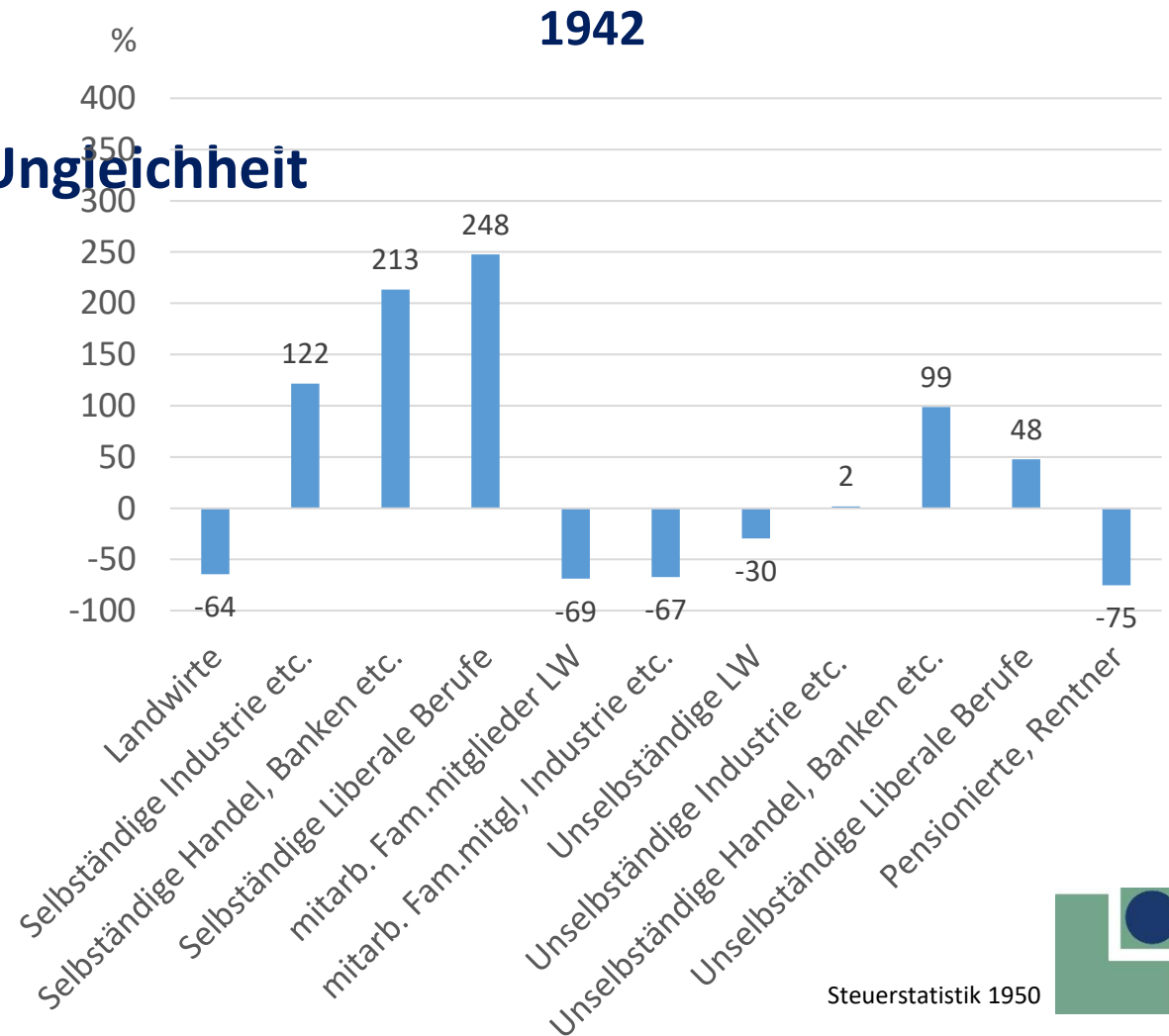


Soziale Lage: Erwerb und Vermögen (1950)

Roherwerb pro Pflichtigem nach Berufsgruppen: Abweichung vom Durchschnitt in %

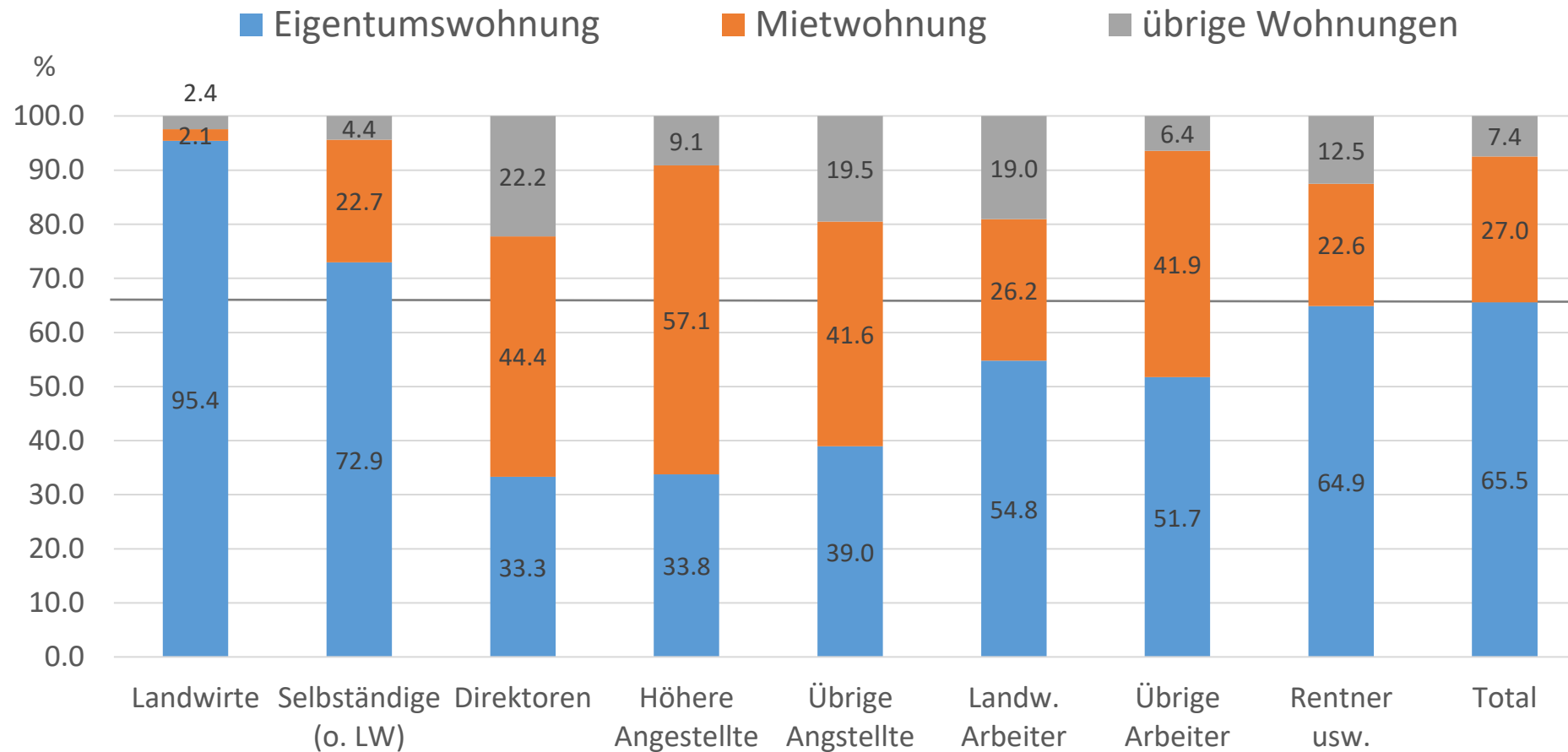


→ wachsende Ungleichheit



Soziale Lage: Wohnverhältnisse 1950

Besitzverhältnisse

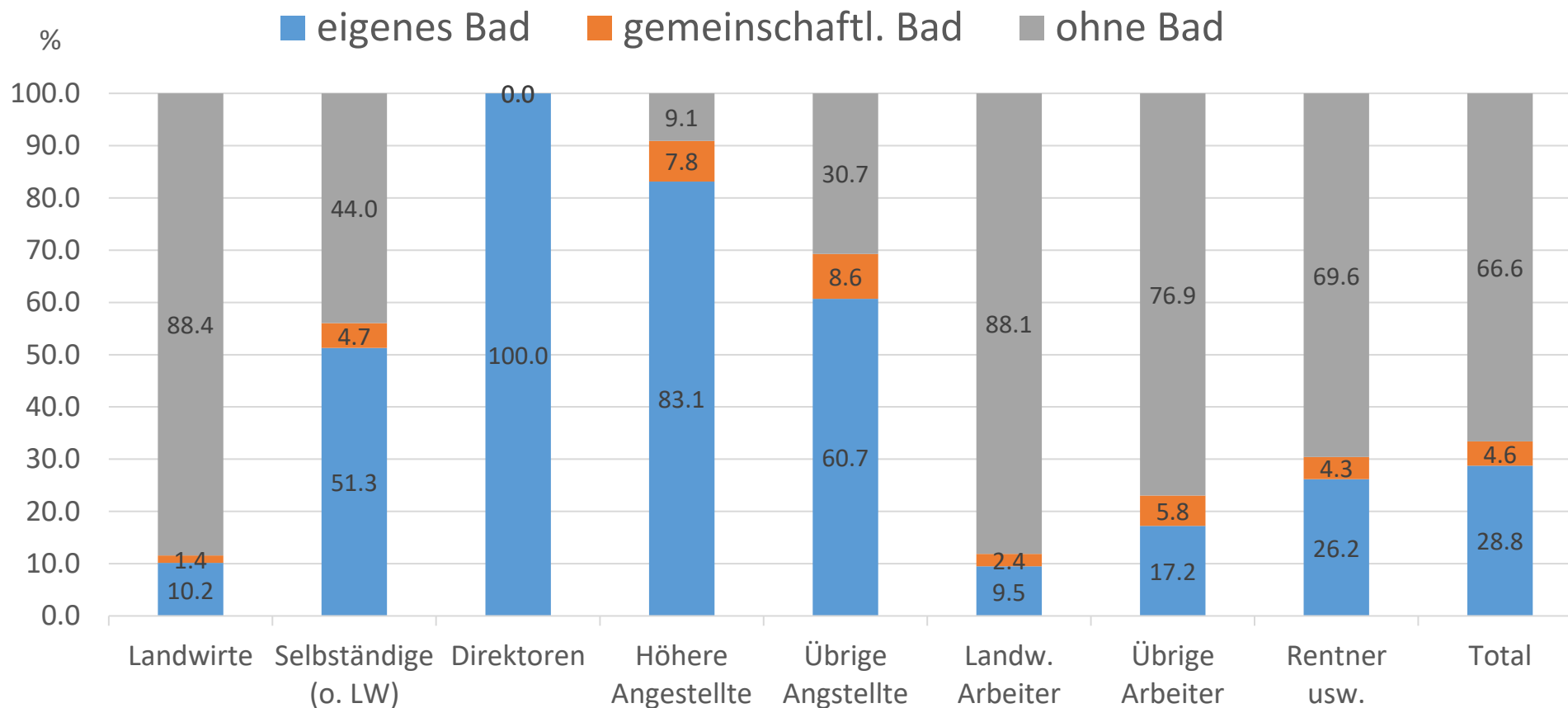


Ø Wohneigentumsquote: 65,5 %



Soziale Lage: Wohnverhältnisse 1950

Wohnkomfort: Bad



Soziale Lage: Standesorganisation, Interessenpolitik

Landwirte	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
1885 «Landwirt. Verein» 1922 «Bauernverein» 1959 «Bauernverband»	1936 Gewerbegeossenschaft 1938 Ärzteverein 1947 Industriekammer 1950 Verein Liecht. Rechts- anwälte	<ul style="list-style-type: none"> «Verband der Landes- angestellten, Lehrer und Postangestellten» «Verband der Privat- angestellten» (1952 erwähnt) 	1920 Liechtensteiner Arbeiterverband
			Gesamtarbeitsverträge: 1927 Baugewerbe 1947 andere Gewerbebezüge
1945–58: Ø 4 Landtagsabg.	7	2	3

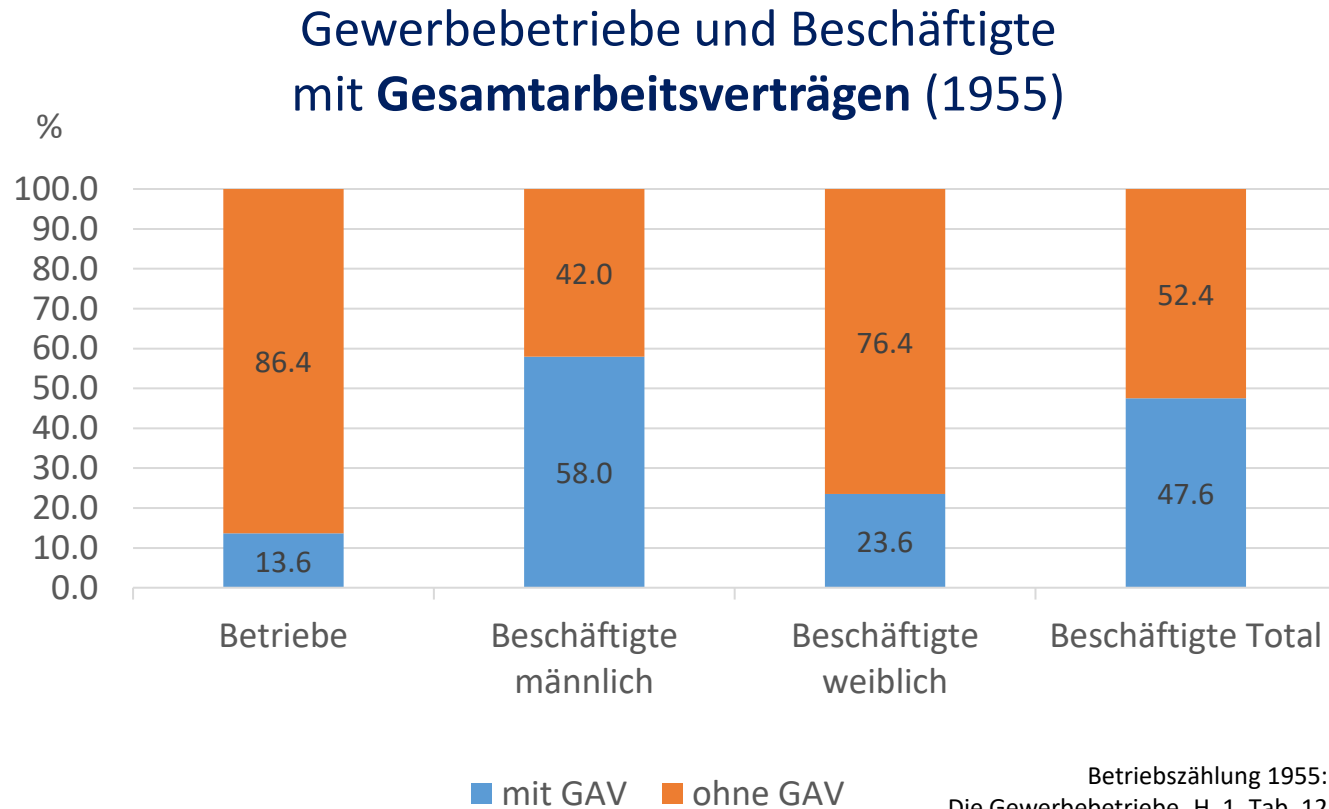


Soziale Lage: Standesorganisation, Interessenpolitik

Landwirte

1885 «Landw
1922 «Bauern
1959 «Bauern

1945–58: Ø 4



Arbeiter

1920 Liechtensteiner
Arbeiterverband

Gesamtarbeitsverträge:
1927 Baugewerbe
1947 andere Gewerbebezüge

3



Soziale Lage: Sozialversicherung

- | | | |
|---------|--|--|
| 1945 | Mutterschutz für krankenversicherungspflichtige Mütter | |
| 1952/54 | Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) | in Liechtenstein erwerbstätige Personen
 in Liechtenstein wohnhafte nicht-
 erwerbstätige Personen (FAK erst 1965) |
| 1958 | Familienausgleichskasse (FAK) | |
| 1960 | Invalidenversicherung (IV) | |
| 1960 | Ausdehnung Krankenkassen-Obligatorium auf Landwirtschaft
(seit 1915 Fabrikarbeiter, 1937 Dienstboten, 1962 alle Arbeitnehmer, 1972 Gesamtbevölkerung) | |



Gesellschaftliche Spannungsfelder



Gewerbesekretär Dr. Alfons Goop (links)
Industrie- und Gewerbeausstellung in Esch (Lux), 1950

aus: Liechtenstein 1938–1978, 1978, S. 181

Gesellschaftliche Spannungsfelder

- Parteienstreit
- Entnazifizierung – Befriedung
- Antikommunismus
- Zuwanderung – «Überfremdung»
- Modernisierung – Traditionalismus



Gesellschaftliche Spannungen: Entnazifizierung – Befriedung

21. Mai 1945: «Säuberungsforderung» des «Aktionskomitees Heimattreuer Liechtensteiner»:

- 1) «strenge Bestrafung der Vaterlandsverräter und Spione»
- 2) «Verhaftung und Bestrafung der Umbruchredaktoren und Hochverräter vom 24. III. 39 sowie der SS und SA»
- 3) «Fristlose Entlassung der nationalsozialistischen Staatsangestellten, Lehrer und Beamten»
- 4) «Ausweisung aller Ausländer, die das Gastrecht schmählich missbraucht haben!»

(zitiert nach P. Geiger: Kriegszeit, Bd. 2, 2010, S. 504)



Schaan, 21. Mai 1945 (LI LA)



Gesellschaftliche Spannungen: Entnazifizierung – Befriedung

Regierungserklärung **Alexander Fricks** am 18. Sept. 1945:

Neben den geschilderten wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen wird der Regierung die wichtige Aufgabe gestellt, die von ihrer Vorgängerin in die Wege geleitete **Säuberung von staatsfeindlichen ausländischen Elementen** zu Ende zu führen und die **gerichtliche Beurteilung jener Liechtensteiner** zu veranlassen, die sich an hochverräterischen Umtrieben beteiligten und sich damit einer Verletzung der bestehenden Gesetze schuldig gemacht haben.

Durch diese Massnahmen hofft die Regierung eine politische **Befriedung** herbeizuführen. Ihr liegt daran, dass dieser Friede bald geschaffen wird und von Dauer sei. Nur dann wird es der



landtag.li

Alexander Frick (1910-1991)
ab 1931 Pfadfinderführer
1945–1962 Regierungschef



Gesellschaftliche Spannungen: Entnazifizierung – Befriedung

Nachkriegskarrieren ehemaliger NS-Anhänger/-Sympathisanten

- **Verbände:** Alfons Goop: 1940–43 Landesleiter VDBL, 1943 SS-Hauptsturmführer
1947 mehrjährige Gefängnisstrafe
1950–71 Geschäftsführer der Gewerbe- und Wirtschaftskammer
- **Kultur:** Rudolf Schädler: 1933 Rotter-Entführer, 1933 LHD-Mitglied, 1938 Landesleiter VDBL, Umbruch-Mitarbeiter
nach 1945 Künstler und Komponist, 1981 permanente Ausstellung im Walser
Heimatmuseum, Triesenberg
- **Wirtschaft:** Martin Hilti: VDBL-Mitglied, 1940–42 Schriftleiter «Der Umbruch», 1941 SS-Freiwilliger
1945 Verurteilung in der Schweiz wegen Spionage
erfolgreicher und hochgeschätzter Unternehmer, 1968 LIHK-Vorstandsmitglieder, 1975
Fürstlicher Kommerzienrat
- **Politik:** Otto Schaedler: 1933–36 LHD-Leiter, 1936–65 VU-Parteipräsident, 1936–45 Landtagsabgeordneter
«in den 1930er Jahren dem NS-Regime zugeneigt», «prononcierter Antisemit», im Krieg
wachsende Distanz zur VDBL/NS-Deutschland (J. Schremser, eHLFL)
1942–59 Vizepräsident des Staatsgerichtshofs, 1945–65 Präsident des Ärztevereins,
1950–60 Mitglied des Landesschulrats
1956 Fürstlicher Sanitätsrat, 1962–65 Landtagsabgeordneter



Gesellschaftliche Spannungen: Entnazifizierung – Befriedung

NS-Zeit als Spannungsfeld bis in die 1960er-Jahre
Beispiel: Landtagswahl 25. März 1962, anonymes Flugblatt

- Vaterland, 7. April 1962, S. 1:

die stark an die **schamlose Hetze jener anonymen Schreiberlinge gegen den Fürstl. Sanitätsrat Dr. O. Schaedler** erinnert. Im Volke macht man sich

- Volksblatt, 10. April 1962, S. 1:

nämlich gegen jene gemeine Verdächtigung, die einen Zusammenhang zwischen einem **Flugblatt gegen Dr. Otto Schädler** und uns konstruieren möchte. Diese Verdächtigung ist

Liebe Parteifreunde!

Das Unglaublichste ist Tatsache geworden - Dr. **Otto Schaedler** Listenführer unserer Partei! Wohlbewusst hat sich Dr. Schaedler seit 1945 nicht mehr portieren lassen, nun glaubt er, alles ist vergessen.

Es ist nicht nur landbekannt, auch das Ausland ist im Bilde, dass

- a) Dr. Schaedler bei der seinerzeitigen **Rotter-Entführung** Lieferant der Betäubungsmittel war
- b) Dr. Schaedler in der denkwürdigen Landtagssitzung die **Loyalitätserklärung gegenüber der Schweiz verweigerte** und so die Selbständigkeit unseres Landes geopfert hätte
- c) Dr. Schaedler derjenige war, der seinen ganzen Einfluss geltend machte, um die hiesige **Volksdeutsche Bewegung** zu aktivieren und gegen unser Vaterland in Bewegung zu setzen. Auch dies ist im Ausland nicht unbekannt, soll sogar in einem amerikanischen Weissbuch geschichtlich festgehalten sein.

Solche Leute werden von uns wieder an die Spitze unseres Parlamentes gesetzt! Wo bleibt da das Vertrauen des Auslandes, das wir wahrscheinlich in der nächsten Zeit nicht wenig notwendig haben werden.

Wir wollen also unsere Liste mit dem Namen Dr. Otto Schaedler - besonders politisch - nicht noch weiter belasten und streichen daher diesen Herrn.

Einige von der Volkspartei

Gesellschaftliche Spannungen: Antikommunismus

- keine sozialistischen Parteien/Gruppierungen in Liechtenstein

- **Alexander Frick**

Regierungserklärung 1945:

Bischof **Christian Caminada**,

250-Jahre Unterland 1949:

Regierungschef **Frick**,

150 Jahre Souveränität 1956:

Um für unsere Leute im Inlande ständige Arbeitsplätze zu schaffen, wird die Regierung bestrebt sein, unsere Industrie zu erweitern. Ein Zuzug von auswärtigen Arbeitern soll aber wenn immer möglich verhindert werden, damit keine unnötige Verproletarisierung eintritt.

Landtagsprotokoll vom 18. September 1945 (www.e-archiv.li)

teilen. Der Bauer ist der Nährstand des Landes. Arm und Reich, Arbeiter und Bauer, Fürst und König, Priester u. Volk müssen aus der gleichen Scholle das Brot haben. Andererseits muß die Bauernbevölkerung auch dessen bewußt sein, daß die Industrie die Lebenshaltung ergänzt, den Wohlstand vermehrt und den Güteraustausch innert und außerhalb des Landes besorgt. **Hütet euch vor dem widerlichen politischen Klassenkampf!** Lasset euch gesagt

Liechtensteiner Volksblatt vom 22.3.1949, S. 1

bringen. Wir sind eine winzig kleine Nation und könnten es uns nicht leisten, daß sich unserer Völklein in einander **sich bekämpfende Klassen** aufteilen würde. Unsere inneren Ver-

Liechtensteiner Volksblatt vom 11.9.1956, S. 4

→ restriktive Ausländerpolitik

→ Sozialpolitik: 1952/54 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

1958 Familienausgleichskasse (FAK) und Eigenheimförderung

1960 Invalidenversicherung (IV)



Gesellschaftliche Spannungen: «Überfremdung»

Liechtensteins Ueberfremdung

Zu Beginn des Jahres 1938 beherbergte Liechtenstein ca. 1800 Ausländer als Aufenthalter und Niedergelassene. Davon waren ca. 1200 Reichsdeutsche (d. h. Alt-Reichsdeutsche und Oesterreicher). Nach der Volkszählung vom Jahre 1931 wies Liechtenstein eine Einwohnerschaft von 10 334 auf. **Ca. 18 Prozent**, also beinahe ein Fünftel der gesamten Einwohnerschaft, waren **Fremde**. Ein Prozentsatz, der für unsere ländlichen Verhältnisse außergewöhnlich und **national gesehen bedenklich** ist. Im Verlaufe der Jahre nach 1938 reduzierte

scheinungen der letzten zehn Jahre, die wir nur allzu gerne kritisieren, ohne daß wir uns der Mitverantwortung bewußt werden wollen. Jedenfalls haben die letzten zehn Jahre die Gefahr unserer bisherigen Einbürgerungspolitik deutlich genug vor Augen geführt, und es wäre an der Zeit, aus den Erkenntnissen und Erfahrungen der Vergangenheit die nötige Nutzenanwendung zu ziehen, indem man der Ueberfremdung unseres Landes, die **eine dauernde, politische Gefahr** für uns bedeutet, auch von diesem Gesichtspunkt aus entgegensteuert.

Um für unsere Leute im Inlande ständige Arbeitsplätze zu schaffen, wird die Regierung bestrebt sein, unsere Industrie zu erweitern. **Ein Zuzug von auswärtigen Arbeitern soll aber wenn immer möglich verhindert werden,** damit keine unnötige Verproletarisierung eintritt.

Leitartikel im Liechtensteiner Vaterland vom 1. Dez. 1945

- Finanzeinbürgerungen
- Bildungspolitik
- Arbeitsmarkt: Konkurrenz und Lohndumping

Regierungserklärung von **Alexander Frick** am 18. Sept. 1945

Landtagsprotokoll vom 18.9.1945 (www.e-archiv.li)



Gesellschaftliche Spannungen: «Überfremdung»

- **N.N.: «Die Überfremdung und Entfremdung der Heimat»**, in: Mitteilungsblatt des Liechtensteinischen Arbeiterverbandes, Nr. 3/1959:
 - «Reinerhaltung der liechtensteinischen Volksseele»
 - «Erhaltung unserer geliebten Heimat an sich»(zitiert nach M. Sochin D'Elia: «Man hat es doch hier mit Menschen zu tun!», 2012, S. 46, Anm. 75)
- **Eugen Gstöhl: «Wir und der Fremde»**, in: Das Fürstentum Liechtenstein im Wandel der Zeit und im Zeichen seiner Souveränität. Festgabe zur 150. Jahresfeier der Souveränität, Vaduz 1956, S. 118, 120:

Wir haben nun in Verbindung mit den Zeitgeschehnissen der vergangenen 150 Jahre das **Ausländerproblem** in Liechtenstein betrachtet. An Hand der statistischen Angaben kann festgestellt werden, daß der Zuzug von größeren Ausländerkontingenten nach

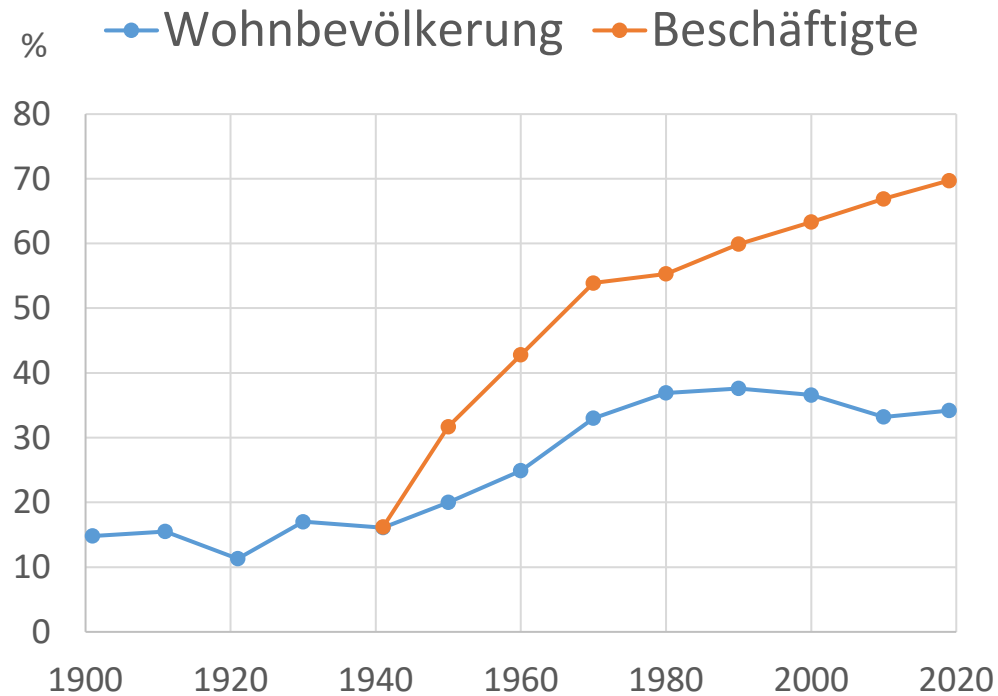
Liechtenstein mit wenigen Ausnahmen immer dann erfolgte, wenn neue Probleme und die Entwicklung des Landes den Zuzug von ausländischen Handwerkern, Fach- und Spezialkräften erforderten. Diesen **Ausländer-**

zuzug dürfen wir daher nicht nur vom reinen Überfremdungsstandpunkt aus betrachten, da die zugezogenen Ausländer in unserem Lande stets wichtige Aufgaben zu erfüllen hatten. Von diesen Aufgaben möchte



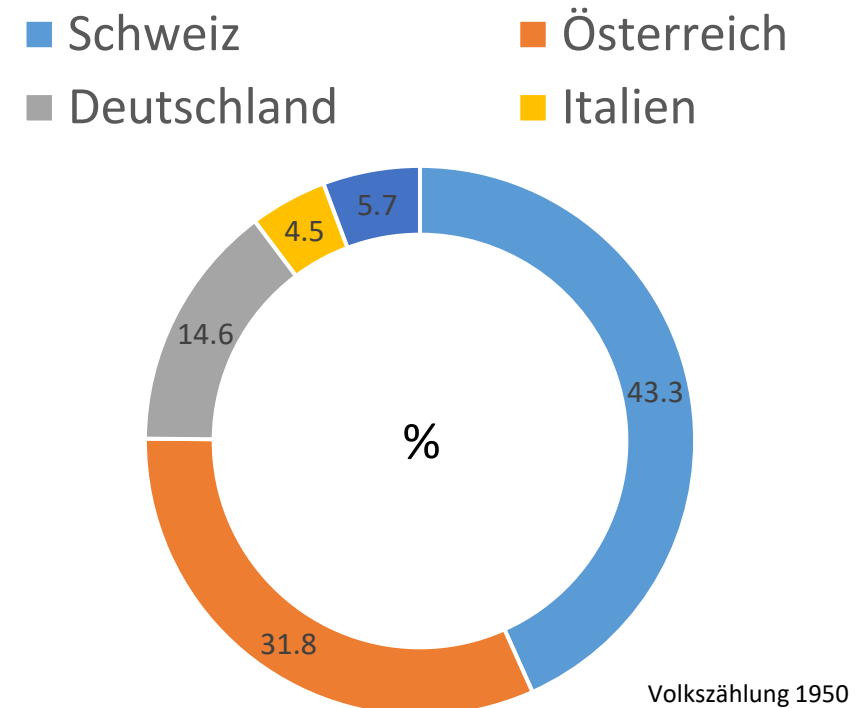
Gesellschaftliche Spannungen: «Überfremdung»

Ausländeranteil Wohnbevölkerung und Beschäftigte 1901-2019



Wohnbevölkerung: Historisches Lexikon online (eHLFL)
Beschäftigte: C.M. Merki, Wirtschaftswunder Liechtenstein, S. 296

Ausländer nach Heimatstaat 1950



Ausländervereine: 1948 Schweizer Verein
1953 Österreicher Verein
1961 Italienermission Schaan



Gesellschaftliche Spannungen: «Überfremdung»

Ausländerpolitik

- 1924–1995 Anwendung der schweizerischen Ausländergesetzgebung in Liechtenstein
- Deckung des steigenden Arbeitskräftebedarfs
 - durch Grenzgänger/-innen (v.a. aus Österreich)
 - durch «Gastarbeiter» und Saisoniers
 - ab 1946 als Bauarbeiter, v.a. Italiener
 - Rotationsprinzip: temporärer Aufenthalt, keine Niederlassung, kein Familiennachzug
- ↔ Finanzeinbürgerungen bis 1955
- 1960er-Jahre: Niederlassungsprinzip, Begrenzungsverordnungen, Plafonierung, 1970 «Drittelsgrenze»
- Interessenkonflikt zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden



Gesellschaftliche Spannungen: «Überfremdung»

Ausländisches Wirtschafts- und Bildungsbürgertum (Auswahl)

in Liechtenstein			
Zickert, Hermann	1885-1954	1931-1954	Ökonom
Eugen Zotow	1881–1953	1938-1953	Künstler
Helwig, Werner	1905-1985	1942-1949	Schriftsteller, Feuilletonist
Ruscheweyh, Rudolf	1905-1954	1944-ca. 1950	NS-Waffenhändler
Goverts, Henry	1892-1988	1945-1988	Verleger
Herrmann, Kurt	1888-1959	1945-1959	«Görings Juwelier»
Ratjen, Adolf	1910-1989	1945-1989 (?)	Bankier
Altmann, Robert	1915-2017	1949-1951	Verleger, Künstler, Mäzen
Ellermann, Heinrich	1905-1991	1950-1991	Verleger
Hass, Hans	1919-2013	1951-19??	Meeresforscher, Filmer
Harrer, Heinrich	1912-2006	1952-19??	Reiseschriftsteller, Alpinist
Werner, Oskar	1922-1984	1952-1984 (?)	Schauspieler
Goetz, Curt	1888-1960	1956-1960	Schauspieler
Martens, Valerie	1894-1986	1956-19??	Schauspielerin

- Steuerflucht
- Finanzeinbürgerung
- NS-Täter/-Mitläufer
- Internationalisierung
- intellektuelle Parallelgesellschaft?
- Impulse für Liechtenstein?
- (1978 PEN-Club Liechtenstein)



Gesellschaftliche Spannungen: Modernität – Traditionalismus

Modernisierung

- Förderung der Industrie
- Wachstum des Finanzplatzes
1956 VPBank
- Aufbau Sozialversicherung
- Infrastruktur
1947 Saminawerk
1951 voll automatisiertes Telefonnetz
- aussenpolitische Öffnung
1950 Internationaler Gerichtshof
- Zivilgesellschaft
1948 Amateurtheater Schellenberg
1948 Volkshochschule Schaan
1951 Liecht. Akademische Gesellschaft
1950er erste Rock-'n'-Roll-Bands

Traditionalismus

- «Die Heimat möglichst unverändert zu erhalten, möglichst alles von ihr fernzuhalten, was ihr Antlitz stark verändern oder gar verunstalten könnte.»
(Alexander Frick, Bergheimat 1964)
- Traditionspflege
 - 1951 «Bergheimat» (Jahrbuch Alpenverein)
 - 1954 «Landesmuseum» (Histor. Verein)
 - 1956 Einführung der «neuen Tracht»
 - Förderung von Mundart, Heimat- und Mundartliteratur
- Katholizismus
- «Rückbindung der entstehenden Konsumgesellschaft an die Gläubigkeit und sittliche Disziplin der Vorfahren» (J. Schremser)



Konservatismus
Katholizismus



Audienz des Männerkirchenchors Schaan bei
Papst Pius XII., 1956

Privatbesitz



Vaduzer Städtle, um 1955

aus: Emil Schaedler: Das Fürstentum Liechtenstein in Bildern, 1955

Zum Schluss: Nachkriegszeit – Kontinuität oder neue Ära?

- Politik: in alten Fahrwassern
- Wirtschaft: beginnender wirtschaftlicher Aufschwung
beschleunigter Strukturwandel
- Gesellschaft: stärkere Ausdifferenzierung: Angestellte, Ausländer
wachsende Ungleichheit
Stabilisierung durch soziale Absicherung
allmähliche Öffnung und Pluralisierung
konservative Grundhaltungen
- Insgesamt: Elemente der Erneuerung durch Beharrungskräfte zurückgebunden
Modernisierungsgrundlagen und -ansätze einer späteren «neuen Ära»





LIECHTENSTEIN-INSTITUT

**Besten Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**

www.liechtenstein-institut.li

